

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

Information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

This material contains
information of a classified nature
under 18, U.S.C. Secs. 793 and 794

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

PROCESSING COPY

TRY East Germany REPORT 25X1

SUBJECT Official Bulletins of the
Office of Material and Goods Testing
(Deutsches Amt fuer Material- und
Warenpruefung) DATE DISTR. 21 JAN 1958

NO. PAGES 1

REFERENCES RD

DATE OF INFO.

PLACE &
DATE ACQ.

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

25X1

issues of the Verfuellungen
und Mitteilungen des Deutschen Amtes fuer Material- und Warenpruefung:

- a. 23 May/15 June 1957
- b. 1 July 1957
- c. 1 August 1957
- d. 10 September 1957

31 JAN REC'D

S

OM

17 JAN 1958

und

Comment. The material is submitted for its possible
historical research value.

25X1

LY/50

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
-------	---	------	---	------	---	-----	---	-----	--	-----	--	--	--	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#")

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

PROCESSING COPY

COUNTRY East Germany

REPORT

25X1

SUBJECT Official Bulletins of the
Office of Material and Goods Testing
(Deutsches Amt fuer Material- und
Warenpruefung)

DATE DISTR. 21 JAN 1958

NO. PAGES 1

REFERENCES RD

DATE OF
INFO.

PLACE &
DATE ACQ.

25X1

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

issues of the Veruegungen
und Mitteilungen des Deutschen Amtes fuer Material- und Warenpruefung:

- a. 23 May/15 June 1957
- b. 1 July 1957
- c. 1 August 1957
- d. 10 September 1957

31 JAN REC'D

31 JAN 1958

Comment. The material is submitted for its possible
historical research value.

25X1

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)																			

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

FORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Official Bulletins of the
Office of Material and Goods Testing
(Deutsches Amt fuer Material- und
Warenpruefung)

DATE DISTR. 21 JAN 1958

NO. PAGES 1

REFERENCES RD

DATE OF
INFO.

PLACE &
DATE ACQ.

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

issues of the Verfuegungen
und Mitteilungen des Deutschen Amtes fuer Material- und Warenpruefung:

- a. 23 May/15 June 1957
- b. 1 July 1957
- c. 1 August 1957
- d. 10 September 1957

25X1

Comment. The material is submitted for its possible
historical research value.

25X1

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

25X1

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)																			

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Verfügungen und Mitteilungen

des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik

1957	Berlin, den 25. Mai/15. Juni	Nr. 5/6
------	------------------------------	---------

25X1

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite	Seite
Im Blickfeld	—	—
I. Allgemeines	12/22	25
II. Verfügungen und Anordnungen	23/25	25
III. Aus der Arbeit der Haupt- und Fachgruppen sowie Dienststellen	—	25/26
IV. Kader und Schulung	—	26
V. Technische Kontroll-Abteilung	—	—
VI. Haushalt und Finanzen	—	—
VII. Allgemeine Verwaltung	—	—
VIII. Sie fragen? — Wir antworten!	—	—
IX. Gewerkschaftliches, Jugendfragen usw.	—	—
X. Sonstiges	—	—

Ehrentafel

Anlässlich des Internationalen Kampftages der Werktätigen der Welt
wurden im Bereich des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung
am 1. Mai 1957 ausgezeichnet:

Als Aktivisten:

Walter Hummitzsch, Prüfdienststelle 371	Heinrich Mader, Fachgruppe
Gerhard Koezik, Prüfdienststelle 511	Elektrotechnik
Karl Koukol, Prüfdienststelle 381	Madeleine Richter, Prüfdienststelle 571
Gerhard Krieger, Prüfdienststelle 421	Helmut Schulze, Prüfdienststelle 371
Horst Tröger, Prüfdienststelle 581	
Gertrud Wolf, Prüfdienststelle 421	

Mit der Medaille „Für ausgezeichnete Leistungen“:

Erich Berger, Prüfdienststelle 422	Paul Langer, Prüfdienststelle 422
Ingenora Börner, Prüfdienststelle 513	Ilse Peters, Zentralverwaltung
Siegfried Frühauf, Verwaltung Leipzig	Walter Roeschke, Prüfdienststelle 312
Werner Himmelreich, Prüfdienststelle 354	Walter Seifert, Prüfdienststelle 251

I. Allgemeines

1.1 Ökonomische Konferenz

Das Amt führte am 5. und 6. März in Leipzig eine Ökonomische Konferenz durch, in der ein Überblick über die bisherige Arbeit gegeben und die Perspektive des Amtes entwickelt wurde.

Das Referat des Präsidenten des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung, Dr.-Ing. Naumann, sowie der Diskussionsbeiträge des Stellvertreters des Präsidenten, Dr. Lähle, werden nachfolgend wiedergegeben:

Referat des Präsidenten des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung:

Hochverehrtes Präsidium, sehr verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es dürfte an der Zeit sein, nach dem erfolgreichen Abschluß des 1. Fünfjahresplanes und dem ersten Jahr des 2. Fünfjahresplanes, daß sich die Mitarbeiter des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung wieder einmal in so großem Rahmen gemeinsam mit vielen Freunden des Amtes zusammenfinden, um sich einen Überblick über die bisherige Arbeit zu schaffen, Kritik daran zu üben und einen Blick in die Zukunft zu tun und dabei gleichzeitig konkret die Perspektive des Amtes zu entwickeln.

Aus dieser Zielsetzung für unsere Tagung ergibt sich für mein Referat eine klare Zweiteilung des Stoffes in einen Rechenschaftsbericht und einen Bericht über die zukünftige Entwicklung bzw. Aufgabenstellung des Amtes.

Ohne Zweifel steht fest, daß die Entwicklung des Amtes in den Jahren seit der Gründung eine sehr stürmische war und daß dabei viele Dinge einer klaren organisatorischen Festlegung entgingen.

Die Aufgaben, die das Amt zu erfüllen hat, können nicht allein von der technischen Seite betrachtet werden, sondern sind tief mit der Gesellschaft verbunden. Ich möchte daher im Rahmen meines Rechenschaftsberichtes mit einem Überblick über die allgemeine Lage bei der Gründung des Amtes beginnen.

Nach dem totalen Zusammenbruch des faschistischen Staates im Jahre 1945 galt es, eine neue Grundstoffindustrie auszubauen und das Prüfwesen neu zu entwickeln.

Unsere Produktion stand 1945 vor einer Sachlage, die gekennzeichnet war durch einen dringenden Mangel an Fachpersonal und andererseits durch eine weitgehend veränderte Rohstofflage. Eine maßgebende Rolle dabei spielte die technische Ausrüstung der Betriebe, die durch langjährig ausgebliebene Erneuerungen als überaltert bezeichnet werden mußte. Zum größten Teil waren die Betriebe durch direkte Kriegseinwirkungen unmittelbar zerstört.

In den Jahren 1945/1946 kam es zunächst darauf an, die Industriebetriebe wieder in Gang zu setzen. Von einer Fertigung konnte im wesentlichen nicht gesprochen werden, man mußte erst richten, was übriggeblieben war. Die Fertigung mußte auf die gegebenen Möglichkeiten abgestellt werden, wenn auch der Mangel an Massenbedarfsstoffen besonders groß gewesen ist. Bezüglich der Qualität konnten zu jenem Zeitpunkt noch keine Anforderungen gestellt werden, es war deutlich eine Tendenz der weiteren Verminderung der Warengüte

zu erkennen, die nicht mehr vertretbare Formen anzunehmen drohte. Die Lösung war damals:

„Produktion um jeden Preis.“

Der erste Schritt zur Verbesserung der Qualität war die Anordnung der damaligen Vorsitzenden der DWK vom 21. September 1946, die zur Einführung der industriellen Selbstkontrolle führte, zur Schaffung der Kontrollorganisationen in den Betrieben. Sie hatte natürlich nur einen betriebseigenen Charakter. Die Tatsache, daß jeder Betrieb seine eigene Produktion selbst prüft, brachte damals die große Gefahr mit sich, daß es an einem allgemein gültigen Maßstab fehlte. Das Bedürfnis der Schaffung eines zentralen Prüfinstitutes mit der Aufgabe der Errichtung eines Überwachungsnetzes über die Kompetenzen der Betriebe hinaus war eine zwingende Notwendigkeit und Folge der eben erwähnten Anordnung.

Dieser Zustand war von Herrn Dipl.-Ing. Ruffe, dem ersten Präsidenten des Amtes und jetzigem Präsidenten des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen, klar erkannt worden. Er fand bei der Realisierung seiner Gedankengänge bei der damaligen Landesregierung Thüringens sowie bei der SMAD starke Unterstützung, so daß ausgehend von dem von ihm gegründeten zentralen Staatlichen Material- und Warenprüfamt Thüringen schließlich durch Verordnung vom 18. Februar 1950 das Deutsche Amt für Material- und Warenprüfung geschaffen werden konnte. — Zwischenzeitlich hatte durch Anordnung vom 17. Juli 1948 das DAMG den Teilauftrag bekommen, sich um die Qualitätsproduktion von Meßgeräten und Gewichten zu kümmern. Beide Ämter arbeiteten nebeneinander mit genau abgegrenzten Aufgabenbereichen.

Durch die erwähnte Gründungsverordnung unseres Amtes wurden bereits vorhandene Prüfinstitute, die sich mit Material- und Warenprüfung befaßt haben, im Verband des DAMW zusammengeschlossen und zwar nicht nur fachlich, sondern auch verwaltungsmäßig, so daß innerhalb dieses Gebietes jeglicher fremde Einfluß ausgeschlossen ist. Die Prüfstellen, die wir übernahmen, gehörten den verschiedensten Trägern an.

In wiederholten Fällen mußten von den früheren Trägern damals Aufgabengebiete mit übernommen werden, die nicht zur reinen DAMW-Prüfarbeit gehören, wie z. B. die Untersuchung von Kesselpeisewasser. Diese Aufgaben belasten uns heute teilweise noch sehr stark. Im Interesse der konsequenten Erledigung unserer reinen Prüfaufgaben ist eine sinnvolle Bereinigung zwingende Notwendigkeit. — Parallel zu der Übernahme und dem Ausbau der übernommenen Stellen konnten neue Dienststellen gegründet werden, und es entstanden in jener Zeit die großen Prüfämter in Magdeburg, Halle, Leipzig, Dresden. Die ursprünglich auf vielen Gebieten recht primitiv durchgeführten Prüfungen verfeinerten sich immer mehr, erhielten bessere wissenschaftliche Grundlagen, und auch der Forschungstätigkeit im Amt wurde mehr Beachtung geschenkt.

Strukturell machte das Amt verschiedene Veränderungen durch. Ursprünglich war es fachlich nach Fachabteilungen, die später in Fachgruppen umbenannt wurden, aufgeteilt, während es verwaltungsmäßig in vier regionale Verwaltungen aufgeschlüsselt war, von

dem erst in den industriell stärkeren Ländern, nämlich Sachsen-Anhalt und Thüringen ihren Sitz haben. Die gesamte Verwaltung für die damals weniger stark entwickelten Länder Mecklenburg, Brandenburg und Groß-Berlin war in Berlin untergebracht. Mit dem Bestehen der zentralen Dienststellen verschwand die Notwendigkeit, in den Ländern entsprechende Stellen unterhalten zu müssen. Die regionalen Verwaltungen wurden aufgelöst, an ihre Stelle traten Sammelbuchhaltungen und Buchhaltungen in den Dienststellen und die heute noch vorhandenen Kaderausstellen in den Orten Dresden, Halle, Erfurt. — Im Rahmen der Übertragung der Verantwortung auf die leitenden Organe des Amtes und der Tatsache, daß die Kollegen Dienststellenleiter auch für die KadereArbeit verantwortlich sind, ist zu überprüfen, ob nicht auch im Amt der für die Staatsorgane bestehende Beschluß der zentralen Koordinierung der KadereArbeit realisiert werden kann. Während im wesentlichen das Organisationsgrundschema des Amtes erhalten blieb, mußten aus Gründen der besseren Arbeitskoordination in bezug auf die Fachgruppen verschiedene Entwicklungskufen durchlaufen werden.

Ursprünglich lagen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Leitungen der Fachgruppen in den Hauptorten der jeweiligen Industrie bzw. in den Orten, in denen größere Dienststellen des Amtes sich befanden. — Leider mußte festgestellt werden, daß die Fachgruppen, die von der Zentralverwaltung entfernt waren, ein gewisses Eigenleben führten, das von den durch die Amtsführung gegebenen Richtlinien abzuweichen drohte. Die Folge war ein Kollegiumsbeschluß, der vorsah, die Fachgruppenleitungen nach Berlin zu legen. — Dieser Beschluß hatte zwar eine straffere Leitung der Fachgruppen zur Folge, brachte aber den Nachteil mit sich, daß die Fachgruppenleitungen nicht mehr den engen Kontakt mit den Prüfungsstellen und der Produktion hatten. Dazu kam, daß die anfänglich nur sehr groben Richtlinien für die Arbeit des Amtes inzwischen immer mehr verfeinert wurden, so daß innerhalb dieser Richtlinien den Fachgruppenleitungen wieder größere Selbständigkeit belassen werden konnte. Die Fachgruppen wurden dieser Entwicklung entsprechend wieder in die Orte der größten Dienststelle verlegt. Teilweise wurde dazu übergegangen, den Leitern der größten Prüfungsstellen gleichzeitig auch die Leitung der Fachgruppe zu übertragen und die Dienststelle damit zur Leitungsstelle der Fachgruppe zu benennen. Ermittlungen über die Zweckmäßigkeit dieser Aufteilung sind noch nicht abgeschlossen, das Verfahren scheint mit Mängeln behaftet zu sein. Es wurde beobachtet, daß diese Doppelaufgabe die Fachgruppenleiter zu stark belastet. Die Leitungsstelle wird gut betreut, aber die übrigen Prüfungsstellen der Fachgruppe kommen in bezug auf Betreuung etwas stiefmütterlich weg.

Das Zusammenwirken zwischen den Hauptgruppen, den Fachgruppen, den Dienststellen und der Industrie, also der Produktion, hat meines Wissens zu keiner Beanstandung geführt. Die Leiter der Prüfungsstellen haben einen sehr engen Kontakt mit den Kollegen in der Produktion. Sie werden in ihrer Arbeit entscheidend durch die Kollegen Gutachter unterstützt, die sich in ungenutzter Weise dem Amt seit Gründung laufend zur Verfügung stellen. Ich freue mich heute, aus der Vielzahl der Gutachter

einen Kreis der treuesten Mitarbeiter begreifen zu können und möchte Gelegenheit nehmen, ihnen besonders für ihren Einsatz zu danken.

Das Amt besitzt 4 Hauptgruppen, 9 Fachgruppen und etwa 60 Prüfungsstellen, die auf 30 Orte in der DDR verteilt sind. Wie aus meinen bisherigen Ausführungen hervorging, hat sich das Amt der Entwicklung elastisch angepaßt. Ich glaube, behaupten zu können, daß wir bezüglich unserer Entwicklung noch nicht in die Endphase eingetreten sind.

Jede Fachgruppe hat im Querschnitt etwa sechs bis zehn Dienststellen zu betreuen. Die Dienststellen arbeiten in der Hauptsache unter Einsatz technischer Mittel, einen wesentlichen Anteil nimmt allerdings auch die Beschauprüfung ein.

Die Urteile des Amtes sind endgültige Qualitätsurteile. Damit wird die Bedeutung des Amtes für unsere gesamte Wirtschaft unterstrichen. Die Dienststellen des Amtes arbeiten als letztentscheidende Institutionen in allen Qualitätsangelegenheiten; wo Abweichungen festgestellt werden, ist auf das eben Gesagte mit aller Deutlichkeit hinzuweisen.

Es ist selbstverständlich, daß eine amtliche Materialprüfung nicht etwa erst seit 1949/1950 besteht, sie ist schon immer da gewesen, sie hat nur früher einen anderen Inhalt gehabt und stand in dem Dienst bestimmter Industriegruppen, die nicht die Wünsche der Verbraucher als Zweck für die Arbeit feststellten. Maßstab für die Arbeit muß der Wunsch des Verbrauchers sein. Es ist entscheidend, daß derjenige, der etwas für sein schwerverientes Geld kauft, nicht reißt muß, sondern daß er den realen Gebrauchswert als Gegenwert erhält. Nach Abstimmung mit der Industrie und unter Berücksichtigung der derzeitigen Leistungsfähigkeit der Industrie ist es zur Festlegung einer Mindest Gütegarantie gekommen. Unter Berücksichtigung der materialmäßigen Grenzen der Industrie wurde eine Basis gefunden, die auch den berechtigten Wünschen der Verbraucherschaft entspricht. Die Feststellung der Qualität erhält dadurch besondere Bedeutung, daß vom DAMW neben dem Güteschild der DDR klassifizierte Prüfzeichen geschaffen wurden.

In den Gründungsverordnungen sind entsprechend den Qualitätsabstufungen auch Preisabstufungen vorgesehen gewesen. Infolge umfangreicher objektiver Schwierigkeiten ist die konsequente Verfolgung der Durchführung von Preisabstufungen entsprechend den klassifizierten Prüfzeichen erst in den letzten beiden Jahren durchgeführt worden. Es ist klar, daß hierüber die Industrie nicht besonders erfreut ist, denn sie hat außer einem Mengenplan auch einen Finanzplan zu erfüllen. Achten Sie auf Einhaltung dieser Anordnung, sie trägt wesentlich dazu bei, uns bei der Realisierung des Wunsches der Steigerung der Qualität zu unterstützen. Richtlinien für die Festlegung der Preisabstufungen können schwer vom grünen Tisch aus vorgenommen werden, sondern es ist dies Aufgabe der Gutachterausschüsse, deren Vertreter der VE-Industrie, der Preisbildungsinstitute und des Handels usw. angehören.

Die Ergebnisse all unserer Prüfungen wurden bisher quartalsmäßig in der Güteberichterstattung zusammengefaßt, die allen Fachministerien und allen in Frage kommenden Stellen unseres Staatsapparates ausgehändigt wurden. —

Nach eingehender Diskussion über die Vorteile und Nachteile wurde erkannt, daß die Berichterstattung in der bisherigen Ausführung mit verschiedenen Mängeln behaftet ist, die einer Korrektur bedürfen. Das Kollegium faßte den Beschluß, die Güteberichterstattung künftig nur halbjährlich zusammenzustellen, da in einem Zeitraum von einem Vierteljahr kaum Veränderungen festzustellen sind und wir auch nicht die Möglichkeit haben, in solch kurzen Zeiträumen die zur Festlegung erforderlichen Wiederholungsprüfungen durchzuführen.

Über besonders dringende Fälle ist gesondert zu berichten. In Sofortaktionen werden diese Berichte, wenn erforderlich, persönlich mit den Fachministerien durchgesprochen. Dieser Weg erschien dem Amt vorerst wirksamer. Das Verfahren der Anwendung von Sonderberichten ist gut eingeleitet und hat schon gute Ansätze gezeigt. Aus der Vielzahl möchte ich nur einige Beispiele herausgreifen: Ausarbeitung des Lageberichtes über Autolacke, Eingreifen in die technologischen Vorgänge bei der Produktion von Autoglascheiben, Untersuchung der Störungen an Mähdrechern, Untersuchungen auf dem Gebiet der Erntebindegarne. — Die Form der endgültigen Berichterstattung liegt noch nicht fest. — Es erweist sich im Amt als dringend erforderlich, künftig eine bessere statistische Auswertung aller mathematisch erfaßbaren Vorgänge vorzunehmen. Auch muß das Amt künftig mehr als bisher sich mit der Methode der statistischen Qualitätskontrolle befassen.

Die einwandfreie statistische Auswertung aller Vorgänge erleichtert uns die Übersicht über unsere Arbeit und deckt Mängel und Schwächen in der Durchführung auf. Sie bildet eine wesentliche Grundlage für unsere weitere Tätigkeit. Es muß ein System entwickelt werden, das uns gestattet, festzustellen, wie hoch der fehlerhafte Anteil an der Gesamtproduktion ist. Unsere derzeitige Güteberichterstattung gibt darüber kein klares Bild. Sie enthält nur einwandfreies Zahlenmaterial über das, was von den Dienststellen geprüft wurde. Wenn ich an der bisherigen Güteberichterstattung Kritik übe, so muß ich doch feststellen, daß sie in den letzten Jahren unserer Wirtschaft trotzdem ein sehr wesentliches Hilfsmittel war. Wir dürfen aber nicht mit dem Erreichten zufrieden sein, sondern die Entwicklung schreitet weiter.

Oft muß leider festgestellt werden, daß trotz unserer Hinweise die Fachministerien bei festgestellten Qualitätsmängeln nicht sofort oder überhaupt nicht reagiert haben. Das Amt hat leider als neutrales Organ nur feststellenden Charakter. Es ist in der Verfolgung der festgestellten Mängel vielleicht auch zu loyal gewesen. Das muß sich entscheidend ändern. — Es ist natürlich im Rahmen unserer fortschreitenden Entwicklung eine zwingende Notwendigkeit, die Machtbefugnisse des Amtes zu erweitern. Eine Änderung in dieser Richtung dürfte nur im Rahmen der Änderung des Unterstellungsverhältnisses möglich sein. Als nachgeordnete Dienststelle der Staatlichen Plankommission fehlt dem DAMW ebenso wie den drei anderen technischen Ämtern, ich denke hierbei an das Deutsche Amt für Maß und Gewicht, an das Amt für Standardisierung und an das Amt für Erfindungs- und Patentwesen, die Möglichkeit, unsere Interessen direkt im Ministerrat vertreten zu können. — Das DAMW hält den wiederholt diskutierten Vorschlag der Bildung eines Staatlichen Komitees, dem die Leiter der 4 Technischen Ämter angehören, mit

einer Vertretung im Ministerrat für dringend erforderlich, um künftig die wichtigen Ergebnisse unserer Arbeit schneller sichtbar wirksam werden zu lassen, zum Nutzen unserer gesamten Volkswirtschaft.

Unsere Güteberichterstattung enthält, nach Warennummern geordnet, alle Mängel der Fertigung der einzelnen Produktionsstätten und gibt auch Beispiele über besonders gute Erzeugnisse. Die Ursachen für festgestellte Mängel werden zwar ergründet und angegeben, und es erfolgen laufend Beratungen darüber mit den Herstellern, es erscheint mir aber wichtig, in der Berichterstattung konstruktive Vorschläge für die Behebung der festgestellten Mängel zu geben. Ein Beispiel soll das eben Gesagte erläutern:

Es soll nicht nur festgestellt werden, daß die Qualität der Glühlampen schlecht und daß die Lichtausbeute zu gering ist, sondern es muß angegeben werden, wieviel cbm Helium pro Monat benötigt werden, um die Qualität der Glühlampen zu verbessern.

Das Amt hat in den letzten Jahren bedeutende Erweiterungen erfahren. Außerdem hat es seinen gesetzmäßig verankerten Prüfeinfluß in jeder Richtung wirksam werden lassen.

Ich erinnere an die am 1. Juli 1955 erfolgte Übernahme der natürlichen Prüfstelle Stralsund vom DAMG und an die Schaffung des Versuchs- und Prüfamtes für technische Schiffsausrüstung Stralsund. Diese Dienststelle arbeitet zur Zeit mit 20 Mitarbeitern und soll in diesem Jahr noch verstärkt werden, wenn der Neubau des Institutes im III. Quartal bezugsfertig sein wird. Zu dieser Dienststelle gehören zwei Schiffe, und zwar ein Kutter „Stern“ und ein Logger „Meteor“.

Ein Jahr später, am 1. Juli 1956, konnte das Amt 7 Prüfdienststellen des ehemaligen FTP Berlin mit etwa 160 Mitarbeitern übernehmen.

Mit dem neu zu errichtenden Klinkenprüfstand des Amtes für Technik in Berlin-Adlershof wurde die Zusammenarbeit in der Form der Bildung eines DAMW-Gutachterausschusses festgelegt, der unter der Leitung von Kollegen Dipl.-Ing. Eiseler steht. Der Gutachterausschuß hat die Aufgabe, in allen Fragen der Projektierung, des Aufbaues des neuen Institutes und der Durchführung der Prüfungen beratend zu wirken.

Vertragliche Abmachungen in ähnlicher Richtung wurden mit mehreren Instituten abgeschlossen oder befinden sich in Vorbereitung. Besonders möchte ich eine Vereinbarung mit der Prüfstelle des Kooperationsstabes der zivilen Luftfahrt Parna erwähnen. — Natürlich war es aus Personalmangel nicht möglich und um Zersplitterungen zu vermeiden, in jedem Falle durch gesonderten Personalbesatz wirksam zu werden.

Ich beschränke mich in verschiedenen Fällen auf Annahme von Nominierungen in den Kuratorien dieser Institute. So ist das DAMW z. B. in dem Kuratorium der Versuchsstrecke Freiberg vertreten, ebenso sind wir in dem Kuratorium des Institutes für Textiltechnologie der Chemiefasern Rudolstadt vertreten, sowie auch in dem Kuratorium der Hochschule für Außenhandel, Institut Warenkunde, Berlin-Staaken. Eine Vertretung im Kuratorium des neuen Hochspannungsprüffeldes ist gleichfalls vorgesehen.

Wenn ich eben den modernen Neubau des Versuchs- und Prüfamtes für technische Schiffsausrüstung Stralsund erwähnte, möchte ich diesen Hinweis als

Voranlassung nehmen und auf die Investitionen zu sprechen kommen.

Die Frage der Finanzen ist eine sehr schwierige Frage, ich glaube aber, feststellen zu können, daß Ihnen immer geholfen wurde, wenn Finanzschwierigkeiten auftraten, soweit Ihre Forderungen als notwendig erkannt wurden. Wenn der eine oder andere von Ihnen dann und wann unzufrieden über eine evtl. Abmahnung ist, bitte ich zu bedenken, daß das Amt immerhin jedes Jahr für Investitionen stattliche Beträge zur Verfügung gestellt bekam. Im Jahre 1986 waren es über 8 Millionen DM, und für 1987 sind etwa 9,4 Millionen DM vorgesehen. Leider kann nun nicht jede Dienststelle allein über das Geld verfügen, sondern die Verteilung wird nach Schwerpunkten vorgenommen unter Einbeziehung vieler Probleme, die für die Notwendigkeit der Durchführung des Vorhabens bestimmend sind.

1988/1989 ist für Karl-Marx-Stadt ein Neubau geplant, der etwa 8,8 Millionen DM kosten wird, um alle in Karl-Marx-Stadt zum Teil sehr primitiv untergebrachten Dienststellen unter einem Dach zu vereinigen. Außerdem sind kleinere und größere Umbauten und Ergänzungen von Prüfeinrichtungen in mehreren Dienststellen vorgenommen worden. Die bis 1989 als Vorplanung aufgestellten Pläne enthalten zum größten Teil die von Ihnen geäußerten Wünsche.

In den letzten beiden Jahren erhielten mehrere Dienststellen größere Beträge zur Ergänzung der Geräteausrüstung, zu Umzügen in neue Diensträume. Ich denke hierbei besonders an die Dienststelle 819 Zwickau. Auch die Dienststelle 831 Berlin wurde mit Mitteln bedacht, die Dienststelle 804 Glauchau erhielt im Rahmen der Umsetzung ein in sehr gutem Zustand sich befindliches Gebäude, Kollege Scheufel und seine Mitarbeiter haben es verstanden, die Dienststelle zu einem wahren Schmuckstückchen auszubauen. In der Dienststelle 819 Jena wurden bauliche Veränderungen vorgenommen, die Dienststellen 851 Gera, 356 Zittau und 811 Schmalkalden erfuhren Geräteerweiterungen.

Für all unsere Finanzplanungen werden die Vorplanungen, die Sie in den Dienststellen ausarbeiten, zu Grunde gelegt. Oft mußte festgestellt werden, daß diese einer realen Grundlage entbehren. Bitte vermeiden Sie irrealen Planungen und Anforderungen. Ich lege besonderen Wert auf eine realistische Planung und kann dann die Zahlen mit gutem Gewissen bei den Finanzorganen unseres Staatsapparates vertreten und mich dafür einsetzen, daß uns trotz der angespannten Finanzlage die Mittel in voller Höhe bewilligt werden.

Die Dienststellenleiter müssen Berater und Freunde der Belegschaft sein und mit der BGL, der AGL sowie der BPO und der Leitung der FDJ eng zusammenarbeiten. Sie haben für das Wohl ihrer Mitarbeiter zu sorgen und sie im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu unterstützen. — Dies ist oft nicht leicht, da jeder einzelne bestrebt ist, möglichst viel zu verdienen und andere Institute bessere Vergütungsmöglichkeiten haben. — Ich bitte aber zu bedenken, daß auch bei uns im Amt eine erhebliche Steigerung des Gehaltsniveaus zu verzeichnen ist und die Entwicklung in dieser Richtung noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, wenn es auch vorläufig noch nicht möglich ist, direkte Gehaltserhöhungen vorzunehmen. Ausnahmen mögen die Regel bestätigen.

Die Höhe des Gehaltsniveaus für 1987 wurde mir vor einigen Tagen nach eingehender Verhandlung im Finanzministerium mündlich bestätigt, so daß die Neueinstellung des Stabsplanen entsprechend der bewilligten Summe mit Wirkung vom 1. April 1987 vorgenommen werden kann.

Die Durchsicht des Haushaltsplanes ist noch nicht erfolgt, wenn auch die Abteilung Haushalt und Finanzen bereits verschiedene Hinweise erhalten hat.

Der Frage der Kaderarbeit kommt im Amt eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie ist sehr erweitert durch die Vielzahl der verstreut in der DDR liegenden Dienststellen und durch noch verschiedenen Tarifen arbeitende Gruppen. Im Amt wird Vergütung nach dem VBV-Tarif vorgenommen, die Kollegen Lebensmittelhändler werden nach dem Rahmentariffvertrag des Gesundheitswesens vergütet, für die Besatzung unserer Schiffe trifft der Meeres-Tarif zu.

Entsprechend der Aufgabenstellung des Amtes liegt der Schwerpunkt der Kaderarbeit bei den wissenschaftlich-technischen Kadern sowie den technischen Hilfskräften. — 1986 wurde das Amt durch 81 Mitarbeiter mit abgeschlossener Fach- und Hochschulbildung erweitert und 1986 stehen in der gleichen Ausbildungskategorie 18 Abgängen 25 Neueinstellungen gegenüber.

Gegenwärtig erhalten 78 Lehrlinge ihre Berufsausbildung im Amt. 84 Mitarbeiter nehmen am Fernstudium der Fach- und Hochschulen teil.

Der Vizepräsident des Amtes, Kollege Böhmlach, wurde zum Studium an die Karl-Marx-Hochschule delegiert, außerdem fanden Delegierungen an Fach- und Hochschulen sowie an die Abenduniversität und an die Fernstudienhochschule statt.

Die Fluktuation ist im Amt mit 33 Prozent verhältnismäßig hoch. Sie hat ihre Ursache im wesentlichen in der starken unterschiedlichen Vergütung der technischen Hilfskräfte gegenüber der Industrie. — Trotz der hohen Fluktuation ist es erfreulich, feststellen zu können, daß etwa 23 Prozent aller Mitarbeiter des Amtes auf eine Dienstzugehörigkeit von über 5 Jahren zurückblicken können.

Die fachliche Schulung der Mitarbeiter wird im Amt unterschiedlich durchgeführt. Jeder Dienststellenleiter muß es als seine vornehmste Aufgabe betrachten, alle seine Mitarbeiter laufend fachlich zu schulen, sie weiterzubilden, damit sie den umfangreichen neuen Aufgaben, die künftig an uns gestellt werden, gewachsen sind.

Regelmäßig wird in Abständen von 14 Tagen im Amt die staatspolitische Schulung durchgeführt. Die Themenstellung wurde uns selbst überlassen. Ein Kollektiv der ZV bringt die aktuellen politischen Probleme wirklichkeitstreu mit unserer Prüferbeit in Verbindung. — Aus den mir vorgelegten Berichten geht deutlich hervor, daß sich die Schulung in der neuen Form einer größeren Beliebtheit erfreut. — Bitte halten Sie sich vor Augen, daß ein volles Verstehen der ökonomischen Probleme nur möglich ist, wenn wir uns eingehend mit den politischen Problemen vertraut machen. Wir Techniker neigen sehr leicht dazu, nur formalen Dingen nachzugehen. Es muß von Ihnen gefordert werden, daß Sie im Sinne unserer demokratischen Ordnung Ihre Aufgaben politisch sehen und aktiv an allen Problemen mitarbeiten.

Wir müssen uns mehr als bisher mit der Schulung des TKO-Personals befassen. Die TKA hat von mir vor einigen Tagen den Auftrag erhalten, sich Gedanken über die Durchführung von Schulungskursen von TKO-Personal zu machen, nämlich den Kursten, die das Amt für Standardisierung laufend in Weinböhla durchführt.

Aus der Gründungsverordnung geht hervor, daß das DAMW die qualitätsmäßige Überprüfung der gesamten industriellen Fertigung durchzuführen hat. Diese Aufgabe allein ist schon so umfangreich, wie es der Nicht-eingeweihte kaum ahnt. Im Rahmen der Vertiefung der Technik auf allen Gebieten hat das Amt laufend neue Aufgaben übernehmen müssen.

Einige Beispiele sollen dies beweisen:

Das DAMW befaßt sich mit der sehr komplizierten und verantwortungsvollen Herstellung von Normalproben und Eichdioden für Spektralanalysen. Diese Erzeugnisse werden von uns in 23 Länder exportiert. Auf dem Gebiet der Wäschereien betreut die Dienststelle Zittau laufend etwa 1600 Betriebe in der DDR. Die Betreuung erstreckt sich auf Kontrollbesuche, auf laufende Auswertung der Teststreifen, die den Wäschepartien beigelegt werden und auf persönliche Beratungen.

Die Dienststelle 581 Altenburg ist wesentlich bei der Klärung von Verpackungsfragen aller Verpackungsarten beteiligt und führt Industrieberatungen durch, die weit über das Maß der DAMW-Arbeit hinausgehen.

Die Prüfungsstelle in Zwota befaßt sich nicht nur mit der Prüfung von Musikinstrumenten, sondern gibt der Industrie laufend wertvolle Anregungen über Neuentwicklungen von Musikinstrumenten und Prüfgeräten auf dem akustischen Gebiet. Arbeiten des Institutes finden in aller Welt Anerkennung.

Laufend werden die Prüfungsstellen der Metallgruppe zu Schadensuntersuchungen herangezogen. Durch modernste Geräte werden Fehlerursachen festgestellt und an Hand der systematischen Untersuchungen Hinweise für die Abheilung der Mängel gegeben.

Die Baustoffprüfstellen sind in permanenter Folge mit der Abgabe von Gutachten beschäftigt. Es sind neue Straßendecken zu entwickeln, Begutachtungen von Abdichtungen von Talsperren vorzunehmen, es müssen Untersuchungen angestellt werden, wenn bei unsachgemäß ausgeführten Neubauten sich die Fußböden anheben.

Es wird Sie interessieren, zu erfahren, daß Kollege Dr. Utermann als einer der ersten den Spionagetunnel in Berlin-Alte Gliencke betrat, um ein Urteil über die Benutzungsdauer abzugeben.

In Verbindung mit den zusätzlichen Aufgaben des Amtes ist auch die Durchführung von Forschungsaufträgen zu bringen. Ohne Zweifel steht fest, daß das Amt unmittelbar im Rahmen von Forschungsaufträgen an der Weiterentwicklung von Prüfgeräten interessiert sein muß.

Im Jahre 1951 wurden 31 Prüfstellen als Forschungsstellen innerhalb des Amtes registriert, die im Durchschnitt jährlich etwa 50 Themenvorschläge einreichen. Die Themen stammen aus allen Fachgebieten. Abgeschlossene Arbeiten und Geräteentwicklungen werden der Industrie zur Verfügung gestellt, wenn auch die Einführung in die Fertigung oft auf große Schwierigkeiten stößt. Die Kollegen Forschungsaufträgen

müssen, unterstützt von den Kollegen Fach- und Hauptgruppenleitern, energisch an die Einführung der abgeschlossenen Entwicklung in die Produktion herangehen.

Es ist erforderlich, daß nach Abschluß der Arbeiten in einer wissenschaftlichen Zeitschrift über das Ergebnis berichtet wird und daß die Themen in dem Dokumentationsdienst Aufnahme finden.

Ich kann feststellen, daß wir gute Erfolge zu verzeichnen haben und viele von uns entwickelte Geräte in der Praxis Eingang fanden, wenn auch in einigen Punkten die Auswertung noch zu wünschen übrig läßt. Die Themen müssen künftig stärker koordiniert werden. Es geht nicht an, daß häufig entsprechend den persönlichen Neigungen Themen in Vorschlag gebracht werden, sondern wir müssen uns nicht nur im Rahmen des Zentralamtes für Forschung und Technik, sondern auch im Rahmen der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit unseren ausländischen Freunden abstimmen. — Von den Kollegen Forschungsauftraggeber wird eine bessere Finanzplanung erwartet, denn wie kann es sonst möglich sein, daß im Jahre 1956 500 000,— DM nicht ausgeschöpft wurden.

Zu den zusätzlichen Aufgaben, die das DAMW durchführt, gehört auch die Mitarbeit im Rahmen von Standardisierungsaufgaben. Das DAMW hat im Plan der Standardisierung 1957 51 Planaufgaben zu bearbeiten. Die Mitarbeiter des Amtes arbeiten außerdem an einer sehr großen Zahl von Aufgaben mit, die nicht federführend bei uns liegen.

In Verbindung mit der Mitarbeit im DNA führten wir im vergangenen Jahr 44 Westreisen, im Jahre 1955 32 Reisen durch.

Als fühlbarer Mangel muß festgestellt werden, daß auf vielen Gebieten einwandfreie Prüfverfahren fehlen. Maßnahmen sind unverzüglich in die Wege zu leiten, die diesen Mangel auf ein Mindestmaß reduzieren. Die Kollegen Dienststellenleiter müssen sich stärker für diese Arbeiten interessieren und es nicht als notwendiges Übel betrachten. Das Büro für Standardisierung der ZV kann die Arbeiten nicht allein durchführen, sondern muß sich auf Ihre Mitarbeit auf den einzelnen Spezialgebieten verlassen. Aufgabe des Büros für Standardisierung ist es, Ihre Unterlagen in die nötige normenmäßige Form zu bringen und die begriffsmäßige Überarbeitung vorzunehmen.

Außer den bereits erwähnten Reisen nach Westdeutschland in Verbindung mit den DNA wurden 1956 weitere 89 Reisen zum Besuch von Tagungen, Ausstellungen und Messen durchgeführt. Die Zahl der Auslandsreisen stieg von 10 im Jahre 1955 auf 11 im Jahre 1956.

Das Amt hatte an 216 Tagen ausländischen Besuch. Die Tage verteilen sich wie folgt: 110 Tage aus der CSR, 33 Tage aus Volkspolen, 1 Tag aus China, 4 Tage aus Rumänien, 3 Tage aus der UdSSR, 66 Tage aus Ungarn.

Nachteilig für das gesamte Amt hat sich erwiesen, daß die Popularisierung unserer Arbeit in aller Öffentlichkeit zu wünschen übrig ließ. Die kurze Ihnen neben gegebene Bilanz, die durch die folgenden Ausführungen noch ergänzt wird, aber trotzdem auf Vollständigkeit keinen Anspruch hat, legt Zeugnis von der ungehobenen Arbeitsleistung der Mitarbeiter ab. Es erweist sich als dringend notwendig, die Auf-

klärung zu verstärken und immer wieder bei allen sich bietenden Gelegenheiten auf die Bedeutung der Prüfungen aufmerksam zu machen. Die Arbeit kann nicht allein von den Mitarbeitern der ZV durchgeführt werden, sondern Sie alle müssen sich dabei unterstützen. Vortragende, Aussprachende mit der Nationalen Front und in Verbindung mit der Kammer der Technik, Filmvorführungen usw. sind durchzuführen. Die Kampagne der Zeitungsartikel ist zu verstärken. Mit der Herausgabe eines Mitteilungsblattes wurde begonnen, wenn man sich auch bedauerlicherweise an der äußeren Form gestoßen hat. Die Zeitung soll gedruckt werden, es muß aber erst ein bestimmter Abnehmerkreis gesucht werden, um die Finanzstränge in tragbare Formen kleiden zu können.

Noch in diesem Jahr oder in der nächsten Zeit soll ein zweibändiges Handbuch über das DAMW erscheinen. Unterstützen Sie uns in all diesen Bestrebungen durch Ihre Hinweise und Ihre Beiträge.

Im vergangenen Jahr haben wir zwei wissenschaftliche Kolloquien durchgeführt auf dem Gebiet der Spannungsoptik und der Selbstprüfung, die sehr gut besucht waren und allgemein Beifall fanden. Für dieses Jahr sind 4 Kolloquien vorgesehen.

Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Parteiorganisation innerhalb der ZV und den Dienststellen ist im wesentlichen als sehr gut zu bezeichnen. Die wichtigsten Probleme wurden im Kollektiv besprochen. Die Gewerkschaftswahlen sind ordnungsgemäß durchgeführt worden.

Im Jahre 1956 konnten 18 Mitarbeiter als Aktivisten ausgezeichnet bzw. mit der Medaille für ausgezeichnete Leistungen geehrt werden. Im Jahre vorher waren es 15 Mitarbeiter.

Aus dem gemeinsam gebildeten Dachfonds, der 1955 einen Betrag von 23 500,— DM auswies, wurden allein für die Durchführung unseres vorbildlichen Kinderferienlagers in Dranske 17 500,— DM ausgegeben. 1956 betrug das Ist des Dachfonds 31 000,— DM.

Für die Mitarbeiter der Musikinstrumentenprüfstelle Zwota ließ der Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt in Markneukirchen drei Intelligenzhäuser bauen.

Aus Anlaß des 8. März, des 1. Mai und des 13. Oktober fanden würdige Feiern mit der gesamten Belegschaft statt, denen sich gesellige Veranstaltungen anschlossen. Wiederholt ist diskutiert worden, daß unsere im Laufe der Jahre erschienenen Gesetze über das Prüfwesen einer gründlichen Überholung bedürfen. In kollektiver Arbeit wurde nach mehreren Vorschlägen eine endgültige Fassung geschaffen, die an alle beteiligten Stellen zur Stellungnahme ging. Zustimmung und Einsprüche sind sehr langsam eingegangen, so daß nunmehr in der nächsten Zeit die letzte Formulierung vorgenommen werden kann.

Nachdem ich Ihnen bisher Bericht über die Arbeit des Amtes gab, soll nun die Entwicklung des Perspektivplanes des Amtes folgen.

Der Begriff Qualität der Erzeugnisse ist eng mit dem Grundgesetz des Sozialismus verbunden, und damit steht das Amt mit seiner bereits mehrfach erwähnten gesetzlichen Aufgabenstellung im Mittelpunkt des unmittelbaren auf die Entwicklung Einfluß nehmenden politischen Geschehens.

Bei Gründung des Amtes reichte der Mitarbeiterstab aus, um einen nicht unerheblichen Teil der damals anfallenden Prüfaufgaben zu erledigen. Der Stand

der Mitarbeiter hat sich aber nur unwesentlich vergrößert, und es ist auch nicht mit weiteren Vergrößerungen ohne Übernahme zusätzlicher Arbeitsgebiete zu rechnen.

Im Gegensatz dazu sind die Prüfaufgaben gewaltig gestiegen, das Warensortiment hat sich vergrößert, die Vorschriften wurden verfeinert. Die anfallenden Aufgaben stehen in keinem Verhältnis zu den gegebenen arbeitsmäßigen Prüfmöglichkeiten. Die Flut der anfallenden Pflichtprüfungen erdrückt uns, die Durchlaufzeiten der Prüflinge verlängern sich; dadurch haben wir evtl. den einwandfreien Produktionsablauf auf der Waren müssen der Eile halber die Produktionsstätten unserer Industrie verlassen, ohne daß sie geprüft werden konnten.

Als primäre Voraussetzung für die Veränderung unserer Arbeit ist eine Reduzierung des Umfangs der freiwilligen Prüfungen unbedingt notwendig. Die Zahlen der durchgeführten Prüfungen beweisen mir, daß Sie bezüglich Ihrer Prüfaufträge schon entsprechend verfahren haben. Es treten dabei natürlich grundsätzliche Schwierigkeiten auf. Wenn das DAMW den Umfang der freiwilligen Prüfungen reduziert, ist zu klären, wer diese Prüfungen, die genauso wichtig wie die Pflichtprüfungen sind, durchführt. Mit dieser Frage müssen wir uns ernsthaft befassen. Die Tatsache dieser Entwicklung ist in den letzten Jahren klar erkannt worden mit der Schlußfolgerung der Änderung des Arbeitsstils. Mit aller Entschiedenheit muß die Forderung gestellt werden, einen Teil der Prüfungen in den Betrieben eigenverantwortlich durchzuführen. Natürlich darf der Vorgang kein plötzlicher sein, sondern muß sinnvoll nach gründlicher Vorbereitung vor sich gehen. Das bisher eingeschlagene Tempo erscheint mir allerdings etwas langsam.

Wir konnten uns zu diesem Schritt entschließen, da in den letzten Jahren das Bewußtsein unserer Werktätigen zur Frage der Qualitätsarbeit sich entscheidend gewandelt hat, außerdem die Betriebe sich inzwischen entsprechende Prüfeinrichtungen anschaffen konnten und schließlich auch personellmäßig die Voraussetzungen zum größten Teil vorhanden sind. Als schwacher Punkt in der Kette dieser Betrachtungen dürfte das Fehlen der Prüfvorschriften sein. Im Verfolg dieser bereits eingeleiteten Maßnahmen hat sich ergeben, daß nicht alle Prüfungen verlagert werden können. Von Fall zu Fall sind die Möglichkeiten eingehend zu überprüfen, damit keine Fehlschlüsse eintreten.

Im gleichen Zug mit der Verlagerung der Prüfungen muß die Kontrolle über die Betriebe verstärkt werden. Die Mitarbeiter des Amtes müssen sich an eine verstärkt durchzuführende operative Tätigkeit gewöhnen. Die neue Arbeitsweise bedingt natürlich auch eine Qualifizierung der Mitarbeiter.

Der erste Schritt in der zukünftigen Entwicklung steht unter der Devise:

„Sinnvolle Reduzierung der Prüfungen in den Dienststellen. Verstärkung der Kontrollen der Betriebe durch das DAMW.“

Die Mitarbeiter des Amtes kommen daher näher mit der Produktion in Berührung und werden gezwungen, sofort an Ort und Stelle Vorschläge für die Mängelbeseitigung dem Betrieb zu unterbreiten. Sie können andererseits den Werktätigen sofort ein wohlthuendes Lob aussprechen, wenn die vorgelegten Erzeugnisse dazu Veranlassung geben.

In diesem ersten Absatz der Entwicklung sind folgende Stufen zu unterscheiden:

1. Das DAMW prüft und stellt das Zeugnis aus.
2. Der Betrieb prüft, die Dienststelle des Amtes, dem der Betrieb zugeordnet ist, stellt das Zeugnis aus.
3. Der Betrieb prüft und stellt selbst das Zeugnis aus.

Es gibt noch bezüglich der Erteilung der Berechtigung der Führung des Dienstzeigels einige kleine Abwandlungen von dieser Grundregel.

Wie wurde nun der hier soeben aufgezeigte und so oft schon diskutierte Weg bisher realisiert? — Ohne viel Worte darüber zu verlieren, bin ich der Meinung, daß noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Es scheint mir, als ob man vor zu erwartenden Schwierigkeiten auswich.

Der Leiter der Fachgruppe Elektrotechnik, Kollege Mader, ist ein konsequenter Vertreter dieser Idee. Er hat in seiner Fachgruppe zur Zeit 21 Außenstellen in VE-Betrieben eingerichtet, die die Erzeugnisse aller Hersteller der betreffenden Warengruppen prüfen, außerdem sind von ihm noch 38 VE-Betriebe zur Selbstprüfung eingeschaltet worden, die nur die eigenen Erzeugnisse prüfen. Hier sind die einwandfreien Voraussetzungen geschaffen worden, es muß nun mit allen Mitteln verstärkt die Kontrolle ausgebaut werden.

In den Fachgruppen Holz und Kulturwaren sowie technische Chemie arbeiten je 7 VE-Betriebe als Selbstprüfer.

In der Fachgruppe Textil sind 36 VE-Betrieben Genehmigungen zur Selbstprüfung mit Eigenausfertigung der Zeugnisse im Auftrag des DAMW erteilt worden. In den Hauptgruppen Metallindustrie und Bauwesen wurden zusammen 11 Institute und VE-Betriebe eingeschaltet, die selbständig sind und siegelführend im Auftrag des DAMW Prüfungen für uns durchführen. Es handelt sich dabei um das Zentralinstitut für Schweißtechnik Halle, das Zentralinstitut für Gleisertechnik Leipzig, das Beschußamt Suhl, die Zentrale Abteilung für Gasanwendung Dessau, Berlin, Dresden, die Baufachschulen in Gotha, Glauchau, Cottbus, Neustrelitz usw.

Die eben aufgeführten Ansätze sind als gut zu bezeichnen, sie bringen aber leider, mit Ausnahme in der Fachgruppe Elektrotechnik, unseren Dienststellen noch keine fühlbare Entlastung. Es mag in der Hauptsache die Ursache in der erst vor kurzer Zeit erfolgten Einschaltung der Betriebe zu suchen sein.

Die wertvollen Erfahrungen, die die Kollegen Dienststellen-, Fach- und Hauptgruppenleiter über die Arbeitsweise der Außen- und Nebenstellen gesammelt haben, sind von der TKA des Amtes systematisch auszuwerten. Sie müssen bei der Aufstellung des Perspektivplanes ihren terminmäßigen Niederschlag finden. Wir müssen daraus Schlüsse für das Tempo der verstärkten Verfolgung dieser Zielsetzung ziehen. Es erscheint mir wichtig, Ihnen in diesem Zusammenhang einige Zahlen über die durchgeführten Prüfungen zu nennen, da sich in dem Zahlenpiel sehr deutlich die aufgezeigte Marschrichtung schon widerspiegelt.

	1952	1956
Pflichtprüfungen	250 000	224 000
Freiwillige Prüfungen	173 000	34 000
Gesamt	422 000	258 000

Trotz der umfangreichen, durch das DAMW durchgeführten Prüfungen, der Einschaltung der Betriebe, der Verstärkung der Kontrollen, muß laufend in den Verkaufsläden unseres VE-Handels festgestellt werden, daß Waren nicht einwandfreier Beschaffenheit zur Auslieferung kommen. Die Berichte der Außenhandelsorgane geben eine Übersicht über eingetretene Reklamationsfälle, die nicht als niedrig zu bezeichnen sind.

Man muß sich fragen: Wie ist so etwas immer wieder möglich? — Die Erklärung ist leicht gegeben. Sie ist in einer nicht einwandfrei arbeitenden Gütekontrollorganisation in den Betrieben zu suchen. Die TKO untersteht den Werkleitern der Betriebe und ist an der mengenmäßigen Erfüllung der Produktionspläne durch Prämienbeteiligung interessiert. Würde hier nicht eine Änderung eintreten, wenn das Unterstellungsverhältnis der TKO-Leitung eine Korrektur erfährt? — Ich denke dabei in keiner Form an eine disziplinarische Unterstellung, sondern nur an eine Übernahme der Dienstaufsicht und damit an die Schaffung einer strafferen, einheitlichen Ausrichtung in allen Qualitätsfragen und einer Stärkung der Stellung der TKO-Leitung in den Betrieben. Für das DAMW bedeutet dies natürlich eine ungeheure Mehrbelastung, die mir im Interesse unserer Volkswirtschaft von großem Vorteil erscheint.

Als zweiter Schritt in der zukünftigen Entwicklung des Amtes muß der verstärkte Einsatz für eine bessere Koordinierung aller Prüfinstitutionen angesehen werden. Die Koordinierung ist nach zwei Richtungen zu verfolgen.

1. Koordinierung innerhalb der DDR,
2. Koordinierung mit allen befreundeten Nationen, besonders denen der Volksdemokratien.

Obwohl wir in der DDR ein zentralisiertes Prüfwesen in Form des DAMG und des DAMW haben, befassen sich noch etwa 20 Institutionen mit Prüfungen und Abnahmen. Wenn auch die Arbeitsgebiete durch gesetzliche Anordnungen gegenseitig scharf abgegrenzt sind, so bleibt es eine Tatsache, daß dort, wo der eine aufhört, der andere mit seinen Prüfungen oder Abnahmen einsetzt. Können wir uns bei dem Mangel an technischen Kadern eine solche Arbeitsweise heute noch leisten? Sind in allen Fällen die technischen Prüfmittel, für deren Anschaffung umfangreiche Staatsinvestitionen erforderlich waren, überall voll ausgenutzt? Wir sind doch Ingenieure, bei uns spielt die Frage des Wirkungsgrades immer eine entscheidende Rolle.

Die Vorschläge sind überall auf fruchtbaren Boden gefallen, aber bei der versuchten Realisierung traten große Schwierigkeiten auf. Die für die Koordinierung in Frage kommenden Institute sind keine reinen Prüfinstitute, sondern sie wurden geschaffen, um Aufgaben anderen Charakters durchzuführen, benötigen aber Prüfeinrichtungen zur Teilerfüllung ihrer Aufgaben. — Bitte gehen Sie selbstkritisch an die Lösung des Problems, es geht nicht darum, daß die eine Gruppe vorstößt und die andere geschwächt wird, es geht um die Belange unserer Wirtschaft, um das wirtschaftliche Arbeiten unseres Staates. Egoistische Gesichtspunkte müssen dabei vollkommen außer Betracht bleiben.

Nachdem das zentrale Prüfwesen bei uns in der DDR gut fundiert ist und sich ausgezeichnet bewährt hat, liegt nichts näher als der Vorschlag der Koordinierung des Prüfwesens mit allen befreundeten Ländern.

- 19 -

Die Zusammenarbeit ist zur Zeit fast unmöglich. In der UdSSR, in den von uns befreundeten Nationen, insbesondere der UdSSR, kein zentrales Prüfwesen vorhanden ist und damit uns der Gegenpartner fehlt. Es sind lediglich mehr oder weniger umfangreiche und teilweise gut ausgestattete Institute vorhanden, die den Fachministern, den Außenhandelsorganen und anderen staatlichen Stellen angegliedert sind.

Das DAMW hat in den letzten beiden Jahren die Verbindung mit der UdSSR, CSR, Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien sowie China aufgenommen. Besonders freundschaftliche Beziehungen bestehen zur benachbarten CSR. Abgeschlossene Freundschaftsverträge legen Einzelheiten der gegenseitigen Unterstützung fest. Die befreundeten Nationen entsandten im vergangenen Jahr Delegationen, die die Arbeitsweise und die Organisation des Amtes eingehend studiert haben. Über einstimmend wurde der Wunsch geäußert, im eigenen Land etwas Ähnliches schaffen zu können und die Verbindung zum DAMW fester zu gestalten. Um diesen Bestrebungen von unserer Seite eine Unterstützung zugehen zu lassen, wird empfohlen, im Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe ein Länderreferat Prüfwesen zu schaffen mit der Maßgabe der Festlegung von verantwortlichen Partnern in den einzelnen Ländern. Dieser Antrag wird vom DAMW in Kürze an unseren Ministerrat zur Entscheidung vorgelegt. Bei Zustimmung ist damit zu rechnen, daß das zu schaffende Referat dem DAMW zufällt. Mit dem Auftrag der Durchführung dieser Aufgabe dürfte, auch international gesehen, das Ansehen des Amtes erheblich zunehmen.

Die Verstärkung der technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Volkdemokratien schafft für die geplante Koordinierung die einwandfreien Voraussetzungen.

Mit der CSR besteht bereits ein Beschluß für eine ständige Zusammenarbeit. — Mit der UdSSR ist ein Beschluß mit den Ministerien für Chemie und Schwermaschinenbau in Vorbereitung. — In der gleichen Richtung wird zur Zeit an der Vorbereitung von Beschlüssen mit Volkspolen und Bulgarien gearbeitet.

Nach dem Zustandekommen der Koordinierung in der internationalen Zusammenarbeit ist der Schritt des Vorschlages der gegenseitigen Anerkennung der durchgeführten Prüfungen und der Prüfzeichen eine zwangsläufige Folge. Wir würden damit unseren Außenhandelsorganen ungeheure Erleichterungen schaffen. Voraussetzung für die Anerkennung ist allerdings das Vorhandensein von einheitlichen Prüfvorschriften und Prüfmethoden. Hier liegt für alle an der Normung und Standardisierung interessierten Stellen ein weiteres Arbeitsgebiet vor uns. Schrecken wir nicht vor dieser Aufgabe zurück, sondern befassen wir uns in naher Zukunft mit Vorschlägen, wie wir Schritt für Schritt in kollektiver Zusammenarbeit einen gangbaren Weg finden.

Natürlich hat das DAMW die Verbindung nicht nur mit den Prüfinstituten unserer Volkdemokratien aufgenommen, sondern auch Beziehungen mit Prüfinstituten in der Bundesrepublik, in Österreich, den Niederlanden und Schweden geknüpft. Von allen Seiten begrüßt man die vorgesehene Zusammenarbeit, wenn auch vorläufig an eine Einzelbeziehung dieser Länder in die vorher geschilderte Koordinierung nicht gedacht werden kann.

Sie werden aus meinen Ausführungen erkannt haben, daß das DAMW auf dem Gebiet des internationalen Prüfwesens die Triebkraft darstellen muß. Jeder einzelne von uns überlege sich, welchen Beitrag er dazu leisten kann. Die ZV kann unmöglich alle diese Arbeiten allein durchführen. Die zu lösenden Probleme sind sehr umfangreich, sie werden in kontinuierlicher Folge in Angriff genommen. Anfang des III. Quartals plant das Amt die Durchführung einer internationalen Tagung mit dem Ziel der Vertiefung des Koordinierungsgedankens im Prüfwesen und der Entwicklung konstruktiver Arbeitsvorschläge.

Bei all den Problemen dürfen wir aber im DAMW nicht die Kleinarbeit übersehen, die in Bezug auf Durchführung der Prüfungen und Kontrollen zu leisten ist. Sie bringen uns die Erfolge, die zwar nicht zahlenmäßig zu erfassen sind, jedoch in Form einer mathematischen Rechnung belegt werden können. Sie zeigen sich aber deutlich an den Ergebnissen unserer Wirtschaft. Die Leipziger Messe gab dafür wieder ein überlappendes Beispiel. Das Amt ist stolz auf diese Erfolge.

Einige Zahlen über die Ergebnisse unserer Prüftarbeit mögen auch hier wieder mehr sagen als Worte ausdrücken in der Lage sind.

Ermittelte Prüfzeichen	1952	1953
	Zahlen in %	
Q	0,02	0,02
S	2,00	2,00
1	22,20	24,28
2	12,80	13,00
alles Dreieck	12,30	9,80

Das Vertrauen zu den Prüfzeichen ist auf Seiten der ausländischen Abnehmer und auch der inländischen Verbraucher stark gewachsen. Man achtet heute bei Einkäufen mehr denn je auf das Vorhandensein der Prüfzeichen.

Es wäre erforderlich, noch auf viele andere Probleme einzugehen. Ehe ich schließe, ist es mir ein dringendes Bedürfnis, Ihnen, meinen Mitarbeiterinnen und meinen Mitarbeitern, für Ihre vorbildliche Arbeit und für Ihren Einsatz zu danken. Es ist mir nicht möglich, jeden Einzelnen zu nennen oder ganz besondere Einzelleistungen hervorzuheben. Sie haben sich die Aufgaben unseres Amtes zu Ihrer eigenen Sache werden lassen und sich oft, ohne Rücksicht auf Ihre Person, für die Erfüllung eingesetzt. Ich bin stolz, im Amt so einen Kreis von bewährten Mitarbeitern zu besitzen. Sie können damit rechnen, daß die aufgezählten Ziele konsequent verfolgt werden zum Nutzen des Amtes, wenn wir uns auch elastisch oft den Gegebenheiten anpassen müssen.

Es wird von mir erwartet, daß Sie in der Diskussion zu den aufgezeigten Problemen Stellung nehmen und daß Sie mit Ihrer Kritik nicht hinter dem Berg halten, möge sie noch so scharf sein, schließen Sie die Zentralverwaltung bitte nicht aus.

Ich sage Ihnen jede mögliche Unterstützung, soweit sie in meiner Macht steht, zu und bitte Sie, daß auch Sie sich dafür voll einsetzen, damit die Industrie in die Lage versetzt wird, gestützt auf Ihre Tätigkeit, den 2. Fünfjahresplan in qualitätsmäßiger Hinsicht zu erfüllen.

Wenn nur Gutes produziert wird, dann kann nichts Schlechtes mehr verkauft werden.

Als Diskussionsgrundlage gab Kollege Dr. Lillie einige Anregungen:

1. Die Arbeit der Staatlichen Güteinspektion besteht einmal aus einer Kontrolltätigkeit, die auf Grund der Verordnungen über das Material- und Warenprüfungs-wesen in den Händen des DAMW liegen sollte, und weiterhin in der Aufgabe, die Erkenntnisse aus der Kontrolltätigkeit sofort und unmittelbar im Handel wirksam werden zu lassen. Während der erste Teil dieser Aufgabe durch Erweiterung des Stellenplanes vom DAMW gelöst werden könnte, ist es uns jedoch nicht möglich, den zweiten Teil dieser Aufgabe zu übernehmen. Hier liegt also der Vorteil, der durch die Bildung der Staatlichen Güteinspektion entstanden ist. Weiterhin sollte es Aufgabe der Staatlichen Güteinspektion sein, die Überprüfung der einzelnen Läger im Handel durchzuführen, d. h. also, Kontrolle im eigenen Revier. Hinsichtlich der Zusammenarbeit ist es durchaus möglich, eine sinnvolle Abgrenzung zur Güteinspektion zu finden. Entscheidend ist, daß ein möglichst enger Kontakt zwischen den Prüfdienststellen und den Gütekontrolleuren hergestellt wird. Weiterhin ist es durchaus möglich, die Güteinspektoren mit Musterziehungen in den Betrieben zu beauftragen, um somit die Zusage von sogenannten freilerten Mustern zu vermeiden. Die monatlichen Berichte der einzelnen Güteinspektoren werden zweckmäßigerweise den Prüfdienststellenleitern zugestellt und können für ihre Prüftätigkeit ausgewertet werden. Eine wesentliche Verbesserung des Kontaktes wird erreicht, wenn weitestgehend die Vertreter der Staatlichen Güteinspektion in unseren Gutachterausschüssen mitarbeiten.

2. Bezüglich der eigenverantwortlichen Prüfungen der Betriebe bestehen in den einzelnen Prüfdienststellen noch Unklarheiten. Da die Selbstprüfung einzelner Betriebe für die Prüfdienststellen durch die ausübende Dienstaufsicht eine ziemlich Belastung mit sich bringt, ist es vorteilhaft, eine Außenstelle zu suchen, die die Voraussetzung in personeller und materieller Hinsicht besitzt, Erzeugnisse von einer Gruppe von Betrieben eigenverantwortlich prüfen zu können. Dieser Weg würde eine bedeutende Erleichterung in verwaltungstechnischer und fachlicher Hinsicht bedeuten. Grundvoraussetzung ist jedoch, daß geeignete Prüfvorschriften vorliegen. Dabei muß darauf geachtet werden, daß die Klassifizierungsmerkmale nicht auf Materialeigenschaften, sondern auf Gebrauchseigenschaften aufgebaut werden. Hinsichtlich des Verhältnisses Pflichtprüfungen zu freiwilligen Prüfungen muß gesagt werden, daß wir hierbei zwischen Prüfstellen, die reine Materialprüfungen durchführen, und Prüfstellen, die eine reine Warenprüfung durchführen, unterscheiden müssen. Auf dem Sektor der Warenprüfung sind die Pflichtprüfungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren, und dafür ist eine starke Kontrolltätigkeit aufzubauen. Auf dem Sektor der Materialprüfung müssen wir neben einer Reduzierung der Pflichtprüfungen eine starke Kontrolltätigkeit ausüben und darüber hinaus die aus Industrie und Handel anfallenden freiwilligen Materialprüfungen und Reklamationsuntersuchungen durchführen.

3. In letzter Zeit sind Anfragen an uns ergangen, ob nicht eine Reduzierung der Anzahl der Prüfzeichen vorgenommen werden könnte. Ich bin der Auffassung, daß neben dem Prüfzeichen „Jocros Dreieck“,

das mit dem Überwachungszeichen versehenen kapitalistischer Länder, wie z. B. Westdeutschland, USA, England usw., verglichen werden kann, die klassifizierten Prüfzeichen durchaus ihre Dankschuldung haben, denn das haben sie im Laufe der letzten Jahre bewiesen. Die Klassifizierung ist neben der Kennzeichnung der unterschiedlichen Güte eines Erzeugnisses ein ausgezeichnetes Mittel, die Betriebe zu einer besseren Qualitätsarbeit anzuregen, da sie ja in den Prüfzeichen einen sichtbaren Wertmesser besitzen. Leider besteht außerhalb unseres Amtes noch oft die Ansicht, daß die Qualitätsfestlegung nach der sogenannten Vorkriegsqualität festgelegt wird. Die Unmöglichkeit dieses Bezugs-elementes geht allein daraus hervor, daß sich der Qualitätsmaßstab laufend entsprechend dem Stand der Weltmarktqualität verändern und diesem angepaßt werden muß. Das setzt voraus, daß auch ständig an der weiteren Entwicklung der Beurteilungsmaßstäbe gearbeitet werden muß. Auf diese Arbeit sollte unser besonderes Augenmerk gerichtet sein.

4. Wenn wir also unser Bezugselement für die Festlegung der Qualität in der Weltmarktqualität der Erzeugnisse finden, so ist Voraussetzung, daß wir wissen, wie die Spitzenerzeugnisse des Weltmarktes beschaffen sind. Um uns hier ein möglichst umfassendes Bild zu machen, müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen. Außer dem Besuch der Leipziger Messe, die uns bereits einen sehr tiefen Einblick in die Qualität der Weltmarktes gewinnen läßt, ist es anzustreben, ausländische Messen zu besuchen und darüber hinaus die von uns in genügendem Maße gehaltenen ausländischen Fachzeitschriften sorgfältig auszuwerten. Es erging an alle Kollegen der Appell, bei der Auswertung der Interessen anderer Prüfdienststellen mit wahrzunehmen und denselben Fotokopien von Artikeln anfertigen zu lassen, die in das betreffende Fachgebiet fallen. So kommt es z. B. vor, daß in der Zeitschrift Kosmetik wichtige Veröffentlichungen über Aerosolflaschen zu finden sind, die in starkem Maße den Kollegen Grell in der Pat. 563, Imenau, interessieren. Da die Zeitschrift nicht in das Aufgabengebiet der Pat. 563 fällt und somit der Umbau für diese Prüfdienststelle nicht vorgenommen ist, würden diese wichtigen Artikel vom Kollegen Grell nicht ausgewertet werden können. So könnte man die Reihe der Beispiele beliebig fortsetzen.

Die Zusammenarbeit der Prüfdienststellen untereinander muß mehr als bisher verbessert werden. Zu diesem Zweck ist bereits begonnen worden, Fachgruppenleiter zu Dienstbesprechungen anderer Fachgruppen hinzuzuleihen, um somit Einblick in andere Prüfgebiete zu gewinnen und dieselben Erkenntnisse in der eigenen Arbeit verwerten zu können.

5. Es ist äußerst wichtig, daß das Amt in Zukunft mehr als bisher Ergebnisse und Erfahrungen aus der Prüftätigkeit in der Öffentlichkeit verbreitet. Wir müssen es in Zukunft allen verantwortlichen Bearbeitern von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Pflicht machen, die Ergebnisse in der Fachliteratur zur Diskussion zu stellen. Darüber hinaus haben die Prüfdienststellenleiter die Aufgabe, die ökonomische Bedeutung der Prüfzeichen durch Beiträge in der Tagespresse zu publizieren.

Die Auswertung der Diskussion erfolgte kollektiv und ist im folgenden Beschlufsprotokoll festgelegt worden:

Beschlufsprotokoll

Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit aus Vorschlägen und Anregungen auf der Ökonomischen Konferenz in Leipzig am 5. und 6. März 1957

1. Vereinheitlichung des Prüfwesens:

Von den Teilnehmern der Ökonomischen Tagung wird es als unbedingt erforderlich erachtet, das zersplitterte Prüfwesen in der DDR zu vereinheitlichen und unter dem BAMW als Dachorganisation zu koordinieren. Auf diese Weise werden dem Staat erhebliche Mittel eingespart und die in nicht ausreichender Form zur Verfügung stehenden Fachkräfte rationell eingesetzt.

2. Eigenverantwortliche Prüfung durch die Betriebe:

Die eigenverantwortliche Prüfung durch die Betriebe ist weiter auszubauen, um durch Einschränkungen der Pflichtprüfungen in den Prüfdienststellen auf ein Mindestmaß Kräfte für eine bedeutend stärker einzusetzende Betriebskontrolle freizubekommen. Dabei soll möglichst die Bildung von Außenstellen vorgenommen werden, die Ergebnisse von einer Gruppe von Betrieben zu prüfen in der Lage sind. Auf diese Weise werden die Prüfdienststellen in fachlicher und verwaltungstechnischer Hinsicht nicht so sehr belastet als durch die eigenverantwortliche Prüfung der Betriebe.

3. Zusammenarbeit mit der Güteinspektion:

Es wird allen Prüfdienststellen-Leitern zur Pflicht gemacht, einen engen Kontakt mit den Güteinspektoren der Staatlichen Güteinspektion herbeizuführen. Es ist anzustreben, die Güteinspektoren zur Mitarbeit in unseren Gutachterenschüssen heranzuziehen. Die von den Güteinspektoren den Dienststellenleitern zugestellten monatlichen Berichte sind für die eigene Prüf- und Kontrolltätigkeit auszuwerten. Soweit erforderlich, sind die Güteinspektoren zur Musterabnahme in den Betrieben heranzuziehen.

Termin: Ab sofort.

Verantwortlich: Fach- und Hauptgruppenleiter.

4. Internationale Zusammenarbeit:

Um im internationalen Handel eine bedeutende Erleichterung zu schaffen, soll im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe ein Länderreferat Prüfwesen gebildet werden. Dem Länderverrat obliegt die Aufgabe, eine Vereinheitlichung der Prüfmethoden, Gütekennzeichnung und somit gegenseitige Anerkennung der Prüfungsergebnisse anzustreben. Zur Vorbereitung dieser Arbeiten wird im III. Quartal eine internationale Tagung der Prüfinstitutionen durchgeführt.

5. Herausgabe eines Fachblattes des Amtes:

Inhalt: Wissenschaftliche Abhandlungen, Veröffentlichungen aus der Forschung, zur Diskussion gestellte Abhandlungen, Prüfverfahren usw.

Aus der Praxis für die Praxis, Prüfmaßstäbe, Bewertungsrichtlinien, Beratungen und Anleitung für die Betriebe usw.

Amthlicher Teil: Dokumentation, Frage und Antwort usw.

6. Auswertung der Fachzeitschriften:

Wir verweisen auf die Übersicht aller im Amt gehaltenen Fachzeitschriften, die im Punkt 5.1 der Nummer 4 veröffentlicht wurde. Soweit die Fachzeitschriften den Prüfdienststellen nicht zugehen, aber Abhandlungen enthalten, die für diese von Interesse sind, gehen die HGr.-Leiter bei der Durchsicht der Fachzeitschrift der Pressestelle bereits Fotokopieraufträge. Die Abhandlungen gehen den Prüfdienststellen zu.

7. Pressearbeit und Aufklärung:

7.1 Erweiterung des Inhaltes unserer Veröffentlichungen und Mitteilungen zu einem Instrument der Hilfe und Anleitung für alle Mitarbeiter des Amtes.

Termin ab Nummer 4 (Druckverfahren).

Verantwortlich: TKA nach ausgearbeitetem Plan.

7.2 Herausgabe eines Projektblattes DIN A 4 (4 Seiten) in den Sprachen: Deutsch, Russisch, Englisch, Französisch, Spanisch, mit etwas mehr Erläuterungen, dabei auch über die Einhaltung des Standards (TOL-DIN-VDE).

Auflagehöhe: 100 000 Stück.

Verkehrung: im wesentlichen für Export über das Messeamt.

Termin für i. Entwurf: 30. April 1957.

Verantwortlich: Pressestelle.

Termin für Herausgabe: 30. Juni 1957.

7.3 Kinoreklame:

In allen Lichtspieltheatern.

Termin für Vereinbarungen: 30. April 1957.

Verantwortlich: Pressestelle.

7.4 Tagespresse der Bezirke:

Über die HGr.-Leiter sind entsprechende Vorschläge einzureichen.

Termin: Ende Mai vorliegend.

Verantwortlich: Dienststellen- bzw. Fachgruppenleiter.

Folgende Hinweise werden gegeben:

Fachgebiet:	Artikel von der Prüfdienststelle:
Elektrische Haushaltsgeräte Dresden	
Haushaltswaren	Karl-Marx-Stadt
Möbel	Erfurt
Textil-Konfektion	Gera
Waschmittel	Halle
Lebensmittel	Leipzig
Fotogeräte	Jena

Vor Abgabe der Artikel an die Bezirkspresse, die zu zeichnen sind:

Name,
Dienststellen- bzw. Fachgruppenleiter des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung,
Dienststelle

ist eine Kopie dem Hauptgruppenleiter zur Genehmigung vorzulegen.

Diese Kopie geht zur Pressestelle. Die Pressestelle führt Übersichten, hält die Verbindung mit den Verlagen und unterstützt die Dienststellen bei diesen.

Die Dienststellen senden 3 Exemplare der Zeitung mit dem Artikel an die Pressestelle.

7.5 Vorträge:

Die Möglichkeiten der direkten Aussprachen und der Vorträge sind stärker auszunutzen. Dazu folgende Anregungen: Vereinbarungen mit den Räten der Bezirke, Abteilung Öffentliche Industrie und Handwerk, den Bezirksdirektionen der Handwerkskammern, dem Konsum, der HO usw., evtl. im Rahmen der Staatspolitischen Schulung.

Die Dienststellen- und Fachgruppenleiter berichten den Hauptgruppenleitern über eingeleitete Maßnahmen.

Termin: 31. Mai 1957.

8. Normung und Standardisierung:

Die Standardisierungsarbeit wird mehr auf die Schaffung von DAMW-Normen und Prüfrichtlinien gelenkt. Die Mitarbeiter des Büros für Standardisierung der Zentralverwaltung werden den Schwerpunkt der Arbeit in die Dienststellen verlegen.

Termin: 1. Mai 1957.

Die HGR Metallindustrie beginnt mit dem Einsatz besonderer Standardisierungskräfte. Die Erfahrungen werden ausgewertet. Von den Dienststellen und Fachgruppen sind im großen Umfang Vorschläge für die Ausarbeitung von DAMW-Normen und Prüfrichtlinien über die HGR. einzureichen.

Termin: 30. Juni 1957.

Verantwortlich: Fachgruppen- und Dienststellenleiter.

Das Büro für Standardisierung faßt diese Vorschläge zu einem Plan zusammen, aus dem sich die Planaufgaben für das nächste Jahr ergeben.

Termin: 31. Juli 1957.

Verantwortlich: Büro für Standardisierung.

9. Forschungsarbeit:

Zu allen Problemen der Forschungsarbeit erfolgen in „Verfügungen und Mitteilungen“ Ausführungen.

Z. B. Verantwortung der Forschungsbeauftragten, Honorarverträge — Vertragsverhältnis, Veröffentlichungen von Forschungsergebnissen, Auswertung der Forschungsergebnisse, Einführung in die Praxis usw.

Ferner wird nach einem Plan das Spektrum der bisherigen Forschung ausgewertet und allen Forschungsbeauftragten mitgeteilt.

Termin: 10. Mai 1957.

Verantwortlich: TEKA.

10. Kaderarbeit:

Umfassende Ausführungen erfolgen in „Verfügungen und Mitteilungen“.

11. Güteschilder:

Form und Inhalt der Güteschilder werden einer Prüfung unterzogen.

12. Gebührenordnung:

Die Gebührenordnung wird bis zum 30. April 1957 druckreif überarbeitet. Die Herausgabe wird beschleunigt.

13. Zusammenarbeit mit den Betriebsparteiorganisationen und Betriebsgewerkschaftsfunktionen:

Zur Verbesserung der Arbeit wird im III. Quartal 1957 eine Konferenz aller Sekretäre und BGL-Vorsitzenden durchgeführt.

14. Verbesserung der Arbeit der TEO durch Prämienregelung und Bezahlung:

Im Februar wurde nach Vorarbeit durch das ZFT und das DAMW im ZFT eine Konferenz mit Vertretern der Produktionsministerien und der TEO-Leiter durchgeführt. Über das Ergebnis wird demnächst in den „Verfügungen und Mitteilungen“ berichtet.

15. Die Auswertung der Ökonomischen Konferenz in den Dienststellen hat unter Beachtung der wiedergegebenen Referate und des Beschlußprotokolls in der Staatspolitischen Schulung und in den Dienstbesprechungen und Arbeitsberatungen zu erfolgen.

16. Weitere Punkte werden laufend in den „Verfügungen und Mitteilungen“ behandelt.

II. Verfügungen und Anordnungen

2.1 Anweisung für Änderungen zum Plan Forschung und Technik 1957

Nach einer Anordnung des Zentralrates für Forschung und Technik bei der Staatlichen Plankommission vom 13. April 1957 legen die Minister und Präsidenten der zentralen Organe (DAMW) in eigener Zuständigkeit fest, welche Änderungen zum Plan Forschung und Technik 1957 von den Forschungs- und Entwicklungsstellen

a) selbständig,

b) nur nach Zustimmung durch die Zentralverwaltung (Techn. Kontrollabt. — Forschung) vorgenommen werden dürfen.

Auf Grund dieser Anordnung lege ich in der nachstehenden Anweisung für Forschungs- und Entwicklungsstellen des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung die erforderlichen Richtlinien fest:

Anweisung für

Änderungen zum Plan Forschung und Technik 1957

1. Änderungen, die von den Forschungs- und Entwicklungsstellen selbständig durchgeführt werden dürfen. Die Forschungs- und Entwicklungsstellen dürfen, soweit es sich nicht um die wichtigsten Themen des Planes Forschung und Technik (D-Themen) handelt, folgende Änderungen selbständig durchführen:

1. Änderung des Themenbetrages

Erhöhungen dürfen selbständig nur bis zu 30 Prozent je Themenbetrag und unter der Voraussetzung vorgenommen werden, daß in gleicher Höhe Beträge anderer Themen der Forschungs- und Entwicklungsstelle ohne Änderung der Planziele eingespart werden können.

2. Änderung von Beträgen für Grundmittel

Die Erhöhung des Betrages bis auf 50 TDM je Apparat, Gerät usw. bzw. die Beschaffung anderer als ursprünglich geplanter Apparate, Geräte usw. ist im Rahmen des für die Forschungs- und Entwicklungsstelle für Grundmittel bzw. Neu- und Ersatzbeschaffungen bestätigten Gesamtbetrages gestattet, wenn es hierzu nicht gemäß Ziffer II, 10 einer besonderen Genehmigung bedarf.

Anmerkung:

Von Änderungen gemäß Ziffer I, 1 u. 2 ist die Technische Kontrollabteilung — Forschung — in Kenntnis zu setzen.

II. Änderungen, zu denen es der Genehmigung der Technischen Kontrollabteilung — Forschung — bedarf.

Die Genehmigung zur Durchführung folgender Änderungen ist von der Forschungs- und Entwicklungsstelle bei der Technischen Kontrollabteilung — Forschung — zu beantragen:

1. Planänderungen auf Grund struktureller Änderungen.

die die Umsetzung einer Forschungs- und Entwicklungsstelle in den Bereich einer anderen Prüfdienststelle zur Folge haben.

2. Planänderungen zu den wichtigsten Arbeiten des Planes Forschung und Technik (D-Themen) und zwar

Umschreibung einer Arbeit auf eine andere Forschungs- und Entwicklungsstelle

Streichung einer Arbeit

Abbruch einer Arbeit

Änderung des Themas einer Arbeit

Änderung eines Themenbetrages (Erhöhung, Reduzierung)

Änderung von Leistungen einer Arbeit

Verlängerung des Abschlußtermins einer Arbeit (unter Verwendung des Formblattes „Änderungsantrag zu den wichtigsten Themen des Planes Forschung und Technik (D-Themen)“ Formblatt 1563).

3. Umschreibung einer Arbeit

auf eine andere Forschungs- und Entwicklungsstelle. Sie ist von derjenigen Forschungs- und Entwicklungsstelle zu beantragen, in deren Plan die Arbeit enthalten ist.

4. Streichung einer Arbeit

5. Abbruch einer Arbeit

Mit der Beantragung der Genehmigung zum Abbruch einer Arbeit ist gleichzeitig die Reduzierung des Themenbetrages auf den bis dahin in Anspruch genommenen Betrag zu beantragen.

6. Änderung des Themas einer Arbeit

7. Erhöhung eines Themenbetrages (soweit sie nicht unter Ziffer I, 1 fällt)

Ergibt sich die Erhöhung nicht aus einer erweiterten Aufgabenstellung oder erhöhten Leistung, so ist sie nur möglich, wenn mindestens 70 Prozent des genehmigten Themenbetrages in Anspruch genommen wurden.

8. Änderungen von Leistungen einer Arbeit

9. Verlängerung des Abschlußtermins einer Arbeit

10. Änderung von Beträgen für Grundmittel

10.1 Erhöhung von Beträgen

10.2 Beschaffung anderer, als ursprünglich vorgesehener Apparate, Geräte usw., soweit sich deren Einzelwert auf mehr als 50 TDM beläuft bzw. es sich um Apparate, Geräte usw. handelt, die im einzelnen von der TEA festgelegt sind.

10.3 Sonstige Änderungen, die zu einer Erhöhung des für die Forschungs- und Entwicklungsstelle bestätigten Gesamtbetrages für Grundmittel bzw. Neu- und Ersatzbeschaffungen führen.

Anmerkung:

Sämtliche Änderungen des für ein Thema verantwortlichen Bearbeiters sind von der Forschungs- und Entwicklungsstelle der Technischen Kontrollabteilung — Forschung — formlos mit Ausnahme Ziffer II, 2 mitzuteilen.

2.2 Genehmigungspflicht

Bezug nehmend auf die im Mitteilungsblatt Nr. 3 unter Abschnitt 2.2 gegebenen Hinweise wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß bei den vom Präsidenten ausgesprochenen Genehmigungen jeweils der ganze Wortlaut auf den Unterlagen anzugeben ist, sei es für solche, die in Druck zu geben sind oder die selbst vervielfältigt werden, damit bei den betragten Stellen keine Zweifel über die Rechtmäßigkeit entstehen können.

2.5 Überstundenregelung

In der DDR besteht ein grundsätzliches Überstundenverbot, von dem es nur wenige Ausnahmen geben darf. Im § 40 des Gesetzes der Arbeit, GBl. 50, S. 340, und im § 2 der Verordnung zur Wahrung der Rechte der Werktätigen (VO WRW), GBl. 52, S. 377, wird gesagt, daß die Volkswirtschaftspläne auf der Grundlage der 48- bzw. 45-Stunden-Woche berechnet werden. Deshalb muß die Arbeit so organisiert werden, daß nie in der gesetzlichen Arbeitszeit bewältigt werden kann. Wenn es aber bei Vorliegen besonders dringender Umstände dennoch notwendig wird, Überstundenarbeit zu leisten, so muß darüber verantwortungsvoll entschieden werden.

Da die Prüfdienststellenleiter für die Organisation der Prüftätigkeit in den Dienststellen verantwortlich sind, haben sie auch über die Notwendigkeit zur Leistung von Überstunden zu entscheiden. Sie haben dabei die gesetzlichen Bestimmungen genau zu beachten. Sie tragen die volle Verantwortung und können, wenn festgestellt wird, daß die Gründe zur Leistung von Überstunden nicht ausreichend waren, nach den Strafbestimmungen der §§ 40-41 und 44-47 der Arbeitsschutzverordnung (GBl. 51, S. 857) bestraft werden.

Überstundenarbeit darf nur bei ganz besonderer Notwendigkeit angeordnet werden; deshalb sind im einzelnen folgende Grundsätze zu beachten:

Es müssen zwei große Gruppen von Überstunden unterschieden werden.

1. Überstunden zur Abwendung oder Verhinderung eines besonderen Notstandes

Darunter fallen zu leistende Überstunden

- a) zur Beseitigung von Notständen und Gefahren,
- b) zur Beseitigung von Störungen im Kommunikations-, Beleuchtungs-, Wasserversorgungs-, Post- und Fernmeldedienst,
- c) zur Verhinderung von Material- und Maschinenschädigungen sowie Verderben von Gütern,
- d) zu Reparaturen an Maschinen und Anlagen, bei deren Unterbleiben für eine größere Zahl von Werktätigen ein Arbeitsausfall eintreten würde (§ 18 Arbeitsschutzverordnung, GBl. 51, S. 857).

In diesen Fällen ist vom Prüfdienststellenleiter ein schriftlicher Antrag an die BGL einzureichen, der mit konkreten Gründen versehen sein muß. In besonders dringenden Fällen kann die Zustimmung der BGL unverzüglich nachgeholt werden.

Gemäß § 18 der 2. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter usw., GBl. 54, S. 441, besteht für diese Art Überstunden nicht die Begrenzung auf 120 Stunden jährlich.

II. Sonstige Überstunden, die aus wichtigen anderen Gründen geleistet werden müssen

In diesen Fällen hat der Prüfdienststellenleiter mit Einverständnis der zuständigen BGL der Gewerkschaft Wissenschaft (Bezirksvorstand) einen Antrag auf Genehmigung einzureichen (§ 3 I und III der 2. Durchführungsbestimmung zur Verordnung GBl. 54, S. 441).

Der schriftliche Antrag ist spätestens vor Beginn der Arbeit in dreifacher Ausfertigung einzureichen und hat mehrere wichtige im § 7 II der 2. DB zur Verordnung (GBl. 54, S. 44) festgelegte Punkte zu enthalten, die unbedingt beachtet werden müssen:

Diese Überstunden dürfen 120 Stunden im Jahr, personengebunden für jeden Werktätigen, nicht übersteigen (§ 11, 2. DB zur VO GBl. 54, S. 441).

Für alle Arbeiten von Überstunden gelten folgende Regelungen:

1. Als Überstunde ist jede Arbeit anzusehen, die über die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit hinaus geleistet wird, und zwar nur an Werktagen; Sonn- und Feiertagsarbeit fällt nicht darunter (§ 3, I VO GBl. 52, S. 377).
2. Bei Halbtagsbeschäftigung wird als Überstundenarbeit nur die Zeit gewertet, die täglich 8 bzw. 7 1/2 Stunden überschreitet (§ 3, III der 2. DB zur VO WRW GBl. 52, S. 339).
3. Bei Kraftfahrern gilt sowohl die Fahr- als auch die Wartezeit als Arbeitszeit. Aus beiden kann sich somit Überstundenarbeit ergeben. Das liegt nicht vor, wenn der Fahrer nach Abstellen des Fahrzeuges auf einer Dienstreise frei über seine Zeit verfügen kann.
4. In den Prüfdienststellen müssen alle Überstunden registriert werden, damit jederzeit die Kontrolle über die Einhaltung der Bestimmungen über die Begrenzung der Überstunden auf 120 Stunden im Jahr für jeden Werktätigen gewährleistet ist. Die Registrierung hat für die verschiedenen Arten der Überstunden getrennt zu erfolgen (§ 21, 2. DB zur VO GBl. 54, S. 441).
5. Für Jugendliche unter 18 Jahren, für werdende und stützbare Mütter besteht ein absolutes Überstundenverbot (§ 16, III Arbeitsschutzverordnung GBl. 51, S. 857).
Schwerbeschädigte und Tbc-Kranke sind berechtigt, Überstundenarbeit abzulehnen (§ 16, IV Arbeitsschutzverordnung GBl. 51, S. 857).
6. Überstunden dürfen nicht abgebummelt werden. Nur wenn es aus Gründen des Arbeitsschutzes (z. B. Überanstrengung) erforderlich ist, kann dem Werktätigen Freizeit gewährt werden. Überstundenzuschlag ist aber auch hier zu zahlen (§ 3, I VO WRW GBl. 52, S. 377).
7. Die Kollegen, die nach § 5 II, Buchstabe b oder c der Urlaubsverordnung, GBl. 1, 54, S. 485, jährlich 18 bis 24 Arbeitstage Urlaub erhalten, bekommen Überstunden nicht bezahlt. Sie gelten als leitendes und technisches Personal mit verantwortlicher Tätigkeit im Sinne des § 34c des Gesetzes der Arbeit (GBl. 50, S. 346).

Darunter fallen nicht die Kollegen, die schwere und gesundheitsschädigende Arbeiten ausführen und deshalb 18 bis 24 Tage Urlaub erhalten (§ 9 der VO WRW GBl. 52, S. 377, in Verbindung mit § 3 der 3. DB zur VO WRW GBl. 53, S. 373).

Die Kollegen mit erhöhtem Grundurlaub können in Ausnahmefällen die Überstunden bezahlt erhalten (ohne Zuschlag), wenn sie zu Arbeiten eingesetzt werden, die ihrer sonstigen Tätigkeit nicht entsprechen, z. B. ein Laborant zum Entladen eines Waggons.

8. Von der Überstundenarbeit ist die Arbeit an Sonn- und Feiertagen zu unterscheiden. Es sind zu beachten: Arbeitsschutzverordnung GBl. 51, S. 907, §§ 13 I, 15, 16 I, III, IV. Verordnung zur Wahrung

der Rechte der Werktätigen GBl. 52, S. 377, §§ 311, 5, 6 I, III, IV, 8. Verordnung zur weiteren Verbesserung usw. GBl. 53, S. 1219, Abschnitt I, Ziffer 4.

VII. Allgemeine Verwaltung

7.1 Umsetzung eines stationären Diesel-Aggregates
In der Fachgruppe Elektrotechnik, Dresden, befindet sich

1 stationäres Diesel-Aggregat

Typ DM 20: Gerätebau Schönebeck
Baujahr 1952 — Fabrik-Nr. 54 034
Eigengewicht 2100 kg
20 kVA.

Interessenten wollen sich bitte mit der Fachgruppe Elektrotechnik zwecks Umsetzung im Bereich des DAMW in Verbindung setzen.

„Erläuterungen über die Beförderung und Behandlung des Schriftverkehrs, der über den Zentralen Kurierdienst befördert wird“, mit Datum vom 26. Februar 1957 herausgegeben worden.

Lt. Mitteilung des Ministeriums des Innern enthält die o. a. Dienststellen Anweisung, diese Erläuterungen mit der dem gehörigen Anlage den dem Zentralen Kurierdienst angeschlossenen Institutionen einzuhändigen. Diese Erläuterungen geben wichtige Hinweise über die Behandlung der ZKD-Post.

7.2 Zentraler Kurierdienst

Von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium des Innern, sind an die Räte der Bezirke, Kreise, Städte und Stadtbezirke:

Alle Dienststellen, die dem Zentralen Kurierdienst angeschlossen sind, werden gebeten, falls von der betreuenden Dienststelle eine Zuteilung der Erläuterungen nicht erfolgt ist, diese anzufordern.

VIII. Sie fragen — wir antworten

8.1 Zwischenbescheid zur Anfrage Nr. 6 (Mitteilungsblatt Nr. 3)

Die Beantwortung dieser Frage erfolgt in Kürze.

8.2 Anfrage Nr. 8 (Mitteilungsblatt Nr. 4)

Auf Grund des Beschlussesprotokolls, das im Mitteilungs-

blatt Nr. 4 veröffentlicht wurde, wird die Form und der Inhalt der Gütescheine einer Prüfung unterzogen und zu dem von den Prüfungsstellen 561, 567 und 571 aufgeworfenen Fragen demnächst Stellung genommen.

IX. Gewerkschaftliches — Jugendfragen

9.1 Kinderferienlager Dranske

Das Aktiv für das Kinderferienlager teilt mit, daß in Kürze über die Betriebsgewerkschaftsleitungen an alle Mitarbeiter des Amtes der Hinweis wegen Zahlung des Elternanteiles für die Teilnahme der Kinder in Dranske gegeben wird.

Wie in den Vorjahren, wird außerdem bei allen Mitarbeitern, auch bei den kinderlosen Angehörigen unseres Amtes, zusätzlich eine Geldsammlung für unser zentrales Kinderferienlager durchgeführt. Die Festlegung der Anzahl der Kinder sowie der Lagerhalter und der Lagerleitungen wird an dieser Stelle mit bekanntgegeben.

9.2 Bericht über die Jugendkonferenz

In der Zeit vom 25. bis 27. April 1957 wurde in Ostrau eine Jugendkonferenz durchgeführt. Jugendliche aus allen FDJ-Gruppen unserer Dienststellen nahmen daran teil.

Die Konferenz stand unter dem Motto „Die Aufgaben der Jugend in der DDR“. Nach der Eröffnung leitete Präsident Dr. Naumann die Konferenz ein. Danach folgte das Referat des Jugendfreundes Wer-

ner Zietlow aus der Präsidiumsstelle 621. Der Jugendfreund Zietlow brachte u. a. zum Ausdruck, daß im Gegensatz zu den Möglichkeiten der Entwicklung der Jugend in Westdeutschland, unsere Jugend unbesorgt und unbeschwert je nach Interesse ihrer fachlichen Ausbildung und ständigen Qualifizierung nachgehen kann. Die Grundlagen einer solchen Entwicklung wurden mit Hilfe aller Werktätigen von unserer Arbeiter-und-Bauern-Regierung durch entsprechende Gesetze geschaffen. Der Jugendfreund Zietlow brachte ferner zum Ausdruck, daß die Gesetze unserer Regierung nur dann voll wirksam werden können und daß die Jugend sich nur dann fachlich, kulturell und gesellschaftlich voll und frei entwickeln kann, wenn die Jugend selbst bewußt und leidenschaftlich Seite an Seite mit den Arbeitern und Bauern für die Erhaltung des Friedens eintritt. Er rief dann die Jugend auf, sich an den Wahlvorbereitungen zu beteiligen und am 23. Juni dieses Jahres durch die Wahl der Kandidaten der Nationalen Front zu beweisen, daß sie fest zur Sache der Arbeiterklasse steht.

Nach dem Referat berichteten die Delegierten über ihre Arbeit. Die Aussprache wurde kritisch geführt.

Einige Delegierte konnten über Erfolge in ihrer Arbeit berichten. So z. B. konnten die Delegierten aus Dresden und Zittau berichten, daß sie im gegenseitigen Wettbewerb gute Erfolge in der kulturellen und gesellschaftlichen Arbeit erreichten. Aus Gera wurde berichtet, daß es dort der Gruppe gelungen ist, eine eigene Kulturgruppe aufzubauen. Mit dieser Kulturgruppe wurde die Kinderweihnachtsfeier des Betriebes ausgestaltet, und auch andere volkseigene Betriebe nahmen diese Kulturgruppe für die Ausgestaltung ihrer Kinderweihnachtsfeiern in Anspruch. Die gleiche Jugendgruppe konnte berichten, daß sie die Beteiligung an den Vorbereitungen der Wahl in ihren Arbeitsplan aufgenommen hat.

Als Auszeichnung für ihre gute Arbeit wurde die Jugendgruppe Gera auf ein Jahr für die Federführung und Koordinierung der Jugendarbeit innerhalb des gesamten Amtes gewählt.

Die Konferenz erarbeitete sich hierfür einen Arbeitsplan, der nachstehend bekanntgegeben wird:

1. Verbesserung der Jugendarbeit durch Delegation zu Jugendschulen, Teilnahme an Kursen zur Erlangung des Abzeichens „Für gutes Wissen“.
2. Abschluß und Kontrolle von Förderungs- und Qualifizierungsverträgen.

3. Stärkere Zusammenarbeit mit den Leitungen der Dienststellen und des Amtes (BGL, BPO).

4. Durchführung von Jugendtagungen, mindestens einmal im Jahr.

5. Ausnutzung der Möglichkeiten der Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt.

6. Festlegung der Federführung einer Gruppe (wechselnd).

7. Durchführung eines Wettbewerbes zwischen den Jugendgruppen des Amtes.

8. Durchführung von gegenseitigen Besuchen der einzelnen Gruppen.

9. Eventuelle Einrichtung eines Jugendheimes.

10. Gegenseitiger Austausch von Lehrlingen innerhalb des Amtes.

11. Beiträge der Jugendgruppen zur Vorbereitung der Wahlen.

12. Delegierung der Jugendlichen zu Fachschulen.

Präsident Dr. Naumann schlug den Teilnehmern vor, alljährlich eine solche Jugendkonferenz durchzuführen.

Wir wünschen der Jugendgruppe Gera und den übrigen Gruppen des Amtes viel Erfolg in ihrer fachlichen und gesellschaftlichen Arbeit.

X. Sonstiges

10.1 Sonderdruck

Auf Wunsch unserer Bezüher werden die bisherigen Mitteilungsblätter 1 bis 3 als Sonderdruck angefertigt, um die Sammlung eines geschlossenen, gedruckten Jahrganges zu ermöglichen.

10.2 Beiträge für das Mitteilungsblatt

Aus drucktechnischen Gründen wird der Redaktionsschluß für die Beiträge auf den 8. des jeweiligen Monats, in dem die Nummer erscheint, festgelegt.

Dr. Ing. Naumann,
Präsident

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung der Deutschen Demokratischen Republik

1957

Berlin, den 1. Juli

Nr. 7

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
Im Blickfeld	—	VI. Haushalt und Finanzen	—
I. Allgemeines	—	VII. Allgemeine Verwaltung	33
II. Verfügungen und Anordnungen	27/28	VIII. Sie fragen? — Wir antworten!	33
III. Aus der Arbeit der Haupt- und Fachgruppen sowie Dienststellen	28/30	IX. Gewerkschaftliches, Jugendfragen usw.	36
IV. Kader und Schulung	30/31	X. Sonstiges	—
V. Technische Kontroll-Abteilung	31/35		

II. Verfügungen und Anordnungen

2.1 Kennzeichnungspflicht der Erzeugnisse

Bei Erzeugnissen, die auf Grund des Warenzeichengesetzes ausreichend gekennzeichnet sind, kann zukünftig die Angabe der Betriebsnummer unter den Gütezeichen des DAMW wegfallen.

Die Gründe dafür sind folgende:

Die Verordnung über die Gütekennzeichnung von industriellen Erzeugnissen vom 12. Juni 1950, GBl. S. 302, verlangt im § 4 die Angabe der Betriebsnummer unter den Gütezeichen der DDR. Die Betriebsnummer sollte bei Schaffung dieser Verordnung die Möglichkeit geben, den Herstellerbetrieb jederzeit feststellen zu können.

Das danach geschaffene Warenzeichengesetz vom 17. Februar 1954 (GBl. 54, S. 216) legt in den §§ 1 bis 3 folgendes fest:

1. Alle industriellen Erzeugnisse müssen so gekennzeichnet sein, daß der Hersteller, möglichst auch während des Gebrauchs, eindeutig festgestellt werden kann.
2. Lassen Firm, Größe, Herstellungsprozeß oder Zustand der Erzeugnisse eine Einzelkennzeichnung nicht zu, so müssen Verpackung oder Umhüllung der Erzeugnisse, sofern sie handelsüblich zur Lieferung gehören, eindeutig gekennzeichnet sein.
3. Die Kennzeichnung gilt als eindeutig, wenn sie die Firmenbezeichnung oder eine eingetragene Handels- oder Fabrikmarke (Warenzeichen) enthält.
4. Verantwortlich für die Kennzeichnung ist der Leiter des Geschäftsbetriebes.

§ 2

Alle Hersteller und Verleiher industrieller Erzeugnisse sind verpflichtet, in ihrer Buchführung auf Rechnungen, Begleitpapieren, Prospekten, Anhängewildern usw. die achtstelligen Nummern der Erzeugnisse laut allgemeinem Warenverzeichnis anzugeben.

1. Spätestens zwei Monate nach Inkrafttreten dieses Gesetzes dürfen in der Deutschen Demokratischen Republik hergestellte Waren nur dann zur Auslieferung gelangen, wenn sie der Kennzeichnungspflicht nach § 1 genügen.
2. Die beim Groß- und Einzelhandel nachweisbar aus früheren Lieferungen vorhandenen Warenbestände können auch nach diesem Zeitpunkt ohne Kennzeichen in den Verkehr gebracht werden.

Bei Einhaltung des Warenzeichengesetzes wird die Forderung des § 4 der Verordnung über die Gütekennzeichnung folglich mit erfüllt und die zusätzliche Angabe der Betriebsnummer wird nicht mehr benötigt. Sie bedeutet lediglich eine weitere Arbeitsbelastung, da der Herstellerbetrieb jederzeit festgestellt werden kann.

2.2 Veröffentlichung aus der Forschung

In der Nummer 4 der „Verfügungen und Mitteilungen“ ist mit Rücksicht auf die Wünsche nach Veröffentlichung von Arbeiten aus der Forschung die „Anordnung über die Erteilung von Genehmigungen zur Bekanntgabe der Abschluß- oder Teilergebnisse von Arbeiten des Planes Forschung und Technik“ vom 4. November 1955, nochmals abgedruckt.

Nach § 1 dieser Anordnung sind Ergebnisse aus der Arbeit des Planes Forschung und Technik, einschließlich der sich aus ihnen ergebenden Schlussfolgerungen für die Durchführung weiterer wissenschaftlich-technischer Arbeiten usw., grundsätzlich dienstgeheimnis. Ihre Bekanntgabe ist, von der an die Staatsorgane abgesehen (Absatz a bis c), genehmigungspflichtig.

Nun sind viele Mitarbeiter aus der Forschung oder Forschungsbeauftragte der Auffassung, daß eine an

- 28 -

frage – oder eine solche an den technischen Bearbeiter der Zentralverwaltung –, in der das Thema genannt wird, genügt.

Inwieweit die Anfrage überhaupt an den Präsidenten des Amtes bzw. den Vizepräsidenten zu richten ist, darüber gibt der § 3 Auskunft:

- a) D-Themen,
- b) besondere Vermerke auf dem Planbogen.

(Während bei D-Themen absolute Klarheit besteht, wäre bei Aufstellen des neuen Planes der Absatz b besonders zu beachten).

Aus den Bestimmungen über die Form der Anträge geht eindeutig hervor, daß eine einfache, formlose Anfrage unzureichend ist, selbst wenn der zur Veröffentlichung vorgesehene Text der Anfrage beigefügt ist. Der Genehmigende kann aus der oft umfassenden Darlegung unmöglich sofort erkennen, welche Schlußfolgerungen für die Durchführung weiterer wissenschaftlich-technischer Arbeiten, für die Entwicklung von Betrieben oder für die Volkswirtschaft sich ergeben. Ebenso unmöglich für den mit der Arbeit nicht in allen Einzelheiten Vertrauten ist die Entscheidung der Patentmöglichkeit oder Patentwürdigkeit.

Diese Entscheidung, bzw. die Annahme, daß das Gesamt- oder Teilergebnis patentfähig erscheint, kann nur der wissenschaftlich-technische Bearbeiter selbst treffen, da von ihm beim Quellenstudium ja auch die Patentliteratur eingehend zu prüfen ist. Leider wird der Möglichkeit des Patentschutzes noch zu wenig Bedeutung beigemessen, oft sehr zum Nachteil unserer gesamten Volkswirtschaft. Die genannte Anordnung weist darauf jedoch ganz besonders hin!

Um in Zukunft nach einheitlichen Richtlinien zu arbeiten, wird unter Beachtung der Anordnung vom 4. November 1955 folgendes festgelegt:

1. Bekanntgaben aus Arbeiten des Planes Forschung und Technik nach § 1 der Anordnung sind dem Vizepräsidenten, Herrn Dr. Lillie, schriftlich zu melden.
2. Genehmigungen nach § 2, Abs. 1a) und 1b) werden soweit die Anträge unter Berücksichtigung der §§ 3 und 4 gestellt werden, vom Vizepräsidenten, Herrn Dr. Lillie, erteilt. (Antrag in doppelter Ausfertigung, 1 Exemplar verbleibt bei der ZV).
3. a) Bei allen anderen Anträgen aus dem Kreise der Mitarbeiter entscheidet der Leiter der Forschungs- und Entwicklungsstelle des Antragstellers bzw. der Dienststellen- oder Fachgruppenleiter – soweit der Leiter der Forschungsstelle oder der Dienststellenleiter selbst wissenschaftlich-technische Bearbeiter sind, – in eigener Verantwortung (§ 2, Abs. 3 der AO).
b) Ausnahmen bilden die im § 2, Abs. 3 genannten Arbeiten, die dem Vizepräsidenten, Herrn Dr. Lillie, zur Einholung der Genehmigung vorzulegen sind.
4. Die zur Veröffentlichung vorgesehenen Arbeiten sind mit einer Kopie mit dem Genehmigungsvermerk (soweit dieser von den unter Punkt 3a) Genannten erteilt wurde) an die Forschungsbearbeitungsstelle der Zentralverwaltung einzureichen, welche sie nach Prüfung der Genehmigung sofort der Pressestelle übergibt.
5. Die Pressestelle ist verpflichtet, die Beiträge sofort dem Verlag zu übergeben. Das Verfahren beim Verlag kann beschleunigt werden, wenn der Pressestelle rechtzeitig Unterlagen übergeben werden, um die Einplanung in die nächste Fachzeitschriftennummer zu ermöglichen (Titel, Umfang, Zahl der Bilder usw.).

III. Aus der Arbeit der Haupt- und Fachgruppen sowie Dienststellen

3.1 Hauptgruppe Chemie:

Die Beurteilung der Qualität von Lebensmitteln.

Bei Beginn der Arbeit des DAMW schien es ein leichtes, eine Qualitätsprüfung von Lebensmitteln vorzunehmen, da Lebensmittel bisher einer ständigen sinnesphysiologischen und chemischen Kontrolle durch die chemischen Untersuchungslabors schon unterzogen wurden. Dies geschah auf Grund des Lebensmittelgesetzes mit den dazugehörigen Gesetzen, Verordnungen, Normativbestimmungen u. ä. Richtlinien, wobei schließlich die §§ 3 und 4 des Lebensmittelgesetzes, d. h. die Gesundheitsunschädlichkeit und Verkehrsfähigkeit der Erzeugnisse als Maßstab dienen.

Aus den beiden Anforderungen „gesundheitsunschädlich“ und „verkehrsfähig“ geht schon hervor, daß dabei die Qualität der Erzeugnisse, ohne daß man sich über den Begriff „Qualität“ selbst klar zu werden braucht, nicht mit berücksichtigt ist.

Eine wirkliche Qualitätsprüfung stellt höhere Anforderungen an ein Erzeugnis; sie schließt zwangsläufig die Beurteilung auf Gesundheitsunschädlichkeit und Verkehrsfähigkeit mit ein. Aus diesem Grunde war es unbedingt notwendig, sich über den Begriff „Qualität“, insbesondere für Lebensmittel, klar zu werden, um dementsprechend die Prüfung und Beurteilung aufbauen zu können.

Den Begriff „Qualität“ kann man folgendermaßen formulieren:

„Die Qualität der Erzeugnisse ist die Gesamtheit der Eigenschaften der Erzeugnisse, die den Grad ihrer Eignung zur zweckmäßigen Nutzung bestimmt.“

Wie läßt sich nun dieser Begriff speziell für die Lebensmittel auslegen und wie ist auf Grund dieses Begriffes der Prüfmaßstab für die einzelnen Lebensmittel zu umreißen?

Dies war die Hauptfrage, welche die Fachgruppe Lebensmittelchemie sowie die Prüfdienststellen dieser FGR. zu Beginn der Arbeit des DAMW zu lösen hatten. Die PSI'n haben aber die Aufgabe, die Eigenschaften der Lebensmittel zu prüfen, die beim Verzehr als zweckmäßige Nutzung der Lebensmittel, diesen besonderen Ausdruck verleihen.

Ohne speziell auf die einzelnen Lebensmittel einzugehen, kann man wohl sagen, daß Aussehen, Geruch und Geschmack einerseits, sowie die stoffliche Zusammensetzung einschließlich Nährwert der Erzeugnisse andererseits, die wichtigsten Faktoren hierfür sind. Außerdem spielen die Verpackung und Kennzeichnung eine Rolle.

Die Prüfung und Beurteilung der stofflichen Zusammensetzung ist zwar ein bekanntes Gebiet, soll aber im folgenden noch einmal kurz aufgezeigt werden.

Als Hilfsmittel bedienen wir uns der chemischen Analyse, einer Methodik, die seit langem bekannt ist und ständig geübt wird, um negative Eigenschaften, wie Verfälschungen, Nachahmungen und Verdorbenheit der Erzeugnisse festzustellen.

Der Beurteilungsmassstab hierfür ist in den Gesetzen, Verordnungen, Normativbestimmungen u. ä. festgelegt.

Es stellte sich aber im Laufe der Prüfungen heraus, daß diese Unterlagen keineswegs ausreichen, sondern daß hier eine Umarbeitung geschehen mußte, eine straffere Festlegung der Anforderungen. Für alle Lebensmittel müssen technische Standards erarbeitet werden, die sowohl für den Hersteller wie auch für die Prüfdienststellen verbindlich sind. Für verschiedene Lebensmittel wurden bereits T O L (Staatliche Standards) erarbeitet. Diese sind jedoch ständig zu überarbeiten, zu verbessern und neuen Erfordernissen anzupassen. Diese T O L'en beinhalten nicht nur die Mindestqualitätsanforderung hinsichtlich der technischen Daten einschließlich Aussehen, Geruch, Geschmack, Kennzeichnung und Verpackung, sondern auch die Festlegung der Prüfmethoden für die einzelnen chemischen Untersuchungen.

Dies ist ein sehr wichtiger Faktor für die einheitliche Beurteilung der Erzeugnisse in bezug auf die Qualität. Daher wurde für alle PSI'n einheitlich festgelegt, was bei jedem Lebensmittel chemisch zu prüfen ist und welches Verfahren angewendet werden muß. Da für die Qualität der Erzeugnisse ausschließlich das Gütezeichen maßgebend ist, muß jede Hervorhebung einer besonderen Qualität abgelehnt werden. Hinweise, wie feines, feinstes Qualitätserzeugnis u. ä. werden daher abgelehnt.

Die bisher geschilderte Handhabung der Qualitätsprüfung von Lebensmitteln ist im Grunde genommen nichts Neues. Nur erhebt sich die Frage, ob diese Ermittlung der einfachen stofflichen Zusammensetzung: - Eiweiß, Wasser, Fett, Kohlehydrate, Asche usw. - mit Hilfe der Analytik für eine positive Beurteilung der Lebensmittel ausreichend ist. Wir wissen, daß der Nährwert der Lebensmittel und die Einhaltung der Rezeptur nicht allein ausschlaggebend sind für die Qualität der Erzeugnisse, sondern daß auch der ernährungsphysiologische Effekt, der die Vollwertigkeit der Lebensmittel bedingt, sowie der Genußwert, der ausdrückt, wie uns die Lebensmittel munden, für die Qualität entscheidend sind.

Der Genußwert wird besonders von den Konsumenten zur Beurteilung der Qualität als Qualitätsmerkmal herangezogen.

Wir sehen also, daß die Analytik ohne weiteres die Ermittlung der Vollwertigkeit (des Nährwertes), sowie die Kontrolle der Rezeptur ermöglicht, jedoch für die Feststellung der Qualität incl. des Genußwertes nicht ausreichend ist.

Nehmen wir z. B. mehrere Erdbeerkonfitüren, die in bezug auf stoffliche Zusammensetzung, ihres Herstellungsprozesses, Kennzeichnung und Verpackung, vollkommen gleichartig sind. Trotzdem wird der Verbraucher Unterschiede feststellen und sagen, diese Erdbeerkonfitüre schmeckt viel besser als die andere, diese ziehe ich jener vor.

Damit kommen wir zur Beurteilung der Eigenschaften der Erzeugnisse durch die menschlichen Sinne, die Sinnesprüfung.

Mit Hilfe dieser feinen empfindlichen Organe ist es möglich, Unterschiede zwischen den einzelnen Lebens-

mitteln zu erkennen und sie als Qualität im Sinne des festgelegten Begriffes einzugruppieren. Da hier keine analytischen Verfahren zugrunde gelegt werden können, muß zwangsläufig dieser Prüfung durch Augen, Nase und Mund eine gewisse Subjektivität anhaften.

Die Seh-, Geruchs- und Geschmacksorgane reagieren auf geringste Unterschiede, wohin gegen chemische, analytische Methoden versagen. Es sei hierbei nur auf die unterschiedliche Beurteilung des Randschmelzgrades bei Fetten durch die analytischen Methoden und den Geschmack hingewiesen.

Um nun die Subjektivität, die der Sinnesprüfung anhaftet, auszuschalten, war es notwendig, diese Prüfung neu aufzubauen mit dem Ziel, vor allen Dingen die Bignungsstufen, nicht nur die Genußtauglichkeit ganz allgemein, festzustellen.

Der Aufbau der Sinnesprüfung als organoleptische Prüfung für alle Lebensmittel ist das Verdienst von Herrn Prof. Dr. Vollhase, der auf Grund seiner reichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Lebensmittelprüfung diese Aufgabe lösen konnte. Seine Worte:

„Die Organoleptik hat sich als ein ausgereiftes Mittel erwiesen, den jeweiligen Stand der Qualität von Lebensmitteln festzustellen und zu beurteilen.“

haben nach wie vor ihre volle Berechtigung.

Die organoleptische Prüfung wird ohne technische Hilfsmittel durch einen Gutachter-Ausschuß, ein Gremium von Fachleuten, vorgenommen.

Es war nicht schwer, die geeigneten Fachleute aus der Industrie zu finden, jedoch mußten nach der technischen Ablauf und der Beurteilungsmassstab erarbeitet werden.

Zunächst einige Ausführungen über den technischen Ablauf. Drei bis acht Fachleute mit gut entwickelten Seh-, Geruchs- und Geschmacksorganen arbeiten in einem gut gelüfteten Raum an einem mit dem entsprechenden Geschirr gedeckten Tisch. Die Geruchs- und Geschmacksnerven der betreffenden Personen müssen gut ausgerichtet und nicht durch vorher verzehrte, stark gewürzte Speisen oder heiße Getränke abgestumpft sein. Das Rauchen ist grundsätzlich vor und während der Prüfung zu unterlassen. Es ist selbstverständlich, daß jeder Gutachter für sich urteilt und nicht durch Miteinspiel oder durch Reden seinen Nachbarn in seiner Urteilsfähigkeit beeinflussen darf. Kontrastmittel, welche die erweiterten Geschmacksnerven wieder beleben, werden entsprechend der zur Prüfung vorgelegten Erzeugnisse gereicht, z. B. Bier und trockene Brötchen bei Wurstwaren und Fischpräserven, Selleriewasser, Bohnenkaffee und trockene Brötchen bei Spirituosen.

Die amtlich in den Betrieben gezogenen Proben werden in neutraler Aufmachung, teilweise nach küchentechischer Zubereitung (wie gekochte Teigwaren, mit Vollmilch und Zucker zubereiteter Pudding, gewärmtes Gemüse usw.) gereicht.

Die Probenzahl, die in einem Gutachter-Ausschuß geprüft wird, ist festgelegt. Durchschnittlich darf sie 15 Proben nicht überschreiten, bei Fischpräserven sind es sogar nur 12, wobei innerhalb einer Prüfung noch mehrere Sorten geprüft werden.

Es hat sich nämlich im Laufe der Prüftätigkeit gezeigt, daß nach 4 bis 6 Proben gleichartiger Geschmacksrichtungen die Unterscheidungskraft der Geschmacksnerven erheblich nachläßt, so daß für Abwechslung gesorgt werden muß, wobei die mildeste Geschmacksrichtung an den Anfang gestellt wird.

Die Gutachter halten das Ergebnis in Zahlen und Fehlermerkmalen auf kleinen Zetteln fest.

Die Urteile der Gutachter werden dann gemeinsam ausgewertet, das Urteil wird vermerkt und der dem Erzeugnis anhaftende Fehler - wenn möglich auch die Fehlerursachen, die zur Abwertung führte - festgehalten.

Nachdem der äußere Rahmen soweit festgelegt werden ist, war es notwendig, die Bewertung durch die Gutachter in ein Schema zu bringen, das gleichzeitig als Prüfmaßstab dienen soll.

Es wurde ein 30er Punkt-System gewählt, das sich bereits bei der Butter- und Käseprüfung seit Jahren bewährt hat. Bei der Aufstellung der Wertmaße für die einzelnen charakteristischen Eigenschaften der Erzeugnisse wurde davon ausgegangen, daß der Geschmack als wertbestimmende Eigenschaft die höchste Punktzahl erreichen muß.

Nachdem nun die Noten für die einzelnen Qualitätsstufen feststehen, mußte der als gut oder ausreichend empfundene Geruch oder Geschmack in Worten ausgedrückt werden, denn sonst würde ein laienhaftes, subjektives Ergebnis ohne jede wissenschaftliche Grundlage vorliegen. Mit den einfachen Geschmacksrichtungen, wie süß, sauer, bitter, adstringierend, von denen mehrere Komponenten stets zusammenwirken, mußte ein Geschmacksbild für die Erzeugnisse charakterisiert werden. Dabei sind nicht nur allein die Aromastoffe schlechthin zu beachten, sondern auch das, was dem Erzeugnis die Vollmundigkeit verleiht.

Die Eingruppierung der in Worten ausgedrückten Geschmacksempfindungen in die Punktaufgliederung mußte deshalb vorgenommen werden, damit der festgestellte z. T. mit Fehlern behaftete Geschmack immer gleichmäßig abgewertet bzw. in das Schema gleichmäßig eingestuft werden konnte, denn jede Abweichung von der höchsten Punktzahl muß begründet werden.

So ergab sich, daß die Beurteilungsgrundsätze praktisch zwei Teile enthalten, einmal die Festlegung der Noten, zum anderen die zu den einzelnen Noten gehörenden Fehlergruppen. Festgelegt wurden diese Beurteilungsgrundsätze in der geschilderten Form zuerst für Erzeugnisgruppen, ohne dabei die einzelnen Erzeugnisse näher zu charakterisieren.

Diese Handhabung hat sich im Laufe der Prüftätigkeit als nicht ausreichend erwiesen, so daß es nach dem heutigen Stand der Prüfungsunterlagen notwendig erscheint, hier eine Überarbeitung vorzunehmen.

Man wird bei dem Punktsystem und der Punktaufteilung bleiben, wird aber für jedes Erzeugnis ein Qualitätsbild unter Zugrundelegung der normalen Bedingungen schaffen und jeweils für die entsprechenden Wertmaße die möglichen Fehler in knapper, klarer Form eingruppieren müssen. Dies bedeutet noch eine erhebliche Arbeit, die geleistet werden muß; sie ist aber die Voraussetzung für die einwandfreie Beurteilung der Lebensmittel auf Grund der organoleptischen Prüfung.

Ein großes und auch sehr wichtiges Gebiet, das bisher aber noch nicht in die Prüfung mit einbezogen wurde, ist der ernährungsphysiologische Effekt unserer Nahrung.

Wohl wird dieser Faktor von dem Verbraucher, ähnlich wie die geringe Abweichung in der stofflichen Zusammensetzung - z. B. Alkoholunterschied um 0,3 Prozent - nicht mittelbar erkannt. Wegen seiner großen Bedeutung für die Leistungsfähigkeit und das Wohlbefinden der Menschen muß aber auch dieses Gebiet mit in die Qualitätsprüfung einbezogen werden und einen hervorragenden Platz in der Bewertung einnehmen. Es ist eine zwingende Notwendigkeit für die Fachgruppe Lebensmittelchemie, noch Vieles zu leisten sowohl in der Erkenntnis der Dinge, als auch in der Entwicklung der Prüfmethoden, um den Beurteilungsmaßstab hierfür zu finden.

Die Lebensmittelchemiker des DAMW haben in der Vergangenheit die ihnen gestellte Aufgabe, die organoleptische Prüfung zu einem ausschlaggebenden Faktor bei der Beurteilung der Qualität von Lebensmitteln auszubauen, verblüffend gelöst. Der Erfolg dieser Arbeit zeigt sich auch daran, daß sich über das DAMW hinaus Wissenschaftler, Lebensmittelchemiker und interessierte Hersteller sowohl in der Bundesrepublik wie in der Deutschen Demokratischen Republik und in den volkdemokratischen Ländern mit diesem Problem beschäftigen und es in ihre Arbeit mit einbauen.

Ausgehend von der Tatsache, daß die organoleptische Prüfung z. Z. das beste Hilfsmittel zur Feststellung der Qualität von Lebensmitteln ist, kommen wir zu der Schlußfolgerung:

„Eine Qualitätsprüfung von Lebensmitteln ist nur möglich bei Vorhandensein eines einwandfreien Qualitätsbildes für jedes Erzeugnis, festgelegt in Gesetzen, Verordnungen und TGL'n, unter Zugrundelegung der organoleptischen Prüfung.“

IV. Kader und Schulung

4.1 Wie und wo verbringen wir unseren Urlaub?

Die Zeit des wohlverdienten Erholungsurlaubs ist nun wieder angebrochen. Mit jedem Jahr haben sich die Lebensverhältnisse der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik verbessert und sind die Bedingungen, den Erholungsurlaub in Freuden und ohne Sorgen zu verbringen, von Jahr zu Jahr besser geworden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die ihre gesamte Politik auf die ständige Verbesserung der Lebenslage ausgerichtet hat, schuf als erste Maßnahme für die Verwirklichung ihrer Politik die entsprechenden Gesetze zur Wahrung der Rechte der Werktätigen.

„Jeder Werktätige in der Deutschen Demokratischen Republik hat ein Recht auf Erholung.“ Mit dieser im Artikel 16 enthaltenen Bestimmung hat ein wichtiges Grundrecht bereits Aufnahme in die Verfassung unserer Republik gefunden.

Das Recht auf Erholung wird den Werktätigen gesichert durch einen in jedem Jahr zu gewährenden bezahlten Erholungsurlaub, durch Maßnahmen des Feriendienstes des FDGB, durch Fahrpreisermäßigung für Urlaubsreisen usw.

Das Recht auf Erholung wird also nicht nur allein durch den bezahlten Urlaub verwirklicht, sondern auch durch dazugehörige materielle und kulturelle Voraussetzungen.

Solche Voraussetzungen wurden in unserem Arbeiter- und Bauern-Staat in einem bisher in Deutschland unbekannten Ausmaß für die Werktätigen geschaffen. Aus staatlichen und gewerkschaftlichen Mitteln wurden Ferienheime gebaut, und schon heute zieht sich ein stilles Netz von FDGB-Ferienheimen über das gesamte Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik.

Für die Verbilligung der Erholungsreisen, für die Einrichtung und den Ausbau von Erholungsheimen haben die Gewerkschaften und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik allein von 1946 bis 1964 insgesamt 114.861.800,- DM verausgabt. Während im Jahre 1946 nur 100.000 Werktätige einen Ferienplatz erhalten konnten, stieg die Zahl der Urlaubsbereisen bis zum Jahre 1965 bereits auf 1,5 Millionen. Im Jahre 1961 kostete ein Feriensaufenthalt in einem FDGB-Heim noch 70,- bis 84,- DM, während jetzt nur noch 30,- DM bezahlt werden brauchen.

Zur Verwirklichung des Rechts auf Erholung gehört weiter, daß der Werktätige gut, bequem und billig sein Urlaubsziel erreicht. Die Deutsche Reichsbahn hat durch Einsatz von Sonderzügen und Sonderwagen für die Urlaubsbereisen bedeutende Voraussetzungen geschaffen.

Dazu wurde durch die Verordnung vom 10. September 1953 eine Fahrpreismäßigung von 30% Prozent für alle Ferienreisenden, die Mitglied des FDGB sind, beschlossen. Einmal im Jahr erhält also jeder Werktätige für eine Urlaubsreise die Fahrpreismäßigung, ganz gleich, ob er in ein FDGB-Heim fährt oder seinen Urlaub privat verbringt.

Trotz all dieser Maßnahmen, den Werktätigen den Urlaub froh und glücklich zu gestalten, mehrten sich die Urlaubsbereisen nach Westdeutschland von Monat zu Monat. Es ist durchaus verständlich, daß viele Mitarbeiter den Wunsch haben, auch die westdeutsche Heimat kennenzulernen. Unsere Regierung hat alles versucht, den Kontakt zwischen den Deutschen in Ost und West zu verstärken. Unter den jetzigen Bedingungen sind die vielen Reisen von Mitarbeitern des Amtes nicht erwünscht.

Die Imperialisten haben unser Vaterland gespalten, um in einem Teil Deutschlands die Ausbeutung der Werktätigen weiter ungestört durchführen zu können, und sie versuchen alles, die Deutsche Demokratische Republik gewaltsam in den imperialistischen Block einzugliedern. Eine besondere Rolle dabei spielen die unzähligen Agentenorganisationen in Westdeutschland und Westberlin. Alle Forderungen der Deutschen Demokratischen Republik sowie der fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland, die Agentenorganisationen aufzulösen, sind bisher an der aggressiven Politik der Adenauer-Regierung gescheitert. Jeder Urlauber, der nach Westdeutschland kommt und sich für die Deutsche Demokratische Republik einsetzt, wird von

den adenauerhörigen Organisationen verfolgt und angefeindet, so daß keine großen Möglichkeiten bestehen, in Westdeutschland unsere Erwerbsmassen zu popularisieren.

Vom 1. Juni 1966 bis 31. März 1967 haben 99 Mitarbeiter private Reisen nach Westdeutschland durchgeführt, davon 3 Mitarbeiter 2 Reisen. Von diesen Mitarbeitern hat eine sehr geringe Zahl nahe Verwandten besucht. Die Möglichkeit fuhr zu sehr häufigen Verwandten, so sogar nur zu Bekannten. Die Genehmigung für die Urlaubsbereisen nach Westdeutschland hat die Leitung des Amtes des Innern und Publicum der Staatssicherheitskommission in Berlin erteilt. Natürlich unter dem Gesichtspunkt, daß die Genehmigung nur für dringende Reisen erteilt werden sollte. Dazu gehört notwendigerweise ein sehr hohes Alter.

Unserem Land wird unsere Regierung auch weiter alles tun zur Verbilligung der Menschen aus Ost und Westdeutschland, aber dazu soll in erster Linie der Austausch von Kulturgruppen und Arbeiterdelegationen dienen, wie auch die Förderung des gegenseitigen Handels. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß dies die beste Lösung zur Verbilligung der beiden Teile Deutschlands sind. Vor allen Dingen ist unsere Regierung davon überzeugt, daß recht viele Menschen aus Westdeutschland in die Deutsche Demokratische Republik kommen, weil sie dann mit einer ganz anderen Meinung über die DDR wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Die Urlaubsbereisen nach Westdeutschland haben in einigen Fällen auch schon zur Abwanderung von Mitarbeitern des Amtes nach Westdeutschland geführt. Auch hierin liegt ein System der Adenauer-Politik. Während die Studenten in Westdeutschland unter den größten Entbehrungen ihr Studium durchführen müssen und keine Erholungsmöglichkeiten haben, geben die westdeutschen Behörden Studenten der DDR sogar die Möglichkeit, ihren Urlaub in Westdeutschland kostenlos zu verbringen. Damit haben sie ihr Ziel verknüpft, junge Menschen aus der DDR für ihre Agentenorganisationen einzufangen und Unruhe unter unsere Studenten zu bringen. Aus diesem Grunde haben auch das Staatssekretariat für Hochschulleben sowie die FDJ entsprechende Maßnahmen festgelegt.

In der DDR sind alle Möglichkeiten für eine frohe Urlaubsgestaltung vorhanden, so daß durchaus keine Notwendigkeit besteht, die privaten Reisen nach Westdeutschland zu vermehren, im Gegenteil, sie müssen in der Zukunft bedeutend eingeschränkt werden.

Kämpfen wir mit noch größerer Energie für die Erhaltung des Friedens und für die Herstellung der Einheit Deutschlands, dann werden alle Werktätigen aus Ost und West die Möglichkeit haben, die gesamte deutsche Heimat kennenzulernen.

V. Technische Kontrollabteilung

5.1 DIN-Normblatt-Verzeichnis 1957

In Heft Nr. 5/1967 der „DIN-Mitteilungen“, Seite 299 wird auf das Neuerscheinen des DIN-Normblatt-Verzeichnisses 1957 hingewiesen.

Mit dem Erscheinen ist Ende Juli zu rechnen.

Vom Büro für Standardisierung wurde für jede Dienststelle ein Verzeichnis bestellt, für jeden Hauptgruppenbereich 3 Stück mit eingefügten Leerzeilen zur Ergänzung der monatlich erscheinenden Nachträge.

5.2 Technische-wissenschaftliche Zusammenarbeit

Den Antragstellern mußte durch Mitteilung vom 1. November 1966 bekanntgegeben werden, daß alle früher gestellten Anträge auf Entsendungen von Delegationen oder auf Anforderung von Dokumentationen wegen des wenig konkreten Inhalts oder wegen der ungenügend ausgearbeiteten Arbeitsfragen zurückgestellt bzw. abgelehnt werden mußten. Die damalige Zuweisung einer sog. „grünen Nummer“ hat an dem

Sachverhalt nichts geändert und bedeutete keineswegs eine vorläufige Zustimmung oder Genehmigung. Es mag aber der Eindruck entstanden sein, daß das Verfahren der „technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit“ äußerst kompliziert oder bürokratisch ist und daß es sich nicht lohne, einen Antrag zu stellen. Weder das eine noch das andere ist der Fall.

Gewisse Anlaufschwierigkeiten, die sich aus den ungenügend ausgearbeiteten Anträgen ergeben haben, sind überwunden, und die Herbeiführung genereller Beschlüsse mit den Partnerländern ist eingeleitet, soweit diese nicht inzwischen vereinbart wurden.

Diese Beschlüsse bilden die Grundlage gegenseitiger Konsultationen, der Anforderung von Dokumentationen usw. Bei der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen sind uns die Partnerländer ein wesentliches Stück voraus. Nicht nur, daß die Zahl ihrer Anträge größer ist; vor allem aber sind die Dokumentationswünsche konkreter gefaßt und auch die Arbeitsfragen sind spezifischer und lassen eine bessere, umfassendere Vorarbeit und Auswertung erkennen.

Umfassend ausgearbeitete Arbeitsfragen sind dem Partnerland bei der Antragstellung für einen Erfahrungsaustausch oder für eine Konsultation einzureichen, um eine Vorbereitung des Besuchs zu ermöglichen, und eine, im Anschluß an den erfolgten Besuch, vorzunehmende Auswertung. Die Auswertung ist sowohl bei eigenen Konsultationen, Erfahrungsaustauschen und Dokumentationsanforderungen vorzunehmen, als auch nach den erfüllten Wünschen der Partner.

Die Berichte sind an die TKA einzusenden.

Vor Abgabe unserer Wünsche ist fast in jedem Falle eine Abstimmung mit dem in Frage kommenden Fachministerium vorzunehmen, die entweder durch die TKA direkt mit der Abteilung TWZ des Fachministeriums erfolgt (auf der Grundlage der dort vorliegenden Anträge aus den Ministerien) oder die durch die TKA abgeschlossen wird, soweit von den Prüfdienststellen bereits eine Vorarbeit geleistet ist. Auf der Grundlage umfassend ausgearbeiteter Arbeitsfragen sind folgende Anträge für die Entsendung einer Delegation beim Partnerland gestellt:

In die CSR:

Hauptgruppe Metallindustrie: 3 Kollegen für 10 Tage
Hauptgruppe Leichtindustrie: 3 Kollegen für 10 Tage
Hauptgruppe Chemie: 3 Kollegen für 10 Tage.

Die Ergebnisse der durchgeführten Reisen sind zu einem Bericht mit Schlußfolgerungen für die Verbesserung der eigenen Arbeit zusammenzufassen und der TKA einzureichen.

Die Prüfdienststellen werden aufgefordert, Dokumentationswünsche bzw. Arbeitsfragen für Partnerländer umgehend auszuarbeiten und über die Hauptgruppen einzureichen.

5.3 Statistik

Bez: Formblatt 1 und 2 (Monatastreifen)

Die monatlichen Zahlenangaben über Arbeitsausfall, Prüfaufträge und Leistung ergeben – besonders über einen längeren Zeitraum – ein Spiegelbild sowohl von den einzelnen Dienststellen als auch von der gesamten Entwicklung unseres Amtes.

Natürlich sind beim Vergleich der einzelnen Dienststellen Unterschiede zu beachten, z. B. die Vielfalt

der Prüfmethode, die ebenso verschiedenen Erzeugnisse und Mengen oder die bedingten und nicht bedingten Rückstände an Prüfaufträgen. Eine nicht unbedeutende Rolle spielen zwei weitere Momente:

1. Der Mitarbeiterstand von unproduktiven Kräften (Pförtner, Reinigungskräfte usw.), der kleine Dienststellen oft viel stärker belastet als größere.
2. Die Besetzung der Dienststellen mit überwiegend weiblichen oder männlichen Mitarbeitern (Krankheit, Haushaltstage usw.).

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen und der Auswertung der Statistik, bezogen auf die einzelnen Dienststellen im Laufe eines Jahres, sind doch gewisse Schlüsse, z. B. auf die Leitung, die Arbeitsdisziplin, Krankenfürsorge, Kontrolle und Unfallverhütung usw., zu ziehen.

1. Arbeitsausfall durch Krankheit (Spalte 7)

Obwohl unser Staat in jedem Jahr erhöhte Mittel zur Vorbeugung gegen Krankheiten und zur Fürsorge für unsere arbeitenden Menschen bereitstellt, hat in unseren Dienststellen der Arbeitsausfall wegen Krankheit eine stetige Steigerung erfahren. Er übertrifft z. Z. den Stand von 1955 um 40,9 Prozent. Hieran sind die einzelnen Hauptgruppen sehr unterschiedlich beteiligt. Am günstigsten steht – wie in den Vorjahren – die HGr. Leichtindustrie mit einem allerdings auch erhöhten Ausfall von 5,2 Prozent, während die HGr. Bauwesen den bisher ungünstigsten Stand von 9,8 Prozent im Durchschnitt des ersten Quartals 1957 meldet.

Noch unterschiedlicher sind die Zahlen natürlich zwischen den einzelnen Dienststellen. Sie reichen von 0 % bis 22,7 %. Beachtlich ist hierbei, daß die guten oder schlechten Ergebnisse in jedem Jahr fast durchweg bei denselben Dienststellen zu verzeichnen sind.

2. Unfall (Spalte 8)

Leider hat sich auch die Unfallziffer bedeutend erhöht. Während im Jahre 1955 ein Ausfall von täglich einem Mitarbeiter zu verzeichnen war, sind es 1956 täglich drei – bei nahezu gleichmäßiger Verteilung auf alle Hauptgruppen (Jahresdurchschnitt). Über alle Unfälle ist Kurzbericht zu geben (s. Verf. und Mittlg. Nr. 4).

3. Urlaub (Spalte 9)

Der Urlaub soll laut Gesetz – abgesehen von geringen Sonderfällen – bis Ende eines Jahres abgeschlossen sein. Die Statistik zeigt, daß dieses Gesetz nicht immer eingehalten wird.

Der hohe Prozentsatz von Urlaubern im Januar und Februar dürfte in verschiedenen Dienststellen nicht allein auf die wünschenswerte Verlagerung des Urlaubes in die Wintermonate zurückzuführen sein.

4. Schulungsteilnahme (Spalte 10)

In dieser Spalte wäre ein Ansteigen der Ziffer erwünscht gewesen; aber gerade hier, in der Qualifizierung unserer Mitarbeiter, ist ein Absinken der Teilnahme zu verzeichnen, besonders in der Fachgruppe Lebensmittelchemie.

5. Sonstiges (Spalte 12)

In dieser Spalte werden Haushaltstage, Sonderurlaub für Hochzeit, Umzug u. ä. und gesetzliche Feiertage erfasst.

Im allgemeinen ist die in den Vorjahren festgestellte Freizügigkeit von Sonderurlaub nicht mehr vorhanden.

Treten in dieser Spalte jedoch große Schwankungen auf oder liegen die Zahlen weit über den Durchschnitt, dann bitten wir in Zukunft um eine kurze Begründung.

Der allgemeine Durchschnitt des Arbeitsausfalls unter „Sonstigen“ liegt bei 1,3 % von der Arbeitszeit der Dienststelle insgesamt; bei Dienststellen, in denen hauptsächlich Frauen beschäftigt werden – wie in der Zittauer Wäscherei-PB. – bei etwa 2 %.

Diese Hinweise, die noch nicht auf Beispiele aus einzelnen Dienststellen eingehen, sollen den Dienststellenleitern, den BGL und den Fürsorge- und Arbeitsschutzbevollmächtigten folgende Anregungen geben:

1. Sich selbst über die Dienststellenstatistiken zu orientieren und
2. in Zusammenarbeit mit dem Dienststellenleiter Maßnahmen – wie Vorsorge und Kontrolle – zu treffen, um den Arbeitsausfall entscheidend zu senken.

Zur Information

Für die Spalte 4 auf Formblatt 3 war folgende Unterteilung vorgesehen:

- V – Verwaltungskräfte
- U – unproduktive Kräfte
(Pfortner, Reinigungskräfte, Kraftfahrer u.ä.)

Von einigen Dienststellen wird die Unterteilung unnötigerweise über alle weiteren Spalten fortgeführt, von anderen überhaupt nicht berücksichtigt.

Wir bitten, darauf zu achten.

Die Fachgruppe Elektrotechnik wird um Einhaltung des Einsendetermins (des 8. jedes Monats) gebeten.

Eine Berichtsanalyse über Monatsstreifen des Formblattes 1 folgt in einem der nächsten Mitteilungsblätter.

5.4 Veröffentlichungen aus der Forschung und dem Patentschutz

Es gehört zu den Aufgaben der technisch-wissenschaftlichen Bearbeiter der Arbeit des Planes Forschung und Technik, beim Studium der Literaturquellen auch das Patentschriftenmaterial zu berücksichtigen. Dafür steht eine umfassende Sammlung in- und ausländischer Patentschriften in der Leschalle des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen, Berlin, Mohrenstraße 37 b, jedem Interessenten unentgeltlich zur Einsicht zur Verfügung. Die Sammlungen sind nach Klassen leicht und übersichtlich geordnet. Klassen- und Stichwortverzeichnisse erleichtern das Auffinden der gewünschten Schriften. Bei Bedarf können Fotokopien bestellt werden.

So wertvoll die Patentschrift als Quellenmaterial für den technischen Fortschritt, für die Bereicherung des bisherigen Standes der Technik und somit für die Abgrenzung einer neuen Arbeit ist, so setzt mit ihrer Ausgabe doch noch eine viel höhere Funktion ein: die Wirkung des Patentschutzes für die Dauer des Patents. Gemäß § 1 Abs. 4 des Patentgesetzes hat das Patent die Wirkung, daß nur die nach dem Patentgesetz Befugten den Gegenstand der Erfindung herstellen, in Verkehr bringen, feilhalten oder gebrauchen dürfen.

In diesem Zusammenhang werden sicher die §§ 3 und 4 der „Anordnung über die Erteilung von Genehmigungen zur Bekanntgabe der Abschluß- oder Teilergebnisse von Arbeiten des Planes Forschung und Technik vom 4. November 1966“ mit ihren Bestimmungen über die Angabe, ob die Patentanmeldung vorgenommen ist, ihre Bedeutung gewinnen.

Bei der Entscheidung über die Genehmigung zur Bekanntgabe von Ergebnissen von Arbeiten muß also der Genehmigende prüfen, ob der Antragsteller gewissenhaft die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik gewahrt hat.

Die Unterlassung einer Patentanmeldung kann schwerwiegende Folgen haben. Deshalb bestimmt der Gesetzgeber in § 4 der Anordnung vom 4. November 1966, daß bei Ergebnissen von Arbeiten, die patentfähig erscheinen, die Genehmigung zur Bekanntgabe erst erteilt werden darf, wenn die Patentanmeldung vorgenommen worden ist.

Es genügt aber keineswegs, daß der Antragsteller – ohne die Patentliteratur vor Beginn seiner Arbeit einzusehen – in der Vermutung, daß mit der Entgeghaltung von neuheitsschädlichem Material durch die Prüfungsstellen des Patentamtes wohl nicht zu rechnen ist, eine Anmeldung ausarbeitet und einreicht, da spätere Änderungen in sachlicher Hinsicht das Wesen des Erfindungsgegenstandes nicht verändern dürfen und insbesondere Erweiterungen unzulässig sind. (Abgesehen von Ergänzungen und Berichtigungen gemäß § 33 Abs. 3 des Patentgesetzes – Pat.-G.)

Durch eine unangebrachte Veröffentlichung oder Vorveröffentlichung (Veröffentlichung vor Anmeldung des Patentes) kann also der Patentschutz teilweise oder ganz in Frage gestellt sein.

Damit wird die Frage zu beantworten sein, ob eine Bekanntgabe einer Arbeit (Veröffentlichung oder Vorveröffentlichung) dem Patentbegehren entgegensteht und wenn ja, in welchem Umfang.

Der § 4 des Patentgesetzes besagt folgendes:

„Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie zur Zeit der Anmeldung in öffentlichen Druckschriften aus den letzten hundert Jahren bereits derart beschrieben, anderweitig durch das Patentamt bekanntgemacht oder im Inland bereits so offenkundig benutzt ist, daß danach die Benutzung durch andere Sachverständige erfolgen kann. Eine innerhalb von sechs Monaten vor der Anmeldung erfolgte Beschreibung oder Benutzung bleibt außer Betracht, wenn sie auf der Erfindung des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers beruht.“

Im Handbuch für das Erfindungs- und Vorschlagswesen – herausgegeben vom Amt für Erfindungs- und Patentwesen der Deutschen Demokratischen Republik (VEB Deutscher Zentralverlag) – wird zur öffentlichen Druckschrift im Teil 1, Blatt 11 folgende Kommentierung gegeben:

a) „Öffentliche Druckschrift,

also alles durch Buchdruck oder sonst mechanisch Vervielfältigte, das öffentlich, also der Allgemeinheit zugänglich ist. Dazu gehören Patentschriften, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, mit Schreibmaschine vervielfältigte Dissertationen in Bibliotheken und auch die

= 34 =

bekanntgemachten Anmeldungen des Deutschen Patentamtes der Deutschen Bundesrepublik Deutschland in München, die letzteren jedoch nur für Anmeldungen seit Errichtung des Büros für Erfindungswesen am 18. September 1948. Maßgebend ist der Tag der Ausgabe der Druckschrift. Tatsächliches Bekanntsein ist nicht erforderlich. Es genügt, daß sie irgendwo in der Welt während der letzten hundert Jahre zugänglich war.

Der Zeitraum (hundert Jahre) wurde gewählt, weil bei Inkrafttreten des ersten gesamtdeutschen Patentgesetzes die eigentliche Entwicklung der Technik erst vor einem Jahrhundert begonnen hatte. Heute liegt dieser Beginn viel weiter zurück. Auch wenn eine Anmeldung eine mehr als hundert Jahre zurückliegende öffentliche Druckschrift benutzt, kann die Erfindung mangels Vorliegen einer eigenen schöpferischen Leistung nicht als schutzfähig angesehen werden, obwohl sie an sich der formellen Neuheit des § 4 Pat.-G. nicht widerspricht. Eine Erfindung gilt auch nicht als neu bei Vorliegen einer offenkundigen Vorbenutzung.

Da im § 3 Abs. 2 der Anordnung vom 4. November 1955 auch die Bekanntgabe in Form eines Vortrages erwähnt ist, soll auch die Kommentierung aus dem genannten Handbuch angeführt werden:

b) „Offenkundige Vorbenutzung.
Benutzung

ist jede der vier in § 1 Abs. 4 Pat.-G. genannten Benutzungshandlungen, also das Herstellen, das Verarbeiten, das Inverkehrbringen und das Gebrauchen. Auch das Offenbaren in einem Vortrag kann genügen. Als offenkundige Benutzung ist jedoch nicht ein bloßer Vortrag anzusehen, wohl aber ein Vortrag mit Vorführungen zu gewerblichen Zwecken, z. B. in einer Fachschule, damit die Schüler ihre dort erworbenen Kenntnisse späterhin gewerbmäßig in ihren Betrieben anwenden.

Offenkundig

Ist eine Benutzung nur dann, wenn ein unbestimmter Personenkreis nicht zur Geheimhaltung verpflichteter Personen Gelegenheit zur Kenntnisnahme des Erfindungsgegenstandes erhält. Die Möglichkeit der Kenntnisnahme genügt, tatsächliches Erkennen des Erfindungsgegenstandes ist nicht erforderlich. Auch eine Benutzung unter Vertrauensbruch, Geheimnisverrat, ist neheitschädlich. Offenkundige Vorbenutzung ist z. B. grundsätzlich bei Benutzung in einem Werk zu verneinen, da dessen Angestellte und Arbeiter auch ohne besondere Geheimhaltungsverpflichtung auf Grund ihres Arbeitsverhältnisses zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, und bei vertraulicher Mitteilung. Zu bejahen ist sie z. B. bei offenem Transport oder Benutzung im Straßenverkehr, sofern der Erfindungsgegenstand nicht im Innern der Maschine, also nicht erkennbar, untergebracht ist.

Als Inland ist hier nicht nur das Geltungsgebiet des Patentgesetzes für die Deutsche Demokratische Republik, sondern Gesamtdeutschland anzusehen.

Eine zeitliche Beschränkung wie bei der druckschriftlichen Vorveröffentlichung gibt es bei der offenkundigen Vorbenutzung nicht.

Aus der Kommentierung über die Offenkundigkeit wird also ersichtlich, daß der Bekanntgabe an den im § 1 a) bis c) (Anordnung vom 4. November 1955)

genannten Kreis von der patentrechtlichen Seite her nichts entgegensteht, wobei allerdings im Interesse der Geheimhaltung von Forschungsergebnissen der Kreis der Personen in der Anordnung eingeschränkt ist.

Nun wird es trotz eingehenden Studiums der Patentliteratur nicht immer möglich sein, den Wert oder Unwert einer Erfindung im voraus zu erkennen, so daß der Erfinder das Bedürfnis hat, die Erfindung zunächst zur öffentlichen Diskussion zu stellen. Nach § 4 Abs. 2 des Pat.-G. schadet eine an sich neheitschädliche Vorveröffentlichung oder offenkundige Vorbenutzung der Patentierung nicht, wenn

1. die Anmeldung zum Patent innerhalb von sechs Monaten nach diesem Tage (der Vorveröffentlichung oder offenkundigen Vorbenutzung) beim Amt für Erfindungs- und Patentwesen erfolgt und
2. die Offenbarung auf der Erfindung des Anmelders oder seines Rechtsvorgängers beruht.

Es empfiehlt sich jedoch, von ihr vorsichtig Gebrauch zu machen, denn den Ursachenzusammenhang hat nach allgemeinen Vorschriften zu beweisen, wer sich auf ihn beruft. Der Erfinder muß beweisen, daß ein Dritter nicht eine unabhängig gemachte Doppelerfindung offenkundig benutzt oder veröffentlicht hat, sondern die im Vertrauen mitgeteilte Erfindung des Erfinders.

Siefern Anmeldungen außerhalb der Deutschen Demokratischen Republik beantragt sind, ist weiterhin zu beachten, daß andere Staaten eine Schonfrist nicht kennen, daß also eine druckschriftliche Vorveröffentlichung in der Deutschen Demokratischen Republik die dortige Patentierung ausschließt.

Hinsichtlich offenkundiger Vorbenutzung ist ebenfalls zu bedenken, daß die Anmeldung unter Umständen in anderen Ländern nicht mehr vorgenommen werden kann.

Deshalb enthält das Patentgesetz besondere Bestimmungen hinsichtlich der offenkundigen Benutzung (Vorbenutzung), auf die in diesem Rahmen jedoch nicht näher eingegangen werden soll. Es soll jedoch nochmals betont werden, daß die Absicht einer Vorveröffentlichung sehr eingehend zu prüfen ist, da in einigen Staaten jede offenkundige Neuheit schadet.

Ferner birgt die Inanspruchnahme der sechsmonatigen Schonfrist immer die Gefahr in sich, daß der letzte Anmeldetermin in dieser Zeit überschritten und verläumt wird.

Außerdem erscheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß bei einer Erfindung, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Erfinders in einem volkreigenen Betrieb, einem staatlichen Forschungsinstitut oder in anderen öffentlichen Einrichtungen oder mit staatlicher Unterstützung gemacht worden ist, das Wirtschaftspatent zu erteilen ist.

In diesem Falle bedarf die gewerbliche Benutzung des Patentes durch den Inhaber der Genehmigung des Patentamtes (§ 3 Abs. 6 des Pat.-G.).

Aus dem Gesagten mag hervorgehen, daß die Interessen unserer Wirtschaft bei der Veröffentlichung aus einem Forschungsbericht durch den Forschungsbeauftragten genauestens zu erwägen sind, da der Forschungsbeauftragte in jedem Falle für seine Handlungen einzutreten hat.

5.5 Gesetze und Verordnungen

Auf folgende Gesetze und Verordnungen wird aufmerksam gemacht:

5.51 Anordnung über die Versicherung gegen Unfall oder Erkrankung bei Auslandsreisen im staatlichen Auftrage.
Vom 18. April 1957, GBl. I, S. 371.

5.52 Beschluß der Volkskammer der DDR über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1957.
Vom 20. April 1957, GBl. I, S. 373.

5.53 Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Lenkung des Wohnraumes.
Vom 20. April 1957, GBl. I, S. 397.

5.54 Anordnung über die Einrichtung des Forschungsinstitutes für technologische Entwicklung, Wärmetechnik der Metallurgie.
Vom 27. März 1957, GBl. II, S. 147.

VII. Allgemeine Verwaltung

7.1 Druckaufträge für Formulare

Das Papierkontingent für die Anfertigung von Formularen, die in unseren Dienststellen benötigt werden, wird von der Zentralverwaltung für sämtliche Dienststellen des DAMW zentral geplant und vom Vordruck-Litverlag Berlin verwaltet.

Die derzeitige Rohstofflage machte es erforderlich, daß das von uns für das Jahr 1957 eingeplante Papierkontingent für polygraphische Erzeugnisse vom Vordruck-Litverlag Berlin erheblich gekürzt werden mußte. Die Zuweisung für 1957 liegt jedoch über dem Verbrauch vom Jahre 1956.

Die Anforderungen unserer Dienststellen an Druck-erzeugnissen im I. Quartal 1957 waren so groß, daß unser Halbjahreskontingent innerhalb dieser 4 Monate erschöpft wurde. Eine Aufstockung unserer Zuweisung ist uns von den zuständigen Ministerien infolge der allgemeinen Rohstofflage abgelehnt. Wir halten es daher für notwendig, darauf hinzuweisen, daß jede Dienststelle im Verbrauch von Formularen äußerste Sparsamkeit walten läßt.

Wir bitten auch zu überprüfen, welche Formulare kleinere Formate erhalten können. Im allgemeinen sollten die Bestellungen der Formulare dem Bedarf eines Vierteljahres entsprechen.

7.2 Erlangung von Fahrzeugbriefen

Im GBl. Teil I, Nr. 37/57 ist die „Anordnung über die Ausgabe von Kraftfahrzeugbriefen und Kraftfahrzeuganhängerbriefen“ vom 20. April 1957 veröffentlicht.

Unsere Dienststellen mit Fahrzeugbestand werden zwecks Erlangung eines Fahrzeugbriefes darauf hingewiesen, ihre Fahrzeuge bis zum 15. August 1957 den zuständigen Volkspolizeikreisämtern zu melden.

7.3 Umsetzung von Geräten

Von der PSt. 683, Berlin, wird zur Klassifizierung von Fußbodenpflegemitteln für die Glanzmessung bzw. zur

Messung des Abriebs ein Glanzmesser und ein Makliff-Galvanometer dringend benötigt.

Dienststellen, bei denen diese Geräte vorhanden sind und wenig oder nicht benutzt werden, bitten wir, zwecks Umsetzung mit der PSt. 683, Berlin O 17, Fritz-Heckert-Straße 80, in Verbindung zu treten.

7.4 Überstunden für Kraftfahrer

Im Rundschreiben Nr. 36/56 vom 8. 10. 1956 wird auf die Sonderregelung für Überstunden der Kraftfahrer hingewiesen. Die Bezirksvorstände der Gew. Wissenschaft vertreten zum Teil die Ansicht, daß die Überstunden der Kraftfahrer auch bis zu 75 Stunden von der BGL bzw. AGL genehmigungspflichtig sind.

Die Richtlinien zur Durchführung des Beschlusses Nr. 43/13 des Präsidiums des Ministerrates vom 20. 5. 1954 besagen unter Punkt 2), daß die Höchstgrenze für Überstunden der Pkw-Fahrer bei 75 Stunden liegt. Die geleisteten Überstunden sind laufend zu kontrollieren.

Somit fällt die Zustimmung auf Ableistung von Überstunden bis zur Höchstgrenze durch die BGL bzw. AGL fort.

Erst dann, wenn durch besondere Umstände eine Überschreitung der Höchstgrenze der Überstunden wahrscheinlich ist, muß vom Verantwortlichen die Zustimmung zur Ableistung von Überstunden im voraus schriftlich eingeholt werden. Das Genehmigungsschreiben ist dem Überstundenzettel des Kraftfahrers beizufügen.

Seitens der Fahrzeugbenutzer und vom Verantwortlichen sind diese Überstunden besonders zu überwachen.

Es ist anzustreben, daß die Zahl der Überstunden im allgemeinen weiter gesenkt wird.

Die Revision stellte fest, daß die Anweisung gemäß Rundschreiben Nr. 36/56 in einigen Dienststellen nicht eingehalten wird. Bei weiteren Verstößen muß die Disziplinarordnung Anwendung finden.

VIII. Sie fragen? — wir antworten!

8.1 Anfrage Nr. 9

Die verschiedenen Anfragen bzgl. des Versicherungsschutzes (Transport, Diebstahl usw.) werden nach Klärung ausführlich beantwortet.

8.2 Wir fragen — wer antwortet?

Unter der Spalte: „Sie fragen . . . Wir antworten“ wird zu aktuellen Problemen, die von allge-

meinem Interesse sind, Stellung genommen. Dabei wird es oft sehr nützlich sein, wenn vor der Ausarbeitung einer grundsätzlichen Entscheidung die Erfahrungen der Prüfungsstellen ausgewertet werden. Um den Schriftverkehr auf ein geringeres Maß zu beschränken, wird eine Spalte „Wir fragen . . . Wer antwortet?“ eingerichtet. Dabei können auch Probleme zur Diskussion gestellt werden. Wir bitten um Mitarbeit.

- 36 -

IX. Gewerkschaftlichen, Jugendfragen usw.

9.1 Kinderferienlager Dranske

Um alle vorbereitenden Maßnahmen für die Durchführung des zentralen Kinderferienlagers in Dranske treffen zu können, werden die **Betriebsgewerkschaftsleitungen gebeten**, die Informationen des Aktivs für das Ferienlager vom 31. März 1957 und 6. Juni 1957 allen Mitarbeitern des Amtes bekanntzugeben. Auf die angegebenen Termine wird hingewiesen.

9.2 Jugendarbeit

Zu dem auf der Jugendkonferenz in Ostrau gefassten Beschluss schreibt die Jugendfreundin Umhreit von der Jugendgruppe Gera folgendes:

„Laut Beschluss der Jugendkonferenz unseres Amtes vom 25. bis 27. April 1957 in Ostrau sollten sämtliche Jugendgruppen einen Jugendförderungsplan aufstellen und einen Durchschlag von diesem der FDJ-Gruppe Gera einreichen. Außer diesem sollte uns der Aufbau der Gruppenleitung, sowie Vorschläge zu einem Wettbewerb, Berichte und Vorschläge zur Verbesserung der Jugendarbeit und sonstige Mitteilungen bekanntgegeben werden. Außer der Dresdner Gruppe hat bisher niemand den Ostrauer Beschluss realisiert. Eine Arbeit, wenn sie Erfolg haben und Freude bringen soll, wird durch solche Verzögerungen stark gehemmt.“

Da in der Zwischenzeit nicht nur fünf Wochen vergangen sind, sondern der Sommer schon fast seinen Höhepunkt erreicht hat, ist es höchste Zeit, daß zumindest mit dem Plan begonnen wird.“

Die Jugendgruppe Gera bittet also nochmals sämtliche Gruppen, die Ergebnisse auszuwerten und zu berichten.

9.3 Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften

Um die bei den Mitarbeitern der Berliner Dienststellen bestehende Wohnungsnot zu mildern und zu beseitigen, wurde eine Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft gegründet.

Dem Trägerbetrieb der AWG, der Hochschule für Planökonomie in Berlin-Karlshorst, sind folgende Institutionen angeschlossen:

- Das Deutsche Amt für Material- und Warenprüfung
- Das Deutsche Amt für Maße und Gewichte
- Das Amt für Forschung und Entwicklung
- Das Institut für Bodenkartierung und
- Das Amt für Standardisierung.

Die Gesamtmitgliederszahl der AWG beträgt zur Zeit 140.

Dr.-Ing. Naumann
Präsident

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung

der Deutschen Demokratischen Republik

1957	Berlin, den 1. August	Nr. 8
------	-----------------------	-------

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite	Seite
On Blöckfeld		V. Technische Kontrollabteilung 42
I. Allgemeines 38		5.1 Aus Verordnungs- und Gesetzblättern 42
1.1 5jährige Zugehörigkeit zum DAMW . 38		5.2 TWZ-Planung 1958 42
II. Verfügungen und Anordnungen 38		VI. Haushalt und Finanzen 42
2.1 Abgrenzung der Aufgabengebiete der Vizepräsidenten 38		6.1 Wettbewerb zwischen den einzelnen Haushaltbuchhaltungen im DAMW . 42
2.2 Zuständigkeit der Prüfdienststellen . 38		6.2 Durchführung von Inventuren . . . 42
2.3 Genehmigungspflicht für Bericht- erstattung 38		VII. Allgemeine Verwaltung 43
2.4 Überstundenregelung 38		7.1 Umsetzungen von Geräten 43
III. Aus der Arbeit der Haupt- und Fach- gruppen sowie Dienststellen 39		7.2 Änderung von Telefonanschlüssen . . 43
3.1 Probenentnahmen durch Mitarbeiter der Staatlichen Güteinspektion 39		VIII. A. Wie fragen? — Wir antworten! . . . —
3.2 Jeder eine gute Tat für unsere gute Sache 40		B. Wir fragen! — Wer antwortet? . . . 43
3.2.1 Beschaffung von Sonderprüfmitteln 40		IX. Gewerkschaftliches, Jugendfragen usw. . (3, 4
3.2.2 Verpflichtung der PST. 371 im Rahmen des NAW 40		9.1 Kinderferienlager Dranske 43/44
IV. Kader und Schulung 40/42		9.2 Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaft (Berichtigung) 44
4.1 Weiterentwicklung der Kaderarbeit . 40/42		9.3 Buchbesprechung (Sozialversicherungs- recht) 44
		X. Sonstiges

- 38 -

I. Allgemeines

1.1 5-jährige Zugehörigkeit zum DAMW

Die Mitarbeiter des Amtes, die anlässlich ihrer 5-jährigen Zugehörigkeit zum DAMW am 18. Oktober 1967 gemäß Rundschreiben Nr. 37/66 vom 8. Oktober 1966 mit einer Buchprämie ausgezeichnet werden sollen, sind

bis zum 18. September 1967
der Techn. Kontroll-Abteilung bekanntzugeben.

1.2 Auflösung einer Prüfdienststelle

Die Pdt. 631 - Berlin ist mit Wirkung vom 18. Juni 1967 aufgelöst. Ihre Aufgaben werden von der Prüfdienststelle 631 - Dresden übernommen.

337

II. Verfügungen und Anordnungen

2.1 Abgrenzung der Aufgabengebiete der Vizepräsidenten Dr. Lillie und Böhnisch

Vizepräsident Dr. Böhnisch hat nach Beendigung seines Studiums an der Parteihochschule die Tätigkeit als Vizepräsident am 1. Mai 1957 beim DAMW aufgenommen. Die derzeitige Struktur der Amtseileitung bedingt eine Abgrenzung der Aufgabengebiete innerhalb der Leitung des Amtes. In der Kollegiums-Sitzung vom 17. Mai 1957 ist nachstehender Beschluß gefaßt worden:

1. Die Vizepräsidenten Dr. Lillie und Böhnisch vertreten Präsi. Dr. Naumann in Abwesenheit.
- 1.1 Sie sind gegenüber den Hauptgruppenleitern bei Abwesenheit des Präsi. Dr. Naumann weisungsberechtigt.
2. Vizepräsident Dr. Lillie unterstehen im besonderen:
 - 2.1 Die Abteilung Haushalt und Finanzen, eingeschlossen die Bearbeitung des Stellenplanes,
 - 2.2 das Referat Forschung.
3. Vizepräsident Dr. Böhnisch sind unterstellt:
 - 3.1 Die Technische Kontrollabteilung,
 - 3.2 die Allgemeine Verwaltung,
 - 3.3 das Büro für Standardisierung,
 - 3.4 die Verwaltungsleiter der Dienststellen
Dresden-A 27, Am Gericht 7,
Halle-Trotha, Köthener Straße 4g, und
Leipzig W 31, Nonnenstraße 44.

2.2 Zuständigkeit der Prüfdienststellen

Wiederholt werden von Produktionsbetrieben Anfragen an die Prüfdienststellen wegen Zuständigkeit hinsichtlich der Durchführung von Prüfungen, insbesondere bei Neuentwicklungen, gerichtet.

Auf Grund von Beschwerden ist nun bekannt geworden, daß anfragende Betriebe oft von einer Dienststelle zur anderen verwiesen werden, wobei der Betrieb nach Verlauf einer gewissen Zeit sich doch noch an die Zentralverwaltung wenden muß, um eine definitive Antwort zu erhalten.

Eine solche Behandlung der Anfragen führt für die Produktionsbetriebe zu unvermeidbaren Zeitverlusten wie auch Kosten nicht zuletzt zur Einbuße an Prestige für das DAMW.

Um einen derartigen unerfreulichen Kreislauf und eine Zeitverzögerung zu vermeiden, wird angeordnet, daß

bei Anfragen, die von den Prüfdienststellen hinsichtlich der Zuständigkeit nicht eindeutig beantwortet werden können, der Vorgang umgehend der Leitung des Amtes zur Entscheidung zuzuleiten ist.

2.3 Genehmigungspflicht

Aus gegebener Veranlassung wird noch einmal auf grundsätzliches zu der Verordnung über das Berichtswesen in der DDR vom 20. Juli 1956 (veröffentlicht im QBl. Teil I, S. 590) hingewiesen. Bei der Einholung von Auskünften und Anforderung von Meldungen usw. von den Betrieben sind die Bestimmungen der genannten Verordnung sowie deren 1. Durchführungsbestimmung vom 9. August 1956, QBl. I, S. 621, und die daraus resultierende Arbeitsanweisung des Präsidenten lt. Rundschreiben Nr. 1/57 unbedingt zu beachten.

Nach § 5 der 1. Durchführungsbestimmung verlieren früher erteilte Genehmigungen mit Ablauf der angegebenen Laufzeit ihre Gültigkeit (soweit diese vom Amt beantragt wurden - mit dem 31. Dezember 1956). Wer vorsätzlich oder fahrlässig eine genehmigungspflichtige Berichterstattung ohne die erforderliche Genehmigung veranlaßt oder durchführt oder wer diese bearbeitet (d. h. also, die geforderten Angaben dem Fragesteller gibt), ohne daß der Genehmigungsvermerk des zuständigen Organes gegeben ist, wird mit einer Ordnungsstrafe bis zu 500,- DM bestraft.

Der Begriff der Berichterstattung ist im § 1 der Verordnung vom 20. Juli 1956 und im Rundschreiben Nr. 1/57 dargelegt; darunter fallen also Meldungen, Abrechnungen, Berichte, statische Erhebungen, Analysen, Mitteilungen der Ergebnisse der Qualitätsprüfungen von den Betrieben usw.

Die Anträge sind unter Berücksichtigung der Anweisungen (Rundschreiben 1/57) zu stellen.

2.4 Überstundenregelung

Der Absatz 1) und 2) im Abschnitt II - 2.3 Überstundenregelung (Mitteilungsblatt Nr. 5/6 - Seite 24 - erhält folgende neue Fassung:

„Auf Grund der Beschlüsse des 23. und 24. Plenums des Bundesvorstandes des FDGB wird in diesen Fällen die Genehmigung zur Leistung von Überstunden nur noch von der BGL und nicht mehr vom Bezirksvorstand erteilt.“

III. Aus der Arbeit der Haupt- und Fachgruppen sowie Dienststellen

3.1 Probenentnahmen durch Mitarbeiter der Staatlichen Güteinspektion

In den „Verfügungen und Mitteilungen“ Nr. 2 unter 2.3 ist hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Staatlichen Güteinspektion festgelegt, daß die Güteinspektionen zu veranlassen sind, für eine Probenentnahme in den Betrieben vorzunehmen.

Die Fachgruppe Technische Chemie hat in Abstimmung mit der Hauptgruppe Chemie einen Verfahrensweg auch für die Entnahme von Mustern im Groß- oder Einzelhandel ausgearbeitet und stellt folgendes Verfahren allen anderen Fachgruppen zur Diskussion. Nach Abstimmung mit der Hauptgruppe Chemie wird im Bereich der Fachgruppe Technische Chemie ab sofort wie folgt verfahren:

Die Entnahme von Mustern im Handel durch Mitarbeiter der Staatlichen Güteinspektion erfolgt nach den gleichen Grundsätzen, wie die Probenahme durch Angehörige des DAMW, d. h.:

1. Vor Entnahme eines Musters im Groß- oder Einzelhandel ist durch den jeweiligen Probennehmer festzustellen, ob die Voraussetzungen für eine Probenahme gegeben sind.
(Siehe „Richtlinien für Entnahme von Prüfmustern probenvorlagepflichtiger Erzeugnisse im Handel.“)
2. Das Muster wird entsprechend der gegebenen Hinweise vom Mitarbeiter der Staatlichen Güteinspektion an die zuständige Prüfdienststelle des DAMW weitergeleitet.
3. Die zuständige Prüfdienststelle gibt dem Herstellerbetrieb Nachricht über die erfolgte Probenahme. (Siehe Muster „Mitteilung über Probenahme im Handel“.)

Nach Abschluß der Untersuchung wird, wie üblich, dem Herstellerbetrieb sowie den zuständigen Staats- und Handelsorganen, der Prüfbefund zugestellt. Die Kosten für die Durchführung der Untersuchung trägt der Herstellerbetrieb, soweit nicht ganz besondere Fälle auftreten und die Prüfung als Hohheitsaufgabe aufzufassen und damit eine Gebührenberechnung hin-fällig ist.

Um zu verhüten, daß die Prüfdienststellen durch einen unregelmäßigen Anfall von Proben in Termindruck geraten, ist diese Probenentnahme im Handel durch Anweisung der zuständigen Prüfdienststellen zu regeln. Es ist in jedem Falle das Mitglied der Staatlichen Güteinspektion mit einem schriftlichen Antrag auszustatten, aus welchem hervorgeht, daß die Probenentnahme auch im Auftrage des DAMW erfolgt. In jedem Falle ist eine Abstimmung mit der zuständigen Prüfdienststelle in der Weise erforderlich, daß nicht nur die Zahl der zu entnehmenden Proben, sondern auch die Art der Erzeugnisse vom Prüfdienststellenleiter festgelegt bzw. in Arbeitsbesprechungen mit den Angehörigen der Güteinspek-tion bestimmt wird.

Die Angehörigen der Staatlichen Güteinspektion werden bei besonderen Feststellungen in Betrieben die zuständigen Prüfdienststellen benachrichtigen und entscheidende Maßnahmen erst nach erfolgter Ab-sprache mit den Prüfdienststellenleitern in die Wege leiten.

Sollte es geschehen, daß irgendwie die hier festge-legten Maßnahmen nicht korrekt durchgeführt werden, ist vom zuständigen Prüfdienststellenleiter unverzüg-lich der Fachgruppenleiter in Kenntnis zu setzen.

Richtlinien für Entnahme von Prüfmustern probe-vorlagepflichtiger Erzeugnisse aus dem staatlichen oder gemeinschaftlichen Groß- und Einzelhandel.

1. Feststellung, ob die fraglichen Erzeugnisse ord-nungsgemäß gelagert werden.
2. Feststellung, wann die Erzeugnisse vom Her-steller an das betreffende Handelsorgan geliefert werden.
3. Muster sind nur dann zu entnehmen, wenn ord-nungsgemäße Lagerung stattfindet und vom Zeit-punkt der Anlieferung nicht mehr als 10 Monate vergangen sind.
3.1 Dabei ist ein Lieferschein in zweifacher Aus-fertigung vom betreffenden Handelsorgan zu ver-langen.
4. Bei der Entnahme der Muster ist festzustellen und schriftlich zu vermerken:
4.1 Genaueste Bezeichnung der Erzeugnisse.
4.2 Artikel oder Chargennummer (diese sind nicht mit Warennummer identisch).
4.3 Herstellungsdatum bzw. Auslieferdatum.
5. Der Herstellerbetrieb ist innerhalb 3 Tagen nach erfolgter Probenahme von dieser Tatsache schrift-lich zu unterrichten (siehe Muster).
6. Hat das betreffende Erzeugnis bisher nicht beim DAMW vorgelegen, so wird ein Prüfzeugnis er-teilt unter gleichzeitigem Hinweis auf die geset-zlichen Bestimmungen.
7. Hat das Erzeugnis bereits vorgelegen, so wird ein Prüfzeugnis nur dann erteilt, wenn auf Grund der Prüfergebnisse eine Neuklassifizierung (bei klassifizierten) oder Einstufung „unterhalb der Mindestgüte“ erfolgen muß.
8. Im Falle der Übernähmung der Prüfergebnisse mit einem für das betreffende Erzeugnis noch gül-tigen Prüfzeugnis wird lediglich ein Prüfbefund ausgestellt.
9. Ergebnisse der Überprüfung in den Lagern der Handelsorgane sind durch Protokoll oder Akten-notiz festzuhalten.

— Muster —

Mitteilung

über Probenentnahme beim Handel

Am wurde auf Grund der Anordnung über die Proben-vorlagepflicht auf dem Gebiet der Material- und Warenprüfung vom 6. Mai 1954, § 7, durch den Be-auftragten der Prüfdienststelle des Deutschen Amtes für Material- und Warenprü-fung, Koll. ein Erzeugnis Ihres Betriebes, bezeichnet als:

bei

entnommen.

Wir bitten Sie, dem genannten Handelsbetrieb durch Nachlieferung oder Verrechnung für die laut anliegen-dem Lieferschein entnommene Ware Ersatz zu leisten. Prüfergebnis und Rechnung werden Ihnen nach Ab-schluß der Untersuchung zugestellt.

Prüfdienststellenleiter

....., den

3.2 Jeder eine gute Tat für unsere gute Sache

3.21 Beschaffung von Sonderprüfmitteln:

Zur Beschaffung von Sonderprüfmitteln verschiedener Art können alle Dienststellen des Amtes die glas-technischen und feinmechanischen Werkstätten der Prüfdienststelle 583, Ilmenau, in Anspruch nehmen.

Dort werden diejenigen Spezial- und Ergänzungsbau-teile zu Prüfgeräten = ausnahmsweise auch kom-plette Apparaturen = angefertigt, die nicht im Han-del sind und gewöhnlich nur als Einzelstück ge-braucht werden.

Z. B. aus Glas: Spezielle Volumenmeßgeräte aus Glas, wie Büretten und Pipetten mit Sonderteilung und Justiergeräte. Spezialthermometer und Kon-takthermometer mit ungewöhnlichen Formen, Abmessungen, Meßbereichen und bestimmten meßtechnischen Eigenschaften.

Flüssigkeitsmanometer, -barometer und Strömungsmesser, Sonder-Viskosimeter und Sonder-Ärömeter-Meßelektroden und Meßgefäße für konduktometrische, dekametrische und poten-tiometrische Messungen. Vakuum-Glasgeräte einschließlich Entladungs- und Schaltgeräte.

Reflektierende, absorbierende und leitende Be-dampfungen, Verspiegelungen, Ätzungen und Schlitze.

Z. B. aus Metall und Kunststoff:

Feinmechanische Teile zu mechanischen, opti-schen und elektrischen Meß- und Material-prüfgeräten, einschl. Getrieben und Anzeige-einrichtungen. Durchführung von Reparaturen, Umbauten und Ergänzungen an solchen Geräten sowie Neubau kompletter Geräte nach Zeichnung oder nach technisch-wissenschaftlichen Unter-lagen.

Ausführung von linearen und nichtlinearen Skalenteilungen auf Glas und Metall, nach rationalen Funktionen und empirischen Unter-lagen, als Kreis- und Längsteilungen hoher Ge-nauigkeit, auch als Mutterteilungen auf Glas für Nomogramm-Auswertung.

Den Dienststellen wird empfohlen, sich bei entspre-chenden Vorhaben unmittelbar mit der Prüfdienst-stelle 583, Ilmenau (Thür.), Wallgraben 8, in Verbin-dung zu setzen und die vorbereitenden Verhandlungen stets erst schriftlich zu führen.

Die Prüfdienststelle 583 nimmt für derartige Auf-gaben zwar eine Kostenermittlung vor, für alle In-anspruchnahmen außerhalb des Forschungssektors findet jedoch keine Bezahlung statt, so daß für amtinterne Aufträge keine Haushaltsmittel der Auftraggeber be-anspruchert werden. Den Dienststellen des Amtes ist damit eine Möglichkeit gegeben, ihre Prüfmethode zu verbessern und veraltete Prüfgeräte möglicherwe-ise rationaler einzusetzen, ohne Investmittel zu bean-spruchen.

Zur Durchführung mittlerer und größerer Maschinen-baufaufgaben sind die Ilmenauer Werkstätten nicht ein-gerichtet. Die Mitarbeiter der Prüfdienststelle 583 (zu deren Prüfgebiet neben sämtlichen Erzeugnissen aus Glas auch die Laborgeräte gehören) sind aber bereit, alle Dienststellen, die Aufträge über neuartige Ge-bilde aus Glas an Handwerks- und Industriebetriebe weiterzugeben beabsichtigen, vorher glastechnisch zu beraten.

3.22 Verpflichtung im Rahmen des Nationalen Aufbau-werkes:

Die Prüfdienststelle 371 hat zur Zeit unter anderem die Aufgabe, die Prüfung eines Leichtmetall-Rohr-gerüsts, zum Zwecke der Zulassung durch das Mini-sterium für Aufbau, durchzuführen.

Sämtliche Einzelteile dieses Gerätes werden bereits vom VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld ge-fertigt. Träger des Forschungsauftrages ist das Institut für Bauindustrie Leipzig.

Dieses Institut ist mit seinen technischen Einrichtungen selbst nicht in der Lage, die notwendigen Prüfungen durchzuführen, da es sich um ein Prüfobjekt von etwa 16 m Höhe und 8 m Breite handelt.

Da sich der Prüftermin aus verschiedenen Gründen in das letzte Jahresdrittel verschoben hat, sieht sich das ingenieur-technische Personal der Prüfdienststelle nicht mehr in der Lage, diese umfangreiche Arbeit fristgemäß durchzuführen. Ihm ist aber bewußt, daß der Mangel an Rüstholz in starkem Maße zur Ver-zögerung und Verteuerung des Bauablaufes führt. Eine allgemeine Zulassung dieses Rohrgerüsts würde diese Schwierigkeiten beheben helfen.

Aus dieser Erkenntnis heraus wurde von dem Leiter der Prüfdienststelle 371 das ingenieur-technische Per-sonal zur freiwilligen Mitarbeit an dieser Prüfung außerhalb der Dienstzeit, im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes, aufgerufen. Das untenstehend aufge-führte Ingenieurkollektiv erkannte die Dringlichkeit dieser Schwerpunktaufgabe sofort an und verpflichtete sich trotz anderweitiger starker Inanspruchnahme, die-sem Aufruf in kollektiver Zusammenarbeit nachzu-kommen und geht folgende Verpflichtung ein:

Das Kollektiv erarbeitet die erforderlichen Prüfunter-lagen für eine Zulassung des Leichtmetall-Rohrgerüsts bis spätestens 31. Dezember 1957 außerhalb der Dienst-zeit im freiwilligen Einsatz im Rahmen des Natio-nalen Aufbauwerkes und stellt den zustehenden Ge-haltsanteil der Prüfgebühren dem Nationalen Aufbau-werk zur Verfügung. Gleichzeitig rufen die Unter-zeichneten die Fachkräfte der Prüfdienststelle auf, diesem Beispiel zu folgen und zusätzlich zu ihren bisherigen Verpflichtungen an der Erfüllung dieser Schwerpunktaufgabe mitzuwirken.

Bochmann, Leithäuser, Meisel, Thiedtke,
Paul, Grundmann, Rübirt

IV. Kader und Schulung

4.1

Neue Aufgabenstellung in der Durchführung der Kaderarbeit

Die ständig wachsenden Aufgaben des Amtes erfor-dern immer höherqualifizierte Kader. Die richtige Auswahl, Entwicklung und Förderung der Kader ist

nur dann möglich, wenn sich die leitenden Mitarbeiter in hohem Maße für die Kaderarbeit verantwortlich fühlen.

Die Arbeit der Kaderabteilung ist bisher im ehe-maligen Ländermaßstab durchgeführt worden. Dies hatte einige Nachteile. Mit den einzelnen Prüfdienst-stellen bestand wohl bei der Durchführung der Kader-

arbeit ein guter Kontakt, jedoch hatten die Haupt- und Fachgruppenleiter, die in erster Linie die Verantwortung für die Kaderarbeit ihres Bereiches trugen, zu wenig Anteil. Das lag zuletzt darin begründet, daß die Kaderabteilung in Außenstellen aufgestellt war.

Jeder Haupt- und Fachgruppenleiter hatte für seinen Bereich mit mehreren Kaderinstruktoren zusammenzuwirken. Die Kaderinstruktoren wiederum hatten Prüfdienststellen mit den verschiedensten Fachrichtungen zu betreuen. Daher konnte die Anleitung und Kontrolle der Kaderinstruktoren sowie der Fachgruppen- und Prüfdienststellenleiter nicht zum vollsten Erfolg führen.

Aus diesem Grunde wird mit Wirkung vom 1. September 1957 eine Veränderung in der Kaderarbeit durchgeführt. Die Kaderabteilung wird zu diesem Termin zusammengelegt, und zwar mit dem BStA Berlin. Die Arbeit der Kaderabteilung erfolgt dann so, daß für je eine Hauptgruppe ein Kaderinstrukteur eingesetzt wird, und zwar für die

Hauptgruppe Metallindustrie;

Hauptgruppe Leichtindustrie;

Hauptgruppe Chemie und Fachgruppe Bauwesen;

Das Versuchs- und Prüffamt für technische Schiffsausrüstung in Stralsund sowie die Zentralverwaltung gehören mit Wirkung vom 1. September 1957 zum persönlichen Verantwortungsbereich des Leiters der Kaderabteilung.

Bei der neuen Aufgliederung der Arbeit der Kaderabteilung sind einige Änderungen der bisherigen Arbeitsweise erforderlich. Die Kaderarbeit hat ohne Zweifel bereits gute Ergebnisse zu verzeichnen, was auch darauf zurückzuführen ist, daß die Mehrzahl der leitenden Mitarbeiter des Amtes in die Arbeit mit den Kadern hineingewachsen ist. Zum anderen soll auftretenden Verzögerungen von Bewerbungen, infolge der Zusammenlegung der Kaderabteilung, vorgebeugt werden. Es wird daher folgendes festgelegt:

1. Einstellungen von Mitarbeitern auf Planstellen mit den Vergütungsgruppen XI bis einschließlich VI erfolgen in eigener Verantwortlichkeit der Prüfdienststellenleiter. Dabei wird erwartet, daß stets die richtige Auswahl der Mitarbeiter im Sinne der bisherigen Kaderarbeit getroffen wird. Die Kaderabteilung wird die Prüfdienststellenleiter auch hierbei unterstützen.

Nach Abschluß der Bewerbungsarbeiten, die durch den Prüfdienststellenleiter zu erledigen sind, werden die gesamten Personalunterlagen der Kaderabteilung zugesandt mit der Angabe des Antrittstermins und der Höhe der Vergütungsgruppe.

Zur Bewerbungsarbeit gehören:

- 1.1 Die persönliche Aussprache mit dem Bewerber. Sie wird durch eine kurze Aktennotiz festgehalten und ist Bestandteil der Personalakte.
- 1.2 Anforderung einer Beurteilung und Einsichtnahme in die Personalakte beim vorherigen Betrieb. Kommt es nicht zur Einstellung, geht Beurteilung und falls die Personalakte ebenfalls angefordert wurde, auch diese wieder an den betreffenden Betrieb zurück.
- 1.3 Abschluß des Anstellungsvertrages zwischen Dienststellenleiter und dem neu eingestellten Mitarbeiter.

Personalbogen und Lebenslauf sind vom Bewerber nicht mehr einzureichen, wenn im früheren Betrieb eine Personalakte geführt wurde.

Alle übrigen Einstellungen erfolgen im Zusammenwirken mit der Kaderabteilung. Prüfdienststellenleiter und Kaderabteilung stellen in Eigenverantwortlichkeit die Mitarbeiter bis zur Technikerstufe ein, also von Vergütungsgruppe V an bis einschließlich Vergütungsgruppe III.

2.1 Ingenieure von Vergütungsgruppe II bis einschließlich Vergütungsgruppe IA müssen vom jeweiligen Fachgruppenleiter bestätigt werden.

2.2 Für Einstellungen von stellvertretenden Prüfdienststellenleitern sowie Ingenieuren, Chemikern usw., die nach B-Gruppen entlohnt werden, erfolgt die Bestätigung durch den Hauptgruppenleiter.

2.3 Die von den Hauptgruppenleitern vorgeschlagene Einstellung von Prüfdienststellen- und Fachgruppenleitern bedarf der Bestätigung durch den Präsidenten.

2.4 Bei Eingang einer Bewerbung in der Dienststelle führt der Dienststellenleiter eine Aussprache mit dem Bewerber. Eine Ausnahme bilden Dienststellenleiter und deren Vertreter. Mit diesen muß die Aussprache vom Fachgruppenleiter geführt werden. Nach der Aussprache reicht der Prüfdienststellenleiter bzw. der Fachgruppenleiter die Bewerbung an die Kaderabteilung weiter mit entsprechenden Einstellungs- oder Ablehnungsvorschlägen. Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Kaderabteilung. Eine Einstellung kann jedoch nur erfolgen im Einvernehmen zwischen Dienststellenleiter bzw. Haupt- und Fachgruppenleiter und der Kaderabteilung. In gleicher Weise ist bei Kündigungen zu verfahren.

2.5 Bei Eingang einer Kündigung in der Prüfdienststelle geht die Kündigung mit einer kurzen Stellungnahme des Prüfdienststellenleiters der Kaderabteilung zu. Gleichzeitig wird die Abschlußbeurteilung übersandt, die im Kollektiv auszuarbeiten ist und die dem Ausscheidenden bekannt sein muß. Dabei ist mitzuteilen, ob der ausscheidende Kollege ein Zeugnis erhält, da Zeugnisse nur bei Anforderung gegeben werden.

2.6 Zeugnisse sind sowohl von der Kaderabteilung und vom Prüfdienststellen-, Fachgruppen- und Hauptgruppenleiter oder dem Präsidenten zu unterzeichnen.

3. Bei Höhergruppierungen und Zuerkennung von Leistungszuschlägen ist ebenfalls eine Veränderung der bisherigen Arbeitsweise erforderlich. Der bisherige Weg einer Umgruppierung erweckte den Anschein, als gäbe es drei Vertragskontrahenten, und zwar die Prüfdienststellenleiter, die BGL und die Kaderabteilung.

Es wird daher festgelegt, daß bei Umgruppierungen zwischen den Prüfdienststellenleitern bzw. den Haupt- und Fachgruppenleitern und der Kaderabteilung Einverständnis bestehen muß. Erst dann kann eine Höhergruppierung eingereicht werden, zu der dann die BGL Stellung nimmt.

Die bisherigen Umgruppierungsanträge sind daher nicht mehr zu benutzen. Im Umgruppierungsantrag muß zum Ausdruck kommen, daß die Prüfdienst-

- 43 -

- stellenleiter bzw. die Haupt- und Fachgruppenleiter und die Kaderabteilung den Antrag stellen. Auch diese Regelung wird dazu führen, daß die leitenden Mitarbeiter und die Kaderabteilung zu einer besseren Zusammenarbeit kommen.
4. Die Hauptgruppenleiter legen für jede Planstelle die Qualifikationsmerkmale fest, so daß alle Verantwortlichen für die Kaderarbeit im Besitz dieser Qualifikationsmerkmale sind und entsprechende

Maßnahmen für die Qualifikation durchführen können.

5. Die Hauptgruppenleiter der Kaderabteilung sind für die persönliche Betreuung der An jeder Planstelle Haupt- und Fachgruppenleiter der Kaderabteilung teilzunehmen, so daß die Besprechungen die Kaderarbeit fördern können.

V. Technische Kontrollabteilung

5.1 Aus Verordnungs- und Gesetzblättern

Anordnungen über die Probenverlagepflicht auf dem Gebiet der Material- und Warenprüfung.

- 5.11 Nr. 23 - Aufruf von Erntebedegarn aus Cord-kunstseide - Vom 9. Mai 1957.
GBI. Nr. 24, Teil II, vom 18. Mai 1957.

- 5.12 Nr. 23 - Änderung der Probenvorlage für Keramikerzeugnisse - Vom 9. Mai 1957.
GBI. Nr. 24, Teil II, vom 18. Mai 1957.

- 5.13 Nr. 24 - Aufruf von Büro- und Schreibgeräten - Vom 2. Mai 1957.
GBI. Nr. 24, Teil II, vom 18. Mai 1957.

- 5.14 Nr. 25 - Aufruf von Druck-Erzeugnissen. - Vom 15. Juni 1957.
GBI. Nr. 28, Teil II, vom 27. Juni 1957.

- 5.15 Gesetz über den Staatshaushaltplan 1957. - Vom 23. Mai 1957.
GBI. Nr. 40, Teil I, vom 1. Juni 1957.

- 5.16 Anordnung über die Aufgaben der Valuta-bearbeiter (Valutabearbeiter-Anordnung). - Vom 18. Mai 1957.
GBI. Nr. 24, Teil II, vom 11. Juni 1957.

- 5.17 Verordnung zur Aufhebung von Bestimmungen über die Deutsche Investitionsbank und Beschluß über das Statut der Deutschen Investitionsbank. - Vom 6. Juni 1957.
GBI. Nr. 43, Teil I, vom 17. Juni 1957.

5.2 Technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit - Planung 1958

Im Mitteilungsblatt Nr. 7 wurde unter Punkt 5.2 - Technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit - im letzten Absatz auf die Einsendung der Wünsche für das Jahr 1958 hingewiesen.

Da der gesamte Plan - bereits abgestimmt mit den in Frage kommenden Ministerien - bis 1. September 1957 der Staatlichen Plankommission vorgelegt werden muß, ist die Übersendung der Anträge bis spätestens 15. August 1957 erforderlich.

VI. Haushalt und Finanzen

6.1 Wettbewerb zwischen den einzelnen Haushaltsbuchhaltungen im DAMW

(siehe auch Mitteilungsblatt Nr. 2, Abschnitt 6.3)

Mit Zustimmung des Präsidenten und der Betriebs-gewerkschaftsleitung wurde im Jahre 1956 zwischen den Haushaltsungen im gesamten DAMW ein Wett-bewerb durchgeführt.

Mit diesem Wettbewerb sollte erreicht werden, daß sich die Verantwortung der einzelnen Leiter der Buch-haltungen erhöht, um dadurch eine bessere Qualität der Arbeit des Finanzapparates unseres Amtes zu er-wirken.

Die kürzlich durchgeführte Auswertung ergab, daß dieses Ziel durch den Wettbewerb erreicht wurde und sämtliche Teilnehmer sich bemühten, die besten Plätze zu erreichen.

Nach eingehender Untersuchung der in den einzelnen Buchhaltungen gegebenen Voraussetzungen ergab die Auswertung folgendes Ergebnis:

1. Stelle Sammelbuchhaltung Erfurt, Kollegin Steller;
2. Stelle Sammelbuchhaltung Dresden, Kollege Capito;
3. Stelle Buchhaltung Glauchau, Kollege Hauschild;
4. Stelle Buchhaltung Greiz, Kollegin Voigt.

Obwohl in den Wettbewerbsbedingungen nur 3 Prä-mierungen vorgesehen sind, ist die Auswertungskom-mission zu der Schlussfolgerung gekommen, die Buch-

haltungen Glauchau und Greiz gleichartig zu be-werten.

Auf Grund der Vorschläge der Wettbewerbskommission wurden folgende Prämien aus dem Dachfonds gewährt.

1. Preis 300,- DM (für 1. Stelle),
2. Preis 100,- DM (für 2. Stelle),
3. und 4. Preis je 50,- DM (für 3. und 4. Stelle).

6.2 Durchführung von Inventuren

In Berichtigung des Rundschreibens Nr. 6/57 vom 20. Februar 1957 über die Arbeitsanweisung für Haus-haltswirtschaft und Neuordnung der Vermögensverfugung wird der Termin für die Inventur gemäß nach-folgender Anordnung auf den 31. Oktober 1957 ver-legt.

Ministerium der Finanzen
1. Stellv. des Ministers

Berlin, den 18. Juni 1957

An alle Käse der Bezirke und Kreise
- Abt. Finanzen -

Betrifft: Anordnung über die Erfassung und Sicherung des staatlichen Eigentums im Bereich der Organe der staat-lichen Verwaltung und staatlichen Einrichtungen vom 6. Januar 1957 (GBI. I, S. 149).

In Anbetracht des Einsatzes der Mitarbeiter der Finanzabtei-lungen bzw. Abteilungen Haushalt bei den Vorbereitungen zu den Volkskassen am 23. Juni 1957 und der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 1958 erkläre ich mich damit einverstanden, daß der Termin für die Durchführung von Inventuren gemäß § 20, Absatz 1, obiger Anordnung vom 31. Juli 1957 auf den 31. Oktober 1957 verlegt wird. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die Inventuren jedoch abgeschlos-sen sein.
Beglaubigt: Dietrich

Dr. M. Schmidt

VII. Allgemeine Verwaltung

7.1 Umsetzungen von Geräten

In der Prüfdienststelle 311 - Dresden A 27. Am Gericht 7 - befinden sich

- 1 Epi-Mikroskop mit Kamera (Neophot)
- und
- 1 Mikrohärteprüfer (nach Hanemann).

Interessenten wollen sich zwecks Umsetzung dieser Geräte mit der Dienststelle in Verbindung setzen.

7.2 Änderung einer Fernsprechnummer

Die Dienststellen des BAMW in Leipzig W 31, Nonnenstraße 44, sind

ab 1. Juli 1957

unter der Nummernummer 44781 zu erreichen.

VIII B. Wir fragen! - Wer antwortet?

Um die Prüfarbeit des Amtes zu erleichtern und eine gewisse Übersicht oder auch planmäßige Prüfarbeit zu erreichen, fragen wir die Kollegen der Prüfdienststellen:

Ist es möglich und zweckmäßig, daß mit den Betrieben Pauschalvereinbarungen abgeschlossen werden, in denen diese für einen gewissen Zeit-

raum im voraus Menge und Arten der zu prüfenden Erzeugnisse angeben und wir ihnen dagegen die ungefähre Höhe der zu erwartenden Prüfgebühren mitteilen?

Die Betriebe könnten besser kalkulieren und wir wüßten, was für die nächste Zeit an Prüfungen anfällt. Wir bitten um Stellungnahme und Antwort.

IX. Gewerkschaftliches, Jugendfragen usw.

9.1 Kinderferienlager Dranske

Mit Schreiben vom 6. Juni 1957 hatte das Aktiv für das zentrale Kinderferienlager im Punkt II, Finanzierung, gebeten,

die Elternanteile, freiwillige Spenden sowie das Aufkommen aus den Mitteln der örtlichen BGL und aus dem Solidaritätsfonds

bis spätestens 23. Juni 1957 auf das Konto 22 der Kreissparkasse Rügen, Hauptzweigstelle Wiek, zu überweisen und dem Aktiv - ZV Berlin - die Aufschlüsselung dieser Beträge ebenfalls bis zum 23. Juni 1957 mitzuteilen.

Dieser Aufforderung sind unverständlicherweise bisher folgende Dienststellen bzw. BGL nicht nachgekommen (Stand 2. Juli 1957):

- PSt. 111 - Rostock
- 121 - Wismar
- 191 - Rostock
- 291 - Rehbrücke
- 361 - Freiberg
- 552 - Greiz
- 581 - Altenburg
- 591 - Altenburg und
- alle Dienststellen - Halle

Zur reibungslosen Durchführung werden die vorgenannten Dienststellen bzw. BGL gebeten, umgehend die Überweisungen vorzunehmen.

Spendenaufkommen:

An dem Spendenaufkommen haben sich die Mitarbeiter nachgenannter Dienststellen wie folgt beteiligt:

Lfd. Nr.	Dienststellen	Gesamt-Betrag DM	Pro-Kopf-Betrag DM
1	611 - Berlin	89,00	5,98
2	750) 551 - Gera	200,00	4,17
3	651) 661 - Berlin	28,00	3,39
4	Werkgr. 710 - Leipzig	67,50	2,81
	330		

Lfd. Nr.	Dienststellen	Gesamt-Betrag DM	Pro-Kopf-Betrag DM
5	ZV) 641 - Berlin	218,00	2,77
6	513 - Jena	19,00	1,73
7	359) 356 - Zittau	91,80	1,80
8	314) 362 - Leipzig	26,80	1,47
	381		
9	531) 583 - Ilmenau	43,80	1,48
10	491 - Magdeburg	22,80	1,33
11	511 - Schmalkalden	18,75	1,31
12	770) 311 - Dresden	101,75	1,30
	381		
	371		
13	740) 542 - Erfurt	82,80	1,30
	589		
14	421 - Magdeburg	38,80	1,30
15	790) 391 - Leipzig	89,70	1,02
16	621 - Berlin	67,80	0,90
17	Verw.) 373 - Leipzig	17,00	0,81
18	312 - Zwickau	28,00	0,80
19	472 - Magdeburg	28,50	0,79
20	Verw. - Magdeburg	11,50	0,77
21	671 - Berlin	21,50	0,77
22	693 - Berlin	12,80	0,78
23	854 - Glauchau	25,00	0,71
24	351 - Cottbus	8,80	0,69
25	351 - Karl-Marx-Stadt	23,85	0,66
26	Forsch. - Leipzig	12,38	0,61
27	371 - Weimar	10,00	0,59
28	V.-u. Prüfamt - Stralsund	20,00	0,50
29	683 - Berlin	9,50	0,31
30	341 - Karl-Marx-Stadt	0,00	0,00
31	357 - Karl-Marx-Stadt	0,00	0,00

Merkblatt und Lagerordnung:

In der Zwischenzeit sind über die BGL allen Eltern, deren Kinder nach Branske fahren, Merkblätter und die Lagerordnung überreicht worden.

Um besondere Beachtung dieser Richtlinien wird gebeten.

9.8 Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaft

Bei den in der Nummer 7 des Mitteilungsblattes im Abschnitt 9.8 „Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaft“ angeführten Institutionen, die dem Trägerbetrieb der AWG angeschlossen sind, muß es statt „Amt für Forschung und Entwicklung“ richtig heißen: „Zentralamt für Forschung und Technik“.

9.9 Buchbesprechung

„Das Sozialversicherungsrecht in der Deutschen Demokratischen Republik“ – Kurt Hartnik, Otfried Schmuck.

Im September 1957 erscheint unter dem o. a. Titel eine Loseblattsammlung der sozialversicherungsrechtlichen Gesetze, Verordnungen, Durchführungsbestimmungen, Anordnungen, Richtlinien nach dem Stande vom 20. Februar 1957, etwa 820 Seiten. Preis einschl. Ordner etwa 12,50 DM.

Diese Loseblattsammlung informiert die verantwortlichen Mitarbeiter der Sozialversicherung in den Betrieben und Institutionen sowie Gewerkschaften lau-

fend über den neuesten Stand des Sozialversicherungsrechts.

Nach Bedarf erscheinende Nachträge halten das Werk stets aktuell. Die Autoren haben sich nicht damit begnügt, die gesetzlichen Bestimmungen nur chronologisch aneinanderzureihen, sondern haben sie auch nach Sachgebieten gegliedert und zusammengehörige Bestimmungen ineinander eingepflegt, um auch dem unkundigen Leser jederzeit eine gründliche Information zu ermöglichen.

Die Loseblattsammlung enthält eine Zusammenstellung aller Bestimmungen auf dem Gebiete des gesamten Sozialversicherungsrechts in der DDR einschl. der Bestimmungen des Rentenrechts, des Gesundheitswesens und des Arbeitsrechts, soweit diese mit dem Sozialversicherungsrecht in Verbindung stehen.

Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis ermöglicht jederzeit ein schnelles Auffinden der einzelnen gesuchten Quellen.

Die Loseblattsammlung zeigt, welche umfangreiche soziale Sicherheit den Werktätigen der DDR gewährt wird, und ist ein wertvolles Hilfsmittel für die Versicherten der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, für die Bevollmächtigten für Sozialversicherung usw., die sich mit dem Gebiet der Sozialversicherung befassen.

Rezensionsexemplare können vom VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstraße 17, angefordert werden.

Dr.-Ing. Naumann
Präsident

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen

des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung

der Deutschen Demokratischen Republik

1967

Berlin, den 10. September

Nr. 9

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
I. Allgemeines		5.13 Zuführungen zum Betriebs-	46
1.1 Strukturveränderungen	45	5.14 Haftung der VEB bei Rechts-	46
1.11 Auflösung der PSt. 322	45	5.2 Literaturbeschaffung	47
1.12 Besetzung der FG. Metalle	45	5.21 Literatur aus dem kapitalistischen	47
1.2 Verfügungen und Anweisungen der		5.22 Inventarisierung	47
Ministerien	45	5.23 Zeitschriftenbezug	47
1.21 Errichtung des Instituts für		5.24 Sonderheft über Verpackungs-	47
Glastechnik	45	probleme	47
1.22 Errichtung des Instituts für Verp.		5.25 Veröffentlichungen in der Presse	47
und Pap.-Verarb.	45	5.26 Presseberichte von Betrieben	48
II. Verfügungen und Anordnungen	—	5.3 Standardisierung	48
III. Aus der Arbeit der Haupt- und Fach-		5.31 Kennzeichnung in der TGL	48
gruppen sowie Dienststellen		VI. Haushalt und Finanzen	—
3.1 HG. Metallindustrie	46	VII. Allgemeine Verwaltung	
3.11 Garantie und Gütezeichen	46	7.1 Zentraler Kurierdienst	48
3.12 Gütezeichen der DDR	46	7.2 Transportversicherung	48
IV. Kader und Schulung	—	7.3 Umsetzungen von Geräten	48
V. Technische Kontrollabteilung		VIII. Sie fragen? — Wir antworten!	—
5.1 Aus Verordnungs- und Gesetzes-		IX. Gewerkschaftlichen, Jugendfragen	—
blättern	46	X. Sonstiges	—
5.11 Bezug von Waren durch gewes.			
Konsumenten	46		
5.12 Rückgabe von Acetylenflaschen	46		

I. Allgemeines

- 1.1** Strukturveränderungen
- 1.11** PSt. 322 ist stufenplanmäßig in die PSt. 122 eingegliedert worden und somit als selbständige Prüfdienststelle aufgelöst
- 1.12** Für die Fachgruppe Metalle wurde Kollege Boyer als Fachgruppenleiter eingesetzt
- 1.2** Verfügungen und Anweisungen der Ministerien
- 1.21** Errichtung des Instituts für Glastechnik (Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 7/57 v. 15. 7. 57) Abschnitt I, 1 beinhaltet die Er-

richtung des Instituts für Glastechnik mit dem Sitz in Coswig, Bezirk Dresden.

- 1.22** Errichtung des Instituts für Verpackung und Papierverarbeitung:
- (Verf. u. Mitgl. d. Min. f. Leichtind. Nr. 7/57 v. 15. 7. 57) Abschnitt I, 2 beinhaltet die Errichtung des Instituts für Verpackung und Papierverarbeitung mit dem Sitz in Dresden.

III. Aus der Arbeit der Haupt- und Fachgruppen sowie Dienststellen

3.1 Hauptgruppe Metallindustrie

3.11 Garantie und Güteschild:

Als grundsätzliche Richtlinie für die Einbeziehung der Garantizeit in die Gütebeurteilung wird festgelegt, daß für die Erstellung der Güteklasse „I“ eine vom Herstellerbetrieb zu gewährende Mindestgarantiezzeit von einem Jahr Bedingung ist. Der Beginn dieser Garantiezzeit ist der Tag des Verkaufes an den Verbraucher. Falls eine Prüfdienststelle beabsichtigt, auch bei geringerer Garantiezzeit die Güteklasse „I“ zu erteilen, so muß hierfür ein besonders begründeter Antrag an die Fachgruppenleitung gerichtet werden, der von dort aus mit entsprechender Stellungnahme der Hauptgruppenleitung zur Genehmigung vorgelegt wird.

Bei Erzeugnissen, bei denen international schon jetzt eine höhere Garantiezzeit üblich ist, ist diese in Anwendung zu bringen. Da eine Garantiegewährung ohne einen gut funktionierenden Kundendienst praktisch wertlos ist, muß auch der Kundendienst in die Gütebeurteilung mit einbezogen werden.

3.12 Güteschild der DDR:

In letzter Zeit mußten des öfteren Verlängerungsanträge für das Güteschild der DDR abgelehnt werden, weil die Erzeugnisse zwar durchaus noch als gute Erzeugnisse zu bezeichnen waren, jedoch nicht so weiterentwickelt

wurden, daß sie heute noch als Spitzen-erzeugnisse des Weltmarktes gelten können.

Derartige Nichtverlängerungen des Güteschildes der DDR können – soweit es sich um Export-erzeugnisse handelt – Rückschläge für den Export mit sich bringen, da der ausländische Abnehmer ja nicht weiß, daß das Erzeugnis absolut in der Qualität gleichgeblieben und nur relativ zum Stand der Technik schlechter geworden ist. Er wird in den meisten Fällen annehmen, daß das Erzeugnis absolut schlechter geworden sei.

Um dies in Zukunft zu vermeiden, wird festgelegt, daß bei Neuansuchen auf Erteilung des Güteschildes der DDR der Betrieb außer allen anderen auch daraufhin zu überprüfen ist, ob er die Gewähr für eine ständige Weiterentwicklung des Erzeugnisses bietet, und daß das Güteschild der DDR nur dann befürwortet werden darf, wenn diese Frage bejaht wird. Das bedeutet, daß für bestimmte Erzeugnisse – auch wenn sie im Augenblick als Spitzen-erzeugnisse des Weltmarktes anzusehen sind – kein Güteschild der DDR mehr gegeben wird, weil in diesen Fällen mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen ist, daß das Erzeugnis in mehreren Jahren immer noch in genau der gleichen Qualität produziert wird und dann das Güteschild nicht verlängert werden könnte.

Die obigen Überlegungen treffen in vollem Umfang auf die anderen Güteschilder zu.

V. Technische Kontrollabteilung

5.1 Aus Verordnungs- und Gesetzeshilfsmitteln

5.11 Gemäß der Verordnung Nr. 3 vom 19. Juni 1957 (GBl. Teil II, Nr. 29 – Ausgabetag: 5. Juli 1957 –) ist der Bezug von Waren des Bevölkerungsbedarfs, mit Ausnahme der in der Anlage der vorstehenden Verordnung aufgeführten Erzeugnisse, wie: Lastkraft- und Personenkraftwagen, Fahrräder, Rundfunkgeräte, Teppiche, Gardinen, Wohnraummöbel usw., durch gesellschaftliche Konsumenten ohne Einschränkung gestattet.

5.12 Rückgabe von Azetylenflaschen:

Um auftretende Schwierigkeiten bei der Rückgabe von Azetylenflaschen und eine evtl. Zahlung von Vertragsstrafe zu vermeiden, wird auf folgende gesetzliche Regelung hingewiesen: Gemäß der Verordnung über die Rückgabe und Berechnung von Leihverpackung vom 31. März 1955 (GBl. Teil I, 55/S. 283) beträgt die Rückgabefrist für Azetylenflaschen 60 Tage. Wenn das Azetylen im eigenen Labor verwendet wird, kann diese Frist gemäß den allgemeinen Lieferbedingungen für verdichtete Gase (Sauerstoff, Azetylen usw.) vom 30. August 1956 (GBl. Teil II, 56/S. 309) § 7 (7) auf 150 Tage verlängert werden.

Bei Verwendung im eigenen Labor muß vor Ablauf der 60-Tagefrist ein begründeter Antrag auf Gewährung der 150-Tagefrist an die

Lieferstelle geschickt werden, da sonst mit einer Vertragsstrafe zu rechnen ist.

5.13 Anordnung

über die Zuführungen zum Betriebsprämienfonds in den Betrieben der Leichtindustrie vom 19. Juli 1957 (Sonderdruck der Verf. u. Mittg. d. Min. f. Leichtind. v. 30. Juli 1957).

5.14 Haftung der volkseigenen Herstellerbetriebe von Exporterzeugnissen bei Rechtsmängeln:

Der Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel hat im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern folgende Anweisung erlassen, die hiermit bekanntgemacht wird (Aus Verf. u. Mittg. d. Min. f. Berg- u. Hüttenwesen Nr. 3/57 vom 16. Juni 1957):

Die Außenhandelsunternehmen sind berechtigt, für die Lieferung von Exporterzeugnissen die vertragliche Festlegung zu verlangen, daß der volkseigene Herstellerbetrieb seine Erzeugnisse frei von Rechten liefert, die von Dritten gegenüber dem Außenhandelsunternehmen geltend gemacht werden können, um insbesondere die Patent- und Warenzeichen-Reinheit zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß es Pflicht eines jeden volkseigenen Herstellerbetriebes von Exporterzeugnissen ist, schon vor Beginn der Produktion dafür zu sorgen, daß Exporterzeugnisse frei von Rechten Dritter sind.

Hat ein volkseigener Herstellerbetrieb von Exporterzeugnissen es versäumt, neue Warenzeichen für seine Erzeugnisse zu schaffen und einzuführen, obwohl ihm bekannt war, daß auf Grund der bekannten tendenziösen Rechtsprechung in Westdeutschland oder im kapitalistischen Ausland, die den rechtswidrigen Bestrebungen der kapitalistischen Vorbesitzer unserer volkseigenen Betriebe Rechnung trägt, Schwierigkeiten entstehen können, dann hat dieser die evtl. entstehenden Kosten zu tragen.

Besteht das zuständige Außenhandelsunternehmen auf die Durchführung einer Lieferung unter dem alten Warenzeichen für ein bestimmtes Exporterzeugnis und wurde vom Herstellerbetrieb die Lieferung unter einem neuen Warenzeichen angeboten, dann hat das Außenhandelsunternehmen alle Kosten zu übernehmen.

5.2 Literaturbeschaffung

5.21 Bestellungen auf Literatur aus dem kapitalistischen Ausland:

Bestellungen auf Bücher und Nachholbedarf an Zeitschriften aus den Ländern

Finnland, Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz

können für das Jahr 1957 nicht mehr aufgegeben werden, da die im Importplan zur Verfügung stehenden Devisen durch die bisher aufgegebenen Bestellungen und die Realisierung von Überhängen aus dem Vorjahr für diese Länder bereits voll in Anspruch genommen worden sind. Bei der Aufgabe von Bestellungen auf Literatur aus den übrigen kapitalistischen Ländern ist nur der **vordringlichste** Bedarf anzugeben.

Bestellungen auf Zeitschriften des kapitalistischen Auslandes können erst mit dem Anlauftermin vom 1. Januar 1958 erfolgen.

5.22 Inventarisierung:

Die Dienststellen werden nochmals darauf hingewiesen, die Inventarnummern für die ausgelieferte Literatur laufend der Literaturstelle - Techn. Kontrollabt./ZV Berlin - bekanntzugeben.

5.23 Zeitschriftenbezug:

In Ergänzung des Zeitschriftenbezuges 1957 (Verf. u. Mitgl. d. DAMW Nr. 4/57 v. 30. April 1957) verbleibt die Zeitschrift „Schiffe und Häfen“ (Titel-Nr. 114 - als Endstelle) in der Profdienststelle 111.

5.24 Sonderheft über Verpackungsprobleme:

Die verpackungstechnische Konferenz der Lebensmittelindustrie hat bei allen an der Verpackung von Nahrungs- und Genußmitteln unmittelbar Beteiligten und Interessierten sowie bei der Bevölkerung großes Interesse hervorgerufen. Diese Tatsache macht es erforderlich, mit einem Sonderheft einen Überblick über den Stand und die Perspektiven des Verpackungswesens zu geben, um weitere Kreise für die Mitarbeit an der Verbesserung der Lebensmittelverpackungen zu gewinnen.

Dieses Sonderheft ist im Verlag „Die Wirtschaft“ erschienen. Es enthält wichtige und grundsätzliche Beiträge von Wissenschaftlern und Praktikern aus der Lebensmittelindustrie, dem Handel, der Leichtindustrie, der chemischen Indu-

strie, dem Allgemeinen Maschinenbau und dem Schwermaschinenbau.

Es wird die Verpackungsmittel herstellende und verbrauchende Industrie sowie den Verpackungsmittelmaschinenbau wirksam unterstützen, um zweckmäßige, hygienisch einwandfreie und ansprechende Verpackungen unserer Lebensmittel herzustellen. Den Kollegen im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Groß- und Einzelhandel wird es helfen, sich fachlich zu qualifizieren.

Das Sonderheft erscheint mit einem Umfang von etwa 80 Seiten, ist reich illustriert, hat einen 4seitigen Kunstdruckumschlag (4farbig) und kostet 2,- DM.

Allen Interessenten wird empfohlen, das Sonderheft über Verpackungsprobleme beim Postzeitungsvertrieb, beim Buchhandel oder beim Verlag „Die Wirtschaft“ direkt zu bestellen.

5.25 Veröffentlichungen:

Obwohl erneut in Verf. u. Mitgl. des DAMW Nr. 1 v. 31. Januar 1957 der Hinweis gegeben wurde, Beiträge in Fachzeitschriften und zentralen Presseorganen vor Veröffentlichung der Pressestelle der Zentralverwaltung zur weiteren Veranlassung zuzuleiten, wird diese Anweisung noch ungenügend beachtet. So erscheint z. B. in der „Deutschen Textiltechnik“ Nr. 7/57 eine Veröffentlichung über „Textilmaschinen und die Prüfzeichen des Deutschen Amtes für Material- und Warenprüfung“, ohne daß diese über die Fach- und Hauptgruppe der Pressestelle der ZV vorgelegt wurde.

Dieser Beitrag berichtet über keine persönliche Angelegenheit des Autors, sondern über eine dienstliche.

Wenn auch die Popularisierung der Arbeit des DAMW durch Mitarbeiter unseres Amtes erwünscht ist und sehr begrüßt wird, so ist es doch notwendig, die für diese Veröffentlichungen herausgegebenen Richtlinien genau einzuhalten.

Wegen Veröffentlichungen in der Tagespresse der Bezirke dagegen wird erneut auf die Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit aus Vorschlägen und Anregungen auf der Ökonomischen Konferenz in Leipzig am 5. und 6. März 1957 hingewiesen (siehe auch Verf. u. Mitgl. des DAMW, Nr. 5/6 S. 21, unter 7.4).

5.26 Presseberichte von Betriebs- bzw. Volkskorrespondenten an die Tagespresse der Bezirke über Popularisierung neuer Erzeugnisse:

In der Tagespresse erscheinen in der letzten Zeit - u. E. von Betriebs- bzw. Volkskorrespondenten - Kurzberichte über Erzeugnisse, deren Form und Inhalt verändert wurden bzw. die erstmalig zur Herbstmesse 1957 ausgestellt werden sollen.

In diesen Kurzberichten fehlt die Angabe der entsprechenden Güteklasse, in die das Erzeugnis eingestuft ist bzw. die Angabe der vom DAMW erteilten Gütezeichen.

In Verwirklichung der Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit des DAMW mit den Betrieben auf Grund der Thesen zum Beschluß des 32. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands - (siehe

außerdem Verordn. u. Mittg. des DAMW, Nr. 5/8 S. 21) - haben die Mitarbeiter unserer Dienststellen bei Betriebsbesuchen eine noch engere Verbindung mit den entsprechenden Stellen aufzunehmen und geeignete Hinweise für eine operative Zusammenarbeit zu geben.

5.3 Standardisierung

5.3.1 Kennzeichnung in der TGL:

Auf Grund früherer Vereinbarungen wird vom Amt für Standardisierung auf jeder TGL, die für ein bestimmtes Erzeugnis gilt und Aussagen über die Qualität enthält (also nicht auf Blättern über Begriffe, Konstruktionsrichtlinien, reine Maßnormen usw.), ein einheitlicher Satz über die Kennzeichnung aufgedruckt.

Dies führt in der Praxis dazu, daß die Forderung nach Kennzeichnung mit dem Gütezeichen des DAMW auch auf TGL-Blättern für nicht-probevorlagepflichtige Erzeugnisse erscheint. Die Industrie fordert dann auf Grund der in einem Staatlichen Standard enthaltenen Angaben die Erstellung des Gütezeichens.

Um derartige Unstimmigkeiten künftig zu vermeiden, haben wir mit dem Amt für Standardisierung vereinbart, daß von unseren Prüfdienststellen die im Mitteilungsblatt „Standardisierung“ veröffentlichten Entwürfe auch in bezug auf die richtige Angabe der Kennzeichnung überprüft werden. Wo eine unzutreffende Formulierung vorliegt, wird innerhalb der vor-

gesehenen Frist an das Amt für Standardisierung ein Einspruch gerichtet; darin ist mitzuteilen, wie für das betreffende Erzeugnis die Kennzeichnung richtig lauten muß. Das heißt, daß bei Erzeugnissen, die nicht vorlagepflichtig sind, der erste Satz über die Kennzeichnung mit dem Prüfzeichen entfällt und nur die Kennzeichnung nach dem Warenzeichengesetz durchzuführen ist.

Es kann auch vorkommen, daß TGL-Entwürfe für Erzeugnisse veröffentlicht sind, für die Probevorlagepflicht besteht, auf dem TGL-Entwurf aber der Hinweis auf die Kennzeichnung mit dem Gütezeichen fehlt.

In diesen Fällen richten unsere Prüfdienststellen ebenfalls einen Einspruch an das Amt für Standardisierung und geben gleichzeitig an, ob die Kennzeichnung mit dem Gütezeichen direkt auf dem Erzeugnis, auf der Verpackung oder nur auf den Begletpapieren (z. B. bei Schüttgut) zu erfolgen hat.

Unsere Einsprüche werden dann beim Druck der endgültigen TGL berücksichtigt.

Alle Prüfdienststellen haben die Hefte der letzten Monate unter diesem Gesichtspunkt zu überprüfen und Einsprüche an das Amt für Standardisierung über das Büro für Standardisierung zu leiten.

Die bereits verbindlich erklärten TGL, die falsche Angaben über die Kennzeichnung enthalten, sind ebenfalls dem Amt für Standardisierung zu nennen, damit bei einem Neudruck die Berichtigung erfolgen kann.

VII. Allgemeine Verwaltung

7.1 Zentraler Kurierdienst

Die dem Zentralen Kurierdienst angeschlossenen Dienststellen haben zur Vermeidung von Rechtsnachteilen die Post täglich abzuholen.

Bei Streitfällen ist der Poststempel des Zusteller-Postamtes maßgebend, da die Sendungen an diesem Tag in den Bereich des Empfängers gelangen.

7.2 Transportversicherung

Vorgekommene Fälle geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß bei Sendungen an das Amt Transportschäden entstanden sind, die zu unseren Lasten gingen.

Da wir lt. Haushaltsdirektive keine Möglichkeit haben, Sonderversicherungen abzuschließen, wird den Dienststellen empfohlen, bei Sendungen an unser Amt, die auf unsere Rechnung und Gefahr gehen, durch den Lieferbetrieb bzw. durch die Speditionsfirma eine formlose Vereinbarung über Versicherungsschutz abzuschließen.

7.3 Umsetzungen von Geräten

7.3.1 In der PST 312 - Zwickau - ist

- 1 Heizkessel,
- Kesselleistung 64 kcal/h.

Bauart 1/MG

der Nationalen Radiator-Gesellschaft Berlin frei.

Interessenten wollen sich zwecks Umsetzung innerhalb des DAMW mit der PST 312 in Verbindung setzen.

7.3.2 Die Allgemeine Verwaltung der Zentralverwaltung Berlin benötigt dringend

1 Gas-Durchlauferhitzer.

Dienststellen, bei denen ein derartiges Gerät vorhanden ist und nicht genutzt wird, setzen sich zwecks Umsetzung mit der Abt. Allg. Verwaltung in Verbindung.

7.3.3 Die Prüfdienststelle 513 - Jena - ist bereit, eine dort nicht mehr genutzte

Feldschmiede mit 220 V-Drehstrommotor, einer 230x230 mm Kohlenpfanne mit Außenmaßen von 500x600x1800 mm Höhe

nach einer unserer Dienststellen umzusetzen.

Interessenten wollen sich unmittelbar mit der Dienststelle 513 in Verbindung setzen.

Die erfolgten Umsetzungen sind von den abgebenden Dienststellen der Zentralverwaltung - Abt. Allg. Verwaltung - zur Kenntnis zu geben.

Dr.-Ing. Naumann
Präsident